

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gesprächspartner: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 21. Januar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Gesprächspartner: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnement - Preis: 3 Monate 1,10 Mk., 6 Monate 2,10 Mk., 12 Monate 3,80 Mk. monatlich 1,10 Mk. Einmalig 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erstmal täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Rollen- und deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt die ersten 100 Wörter, jedes weitere Wort 10 Pf. Einleitungs- und Schlusszeilen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Zur Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Präsident Poincaré.

Paris, 18. Januar. (Eig. Ber.)

Wer hätte es nach den wütenden Kämpfen der letzten Tage für möglich gehalten, daß plötzlich allgemeine Freude und Zufriedenheit die ganze bürgerliche Presse ergreifen würde? Wohl mag es in der Tiefe weitergehen, aber auf der Oberfläche haben sich die Wogen erstaunlich geglättet. Die konservative Presse findet die Wahl Poincarés vom Standpunkt der demokratischen Republik vortrefflich und auf der anderen Seite spendet der „Temps“ in freigelegter Siegerlaune ein paar Komplimente für den lebenswürdigen Herrn Pams. Den unglückseligen parlamentarischen Führern des Bloctradikalismus wird allerdings nichts geschenkt und der Hohn, der über die Clemenceau und Combes ausgeschüttet wird, zeigt die wahre politische Bedeutung der gestrigen Wahl. Es ist ein allzu durchsichtiger Lachenspielertanz, wenn ein regierungsradikales Blatt die Mehrheit von gestern als eine „republikanische“ im Sinne der bürgerlichen Linken präsentiert und die reaktionäre Presse ist durchaus im Recht, wenn sie den Erfolg Poincarés als ihr Werk in Anspruch nimmt. Wenn der zweite Wahlgang das Ziffernverhältnis so verschoben hat, daß von den zur republikanischen Vollversammlung geladenen bürgerlichen Deputierten eine kleine Mehrheit für Poincaré herausgerechnet werden kann, so darum, weil von den Anhängern Pams einunddreißig auf zwei dem Zweck abgewandt sind, um dem Siege Poincarés, der unvermeidlich schien, im letzten Augenblick das republikanische Siegel aufzudrücken. Unbestreitbar hat gestern die konservative Republik über die radikale gesiegt. Es wäre durchaus verfehlt, zu glauben, daß die persönliche Bedeutung Poincarés gegenüber der Unbedeutendheit Pams die entscheidende Rolle gespielt hätte. So wenig man dieses Moment ganz außer Acht lassen darf — schon darum, weil die Aufstellung Pams die ganze Desorganisation der radikalen Partei zeigt — so ist doch sicher, daß, nachdem Bourgeois die Kandidatur abgelehnt hatte, Poincaré nur dann hätte besiegt werden können, wenn die Radikalen einen nicht auf das Bloctprogramm eingeschworenen Kandidaten gefunden hätten. Es war namentlich von Delcassé die Rede, der vielleicht einen Teil der nationalistischen Stimmen eingefangen hätte. Clemenceau war bereit, seinem alten Gegner beizuspringen. Aber wäre auch ein solcher taktischer Kniff gelungen, der Radikalismus hätte gleichwohl von seinem Sontagsiege weder Ruhm noch Nutzen gewonnen.

Poincaré ist der Erwählte der Rechten. Daran ist nicht zu zweifeln und zu denken. Darum wäre es allerdings ungerecht, in ihm einen „Gefangenen“ der Reaktion und eine konservative und nationalistische Kampfnatur zu sehen. Sicher haben die Radikalen recht, wenn sie ihr Eintreten für ihn auf seine Gegnerschaft gegen die Ordensgesetzgebung Waldeck-Rousseaus und seine Erklärungen für das Protektorat über die orientalischen Christen stützen. Und der leidenschaftliche Nationalist de Mun irrt schwerlich, wenn er in Poincaré den Staatsmann feiert, der für seine „ruhlosen Annäherungen“ in der auswärtigen Politik zu haben sein werde. Dagegen ist wohl anzunehmen, daß der kaltblütige Realismus des neuen Präsidenten kriegerische Abenteuer vermeiden wird. Seit dem Schwabenstreit von Agadir ist die französische Bourgeoisie in einer unerschütterlichen chaubinistischen Stimmung, die in der Presse, auf dem Theater und im Ringeltanz oft einen widerwärtigen und der Tradition des französischen Geschmacks höhnisch sprechenden Ausdruck findet. Und Politiker, die über die „Unvermeidlichkeit“ eines baldigen Krieges mit Deutschland allerhand fanatische Vorhersagen sagen, gibt es rechts wie links. Wenn der alte fromme Degen de Mun noch immer ein kommendes eisernes Zeitalter prophezeit, so sagte auch Clemenceau seit Jahren mit der Selbstgewißheit einer professionellen Kartenlegerin den Krieg fürs kommende Frühjahr voraus. Daß Poincaré, der sicher mit der nationalistischen Ideologie eine auf Reizung und Vernunft gegründete Verbindung hat, der Strömung nicht entgegenarbeiten wird, in der die Galerie des Klassenstaats am besten dahintreibt, ist zu erwarten. Daß die rechnende Vernunft in ihm über die blinden Antriebe des Gefühls den Sieg behält, dazu kann die Macht des sozialistischen Proletariats entscheidend mitwirken. Poincarés erste Ansprache als Präsident hebt die „Aufrechterhaltung der nationalen Verteidigung“ und die „Einheit in der auswärtigen Politik“ hervor. Das militaristische Geplapper gehört jetzt in allen bürgerlichen Staaten zum Regierungshandwerk. Die Arbeiterschaft muß dafür sorgen, daß es beim — allerdings genug töspielligen — Geflapper bleibt.

Für die künftige Entwicklung der sozialistischen Aktion, die in einer nationalistisch gestimmten Bourgeoisrepublik mit einer geschwächten und diskreditierten Reformdemokratie besonders bedeutungsvoll ist, kann die Einmütigkeit der sozialistischen Fraktion bei der gestrigen Wahl als gutes Vorzeichen angesehen werden. Die Sozialisten können es ruhig ansehen, ob Poincaré vorläufig mehr mit der Linken oder mit den gemäßigten Parteien gehen wird. Sie werden jedenfalls alle ihre Kräfte einsetzen, daß nicht eine Versöhnung auf Kosten der Wahlreform angebahnt wird. Jaures spricht heute in der „Humanité“ von der un-

geheueren konservativen Kraft, die sich in der Kandidatur Poincarés, aber in einer unzusammenhängenden Form auch in der Kandidatur Pams kundgegeben habe. Er erklärt, die sozialistische Partei sei vollkommen frei gegenüber Poincaré, so wie sie keinen Finger in den Wahlfürsten der radikalen Bezirkswahlreiter gehabt habe, und schließt: „Wir haben keine Rebände zu nehmen. Wir erwarten Herrn Poincaré bei seinem Werk, ohne vorgesehene Feindseligkeit, aber in vollkommener Unabhängigkeit. Was wir anstreben, ist, die Republik auf der Bahn der sozialen Gerechtigkeit vorwärts zu bringen.“ Daß sich unsere Genossen diese Freiheit und diese Festigkeit auch gegenüber der „neuen Ära“ Briands bewahren werden, die ja mit dem Erlaß über die politische Haft der Streikdemonstranten im üblichen Stil liberaler Eröffnungszeiten begonnen hat und mit der politischen Amnestie fortgesetzt wird, ist selbstverständlich.

Das Ministerium Briand.

Paris, 20. Januar. Briand besprach sich im Laufe des Vormittags insbesondere mit Jonnart, Bichon, André, Desobry und Etienne und wird seine Bemühungen, ein neues Kabinett zu bilden, nachmittags fortsetzen. Er ist bestrebt, möglichst viele der zurückgetretenen Minister zu gewinnen, da das Kabinett Poincaré angesichts der Wahl seines Führers zum Präsidenten sozusagen an einem Niedermake von Vertrauen gestorben sei. Aber Bourgeois weigert sich Poincarés Nachfolger für das Auswärtige zu werden und Delcassé will weder das Portefeuille der Marine behalten, noch Kriegsminister werden, obgleich Briands an beide gerichtete Ersuchen von Fallières und Poincaré warm unterstützt wird; Bourgeois und Delcassé begründen ihre Weigerung mit ihrer erschütterten Gesundheit.

Der Freisinn im Joche der Nationalliberalen.

„Nur Narren oder Unheilige können uns glauben machen wollen, daß im nächsten Jahrzehnt das liberale Bürgertum ohne die sozialdemokratische Arbeiterschaft ein gutes Wahlrecht erringen kann.“

Dr. Heinz Potthoff im „Berl. Tageblatt“.

Die Erkenntnis, die Heinz Potthoff so klar und ungewidrig ausgesprochen, scheint für die führenden Kreise des Freisinns nicht zu existieren. Wenigstens verrät das, was fortschrittsoffizielle Berichte über den (unter Ausschluß der Öffentlichkeit) preussischen Parteitag der Fortschrittspartei melden, auch nicht die blasseste Spur der politischen Einsicht in das, was die Stunde gebot. Die Sozialdemokratie hat dem Freisinn zu ehelichen gegenseitiger Unterstützung die offene Hand geboten — aber der freisinnige Referent über die Frage der Wahlreform, Herr Fischeb, lehnte unter stürmischem Beifall des Parteitags das Bündnis mit der Sozialdemokratie ab!

Herr Fischeb machte folgende Ausführungen:

Er stellte als Motto in den Vordergrund: Kampf gegen alle diejenigen, die dem rückschrittlichen System in Preußen als Stütze dienen, kein Baktieren mit denjenigen, die Rückkehr des jetzigen Wahlrechts sind, und energische Förderung der Wahl solcher Abgeordneten, die den Fortschritt wollen! Redner wandte sich gegen die Rechtsparteien und geißelte insbesondere die verräterische Haltung des Zentrums bei den Wahlrechtsabstimmungen. Hinsichtlich der Nationalliberalen sei es aus politischen Erwägungen erwünscht, eine Verständigung herbeizuführen. Vereinbarungen seien in Ost- und Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg und einem Teil von Kurhessen im Abhauß begriffen. Leider sei in Schleswig-Holstein eine Verständigung mit den Nationalliberalen nicht gelungen. Zur Sozialdemokratie übergehend, kritisierte Abgeordneter Fischeb die Resolution der sozialdemokratischen Landeskommission, deren Bedingungen zum Teil undurchführbar, zum Teil mit der Selbstachtung der Partei unvereinbar seien. Die sozialdemokratischen Beschlüsse lägen auf demonstrativem Gebiet und entsprängen dem niedrigsten Parteinteresse. Das angebliche Ziel, einem freieren Wahlrecht zu dienen, werde dabei ganz in den Hintergrund gedrängt. Wenn in der sozialdemokratischen Resolution den Fortschrittlerinnen sogar zugeutet werde, sich schriftlich zu einer bestimmten Forderung im Parlament zu verpflichten, so müße von vornherein bestimmt erklärt werden, daß unsere Kandidaten durch ein solches laudinisches Joch nicht trieben würden. Der Versuch der Sozialdemokratie, auf die fortschrittliche Volkspartei bei der Auffstellung der Wahlmannskandidaten „erzweckend“ zu wirken, sei zurückzuweisen, da unsere Partei bei der Auswahl der Wahlmänner nach ihren eigenen Erwägungen vorgehen werde. Die Partei könne auf Abmachungen, wie sie die Sozialdemokratie vorschlägt, nicht eingehen. Es bleibe nichts anderes übrig, als eine möglichst breite Angriffs- und Verteidigungsfront der Liberalen herzustellen. Abg. Fischeb schloß unter lebhaftem Beifall mit der Aufforderung, kraftvoll in die Agitation einzutreten, wo mit den Nationalliberalen Bündnisse geschlossen seien oder wo etwa in den Ostmarken Abmachungen unter den deutschen Parteien vorlägen, diese durchzuführen, im übrigen aber selbständig vorzugehen und bei der Kandidatenaufstellung möglichst alle Stände zu berücksichtigen.

Zu dem Referate hatte Herr Fischeb namens des geschäftsführenden Ausschusses dem Parteitag folgende Resolution unterbreitet:

„Der preussische Delegiertentag der Fortschrittlichen Volkspartei spricht sich für ein möglichst einmütiges Zusammengehen der Liberalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen aus. Er billigt die bisher in dieser Richtung getroffenen Abmachungen mit der nationalliberalen Partei und ersucht die Parteileitung, auch weiterhin im Einvernehmen mit den Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf eine gleiche Verständigung in möglichst vielen anderen Wahlkreisen hinzuwirken.“

Der Delegiertentag fordert die Parteigenossen auf, unerbüßlich in die Wahlbewegung einzutreten und die Rüstung für den Wahlkampf mit allem Nachdruck zu betreiben. Soweit wahltaktische Abmachungen mit den Nationalliberalen oder besondere Vereinbarungen der deutschen Parteien in gemischtsprachigen Landesteilen nicht getroffen sind, werden die Parteigenossen ersucht, selbständig die Wahlarbeit aufzunehmen und energisch auf die Wahl fortschrittlicher Wahlmänner und fortschrittlicher Abgeordneter hinzuwirken.“

Resolution und Referat beweisen, daß der Freisinn, statt mit der Sozialdemokratie den Kampf für das gleiche Wahlrecht zu führen, mit den Nationalliberalen und sogar der Rechten Lufthandeln will. Wie selbst die Nationalliberalen zur Wahlrechtsfrage stehen, ist dem Freisinn natürlich genau so gut bekannt wie uns. Sie sind nicht einmal in ihrer Gesamtheit für das geheime und direkte Wahlrecht zu haben! Und mit diesen erklärten Feinden der Uebertragung des Reichstagswahlrechts will der Freisinn bei den Wahlen gemeinsame Sache machen, nur um durch ein klägliches Schachergeschäft auf Kosten des fortschrittlichen Prinzips das eine oder andere Mandat ergattern zu können. Und dann wagt Herr Fischeb der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß die von ihr beschlossene Wahltaktik dem „niedrigsten Parteinteresse“ entspreche! Nicht minder abgeschmackt ist das, was Herr Fischeb über die sozialdemokratischen Bedingungen zu sagen wagt. Daß die Sozialdemokratie eine schriftliche Verpflichtung fordert, soll für den Fortschritt das Sichergehen unter ein laudinisches Joch bedeuten. Als ob die sozialdemokratischen Bedingungen nicht völlig den fortschrittlichen Forderungen entsprächen und von jedem ehelichen Freisinnigen ohne weiteres eingegangen werden könnten! Trotzdem plapperte Herr Fischeb dem Nationalliberalen Lohmann die alberne Phrase nach, die und im Landtag allzu töricht und durchsichtig erschien, um sie auch nur eines Wortes zu würdigen.

Die Sache ist einfach die, daß der Freisinn, der eine angebliche Demütigung vor der Sozialdemokratie ablehnt, sich völlig als den Hörigen der Nationalliberalen fühlt, willig durch das laudinisches Joch dieser seiner reaktionären Bundesbrüder kriecht und sich freitwegen nicht zu einem offenen fortschrittlichen Bekenntnis bequemen darf! In zahlreichen Provinzen hat der Fortschritt ja bereits — wie Herr Fischeb selbst mitteilte — sein Bündnis mit den Nationalliberalen abgeschlossen, darunter auch in Schlesien und Brandenburg. Die Nationalliberalen aber haben den Freisinn dabei derartig an die Kette gelegt, daß er gar nicht mehr mit der Sozialdemokratie zusammengehen darf. So teilte ja vor einigen Tagen auf einer nationalliberalen Vertrauensmännerversammlung in Görlitz der dortige nationalliberale Landtagsabgeordnete v. Schöndendorff mit, daß nach einem im Oktober v. J. gefassten Beschluß des nationalliberalen Provinzialverbandes die Fortschrittliche Volkspartei in keinem Wahlkreis, wo sie mit den Nationalliberalen zusammengeht, für einen sozialdemokratischen Kandidaten stimmen darf!

Ueber den Verlauf der Diskussion schweigt sich der offizielle Fortschrittsbericht aus, er meldet nur die einstimmige Annahme der von Fischeb empfohlenen Resolution.

Wenn der Freisinn sich einbilden sollte, daß die Sozialdemokratie ihn trotz dieser erneuten Verbündung seiner politischen Unzuverlässigkeit bei den Landtagswahlen herausbauen werde, wird er sich bitter enttäuscht sehen! Wenn der Freisinn sich durch unwiderrückliche Sympathie in die Arme der Wahlrechtsgegner getrieben fühlt, kann es der Sozialdemokratie auch total gleichgültig sein, ob ein paar sich „fortschrittlich“ titulirender Handlanger der Reaktion mehr im Landtag sitzen oder nicht!

Im weiteren Verlauf des Parteitags hielt noch Herr Bach eine einen Vortrag über die Wahlreform. Dabei hielt er es wiederum für notwendig, die Reaktion ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß der Fortschritt nun einmal mit „Realitäten“ rechnen und deshalb schon mit einer schätzbaren Abschlagszahlung auf das Wahlrecht höchlichst zufrieden sei. Natürlich müße eine „gründliche“ Reform das „Ziel“ bleiben. Ja — bleiben! Kann man es da einem Herrn v. Zedlitz verargen, wenn er dem Freisinn einfach nicht glauben will, daß es ihm mit der Erringung des gleichen Wahlrechts wirklich Ernst sei!

Die Balkankrise.

Die Nachrichten aus Konstantinopel stimmen darin überein, daß die Antwort der Pforte entgegenkommend lauten werde. Der Ministerrat hat sich für eine friedliche Lösung ausgesprochen und die Regierungspresse bereitet die öffentliche Meinung auf ein Nachgeben vor. Ob freilich die schließliche Lösung rasch gefunden werden wird, ist mehr als zweifelhaft. Wahrscheinlich wird die Pforte noch eine Reihe Vorbehalte machen und die weiteren Verhandlungen

können noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Immerhin, die Pforte will noch weiter entgegenkommen, und dies vermehrt die Aussicht auf das endliche Zustandekommen des Friedens.

Die Haltung der Pforte bestätigt die Ansicht, daß die Türkei zur Fortführung des Krieges weder militärisch noch finanziell gerüstet ist. Das wissen die Balkanstaaten und deshalb bestehen sie auf der Abtretung Adrianopels. Nun weist die Türkei freilich darauf hin, daß Adrianopel zum Schutz Konstantinopels unentbehrlich sei. Aber Adrianopel hat den Vormarsch der Bulgaren auf die Hauptstadt nicht hemmen können und nicht an dieser Festung, sondern an der Tschataldschalinie ist der Angriff zum Stehen gekommen. Ohne Adrianopel würde der Friede aber für die Bulgaren nur einen Waffenstillstand bedeuten, würde die „Befreiung der bulgarischen Brüder“ vom türkischen Joch noch immer das leitende Motiv ihrer Politik bleiben. Die Erfüllung des Verlangens der Mächte dagegen ändert die Lage vollkommen; es gibt dann keine Besetzerrolle mehr auf dem Balkan, weder für die kleinen Staaten noch für Rußland. Die Türkei wird damit tatsächlich eine asiatische Macht; der bisherige nationale Gegensatz zu den slavischen Staaten verliert seine Bedeutung. Wie sich freilich in Asien das türkische Geschick gestalten wird, steht dahin; das aber hängt nicht vom Besitz Adrianopels ab, sondern von den großen imperialistischen Gegensätzen der kapitalistischen Mächte.

Die Antwort der Pforte.

Konstantinopel, 20. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Die Antwortnote der Pforte wird nach der Tagung der für morgen einberufenen Nationalversammlung überreicht werden.

Wie der „Jdam“ meldet, wird die Pforte in der Antwort erklären, daß sie sehr für eine verständliche Haltung sei und daher die Bemühungen der Mächte, die auf die Aufrechterhaltung des Friedens abzielten, durchaus würdige, daß es ihr aber unmöglich sei, auf die Inseln zu verzichten, die im Zusammenhang mit Asien ständen, oder auf Adrianopel und was dazu gehöre. In diesem Punkte, der Leben oder Tod für die Türkei bedeute, könne die Pforte keinen weiteren Opfer zustimmen; aber aus Achtung gegenüber den Mächten wolle sie ein letztes Opfer bringen und in Unterhandlungen eintreten über eine neue Grenze diesseits derjenigen, welche bereits vorgeschlagen sei, und die der Türkei Adrianopel und was dazu gehöre belassen würde. Wenn gegenüber diesem Opfer, welches das Maximum darstelle, die Verbündeten nicht ebenfalls Opfer bringen wollten, werde die Verantwortung für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht auf die Pforte, sondern auf die Verbündeten fallen.

Das türkische Ministerium für den Frieden.

Konstantinopel, 19. Januar. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korresp.-Bureaus.) Nach sicheren Informationen soll sich fast der gesamte Ministerrat für den Frieden ausgesprochen haben. Nur einige Minister hätten für den Krieg gestimmt, seien aber in der Minderheit geblieben. Man glaubt, daß die Antwort der Pforte, ohne eine kategorische Ablehnung zu enthalten, Anlaß zu einem schriftlichen Verkehr mit den Mächten bieten werde.

Die Haltung der türkischen Presse.

Konstantinopel, 19. Januar. Die türkische Presse kommentiert heute sehr zurückhaltend die Note der Mächte, in der sie eine Drohung Europas zu erblicken glaubt. „Jdam“ schreibt, die Pforte müsse in ihrer Antwort die gefährliche Lage des Landes in Rechnung ziehen, denn bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten würde die Türkei sich nicht nur den Balkanverbündeten, sondern einem verbündeten Europa gegenübersehen. Wenn die Pforte dem Rat der Mächte folgen wolle, müßten die dahingehenden diplomatischen Schritte schnell erfolgen, weil, wenn während einer längeren Korrespondenz Adrianopel kapitulieren sollte, die Mächte von jedem Engagement zugunsten der Türkei entbunden sein würden. Die Türkei würde dann großen Gefahren ausgesetzt sein. Sie müsse ein Arrangement zu treffen suchen, so lange die Mächte noch an die übernommene Verpflichtung gebunden seien. Man müsse nicht dem Juge des Herzens, sondern dem Verstand gehorchen.

Konstantinopel, 20. Januar. Die inspirierte türkische Presse bereitet die öffentliche Meinung auf eine Antwort vor, welche der Note der Mächte entgegenkommt. Die „Peni Gazeta“ hebt hervor, welche großen Schwierigkeiten für die Türkei angesichts der Drohung der Mächte durch eine Ablehnung entstehen würden und erklärt, es sei in einem solchen Augenblicke nicht geboten, Rechtsprinzipien und Verträge zu prüfen, die Rettung des Landes sei nur möglich, wenn man mit den Tatsachen rechne und ohne Zaudern vernunftgemäße Entschlüsse fasse. — Der „Jdam“ behandelt die Mitteilungen einiger Zeitungen, denen zufolge die Pforte in dem Sinne antworten würde, daß sie sich von neuem auf ein Handelsgeschäft einlasse, und erklärt, die Pforte würde durch ein sorgfältiges Nachgeben ihr Prestige verlieren und würde durch ihre Opfer nichts erreichen; die Pforte müßte ernsthaft die politische und militärische Lage berücksichtigen, nicht zaudern, den durch die Umstände auferlegten Opfern zuzustimmen und versuchen, die von den Großmächten gemachten Versprechungen auszunutzen.

Eine bulgarische Drohung.

London, 20. Januar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der bulgarische Premierminister Beschov die Delegierten in London ermächtigt, den bulgarischen Oberkommandierenden General Sawow direkt telegraphisch zu ersuchen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn sie meinen sollten, daß für den Friedensschluß keine begründete Aussicht mehr bestehe. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß die Soldaten der Balkanverbündeten bis spätestens zum Februar zur Bestimmung ihrer Acker zurückkehren müssen, da sonst eine Hungersnot unvermeidlich wäre.

Rumänien und Bulgarien.

Budapest, 19. Januar. Der rumänische Minister Jonecu erklärte auf der Durchreise einem Berichterstatter des „Pester Lloyd“, die Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien hätten kein endgültiges Resultat ergeben. Sie würden vielleicht in Sofia oder Bukarest fortgesetzt werden.

Die Stellung Oesterreichs.

Wien, 19. Januar. Das „Neue Wiener Tageblatt“ tritt wiederholt den in auswärtigen Blättern verbreiteten Meldungen entgegen, als ob Oesterreich-Ungarn sich nur ungerne dem Schritte der Mächte angeschlossen hätte; es hebt als besonderen Beleg der

Friedensliebe Oesterreich-Ungarns hervor, daß es der österreichische Vorkämpfer in Konstantinopel war, dessen Bemühungen bei der Pforte es vornehmlich zu danken gewesen sei, daß die türkischen Delegierten nicht, wie schon bestimmt war, aus London abberufen wurden, sondern dort blieben, um gegebenenfalls die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen.

Der Berg Athos.

London, 19. Januar. Das Reutersche Bureau erfährt, daß bis zur Stunde die Balkandelegierten amtlich keine Kenntnis von dem Beschluß der Mächte haben, den Berg Athos (ein Heiligtum der griechisch-orthodoxen Kirche mit einem berühmten Kloster) zu einer geistlichen Republik zu machen. Angesichts der besonderen Interessen Griechenlands, dessen Truppen jetzt die Halbinsel, deren östliche Grenze der Berg Athos bildet, besetzt halten, wird es zumindest als seltsam angesehen, daß ihm keine amtliche Mitteilung gemacht worden ist, geschweige denn, daß die Balkanverbündeten befragt worden wären. Die Delegierten erfahren inoffiziell, daß die jüngst geschaffene Republik unter der Jurisdiktion des östlichen Patriarchen (ob ausschließlich der orthodoxen Regierungen stehen und durch internationale Truppen besetzt werden soll. Angesichts der damit verknüpften heissen Fragen wird darüber Erstaunen ausgedrückt, daß der Patriarch gar nicht befragt und daß nicht daran gedacht worden sei, und unter den obwaltenden Umständen die Ansichten der griechischen Regierung für die Mächte hätten nützlich sein können.

Verlegung des bulgarischen Hauptquartiers.

Sofia, 20. Januar. Das bulgarische Hauptquartier ist nach Dimitofka verlegt worden.

Die griechisch-türkische Seeschlacht.

Konstantinopel, 19. Januar. Der Minister des Reichs erklärte dem Vertreter von Wolffs Telegraphischem Bureau, daß die Seeschlacht gestern zwischen einem Teil der türkischen Flotte und der vorläufigen Geschwader stattgefunden habe. Der Kampf hätte dreieinhalb Stunden gedauert; auf beiden Seiten habe es Kavariolen gegeben. Auf türkischer Seite sei genau beobachtet worden, daß der griechische Panzerkreuzer „Georgios Averoff“ Beschädigungen erlitten habe.

Ein Communiqué besagt: Der Kampf zwischen Tenedos und Lemnos dauerte mehrere Stunden. Auf beiden Seiten waren die Verluste beträchtlich. Die türkische Flotte ist unversehrt (?) zurückgekehrt. Am Nachmittag ist das Transportschiff „Melid Polcha“ hier eingelaufen, das siebzig Verwundete aus der Seeschlacht bei Lemnos an Bord hatte.

Die Opiumkrise.

London, 18. Januar. (Eig. Ber.)

Was soll aus den tausenden Risten Opium werden, die im Werte von 12 Millionen Pfund Sterling in den chinesischen Vertragshäfen aufgeschleppt liegen und unverkäuflich sind? Das ist die Kernfrage der Opiumkrise. Das Unerwartete ist eingetreten. Seit dem ersten Januar dieses Jahres ist nicht ein Pfund Opium in China verkauft worden. Die chinesische Regierung beschlagnahmt das in den Händen chinesischer Händler befindliche Opium und bringt die Strafgesetze gegen Opiumhändler und -besitzer zur Anwendung. Aus Shanghai wird unter dem 10. Januar gemeldet, daß eine Frau in Tschangtscha, die sich weigerte, das Opiumtrauchen aufzugeben, auf Befehl des Gouverneurs erschossen worden ist. In Canton jammern die Händler, daß ihr Opium unverkäuflich ist, weil der Polizeibehörde, wie vorher angeordnet, am 31. Dezember die Konzessionen der Opiumtraucher nicht erneuert hat. Die indische Regierung, die seit dem Jahre 1772 den Chinesen das suchbare Gift ausgezogen, hat sich genötigt gesehen, alle Verkäufe von Opium in Kalkutta und Bombay einzustellen. Aber was hilft das? Für 12 Millionen Pfund Sterling Opium liegt in den chinesischen Vertragshäfen und niemand will das Gift kaufen. Mit dem Opiumhandel ist es wirklich aus, versichert der verlässliche Korrespondent des „Daily Telegraph“ in Peking, und die einzige ehrenhafte Handlungsweise der indischen Regierung wäre, daß sie das Zeug zurückkaufe, denn sie ist der Produzent des Opiums. Die andere Lösung wäre, daß die englische Regierung China zwänge, den Verkauf des Opiums zuzulassen. Die Händler drängen auf eine Lösung. Was wird die englische Regierung tun? Obwohl die englische Regierung in Indien wukte, daß sich infolge der chinesischen Obstruktion in den Vertragshäfen Chinas die Opiumvorräte immer mehr anhäufelten, vermehrte sie im Jahre 1912 die Quantitäten, die sie zur Versteigerung brachte. Dieses Vorgehen berechtigt zu der Befürchtung, daß die englische Gewalt Herrschaft in Indien China wieder einmal ein Gift aufzwingen wird, dessen Genuß sie ihren eigenen indischen Untertanen verboten und aus dem sie ungezählte Millionen Gewinn gezogen hat.

Der chinesische Opiumhandel ist wohl eins der schändlichsten Kapitel in der Geschichte der europäischen Kolonialpolitik. Moralisch ist dieser Handel auf eine Stufe zu stellen mit dem Narkotikahandel und ähnlichen unsauberen Geschäften. Seine Anfänge liegen weit zurück im 18. Jahrhundert, als der indische Generalgouverneur Warren Hastings die Opiumfabrikation zum Staatsmonopol machte. Schon im Jahre 1796 protestierte der chinesische Kaiser gegen die Einfuhr des Opiums nach China, die jedoch ununterbrochen blieb, bis sie im Jahre 1838 3400 Risten betrug (1 Riste = 140 engl. Pfund). Damals schrieb der Kaiser von China an die Königin von England einen Brief, in dem es heißt: „Wenn Sie darauf bestehen, Ihr Opium zu verkaufen, wird der Kopf und das Herz jedes guten und rechtschaffenen Menschen vor Entrüstung über Ihre Aufführung brennen.“ Im Jahre 1839 führte die Verdrängung einiger zwanzigtausend Risten Opium durch den Kommissar Lie zu dem Opiumkrieg zwischen England und China. Die chinesische Regierung ließ sich jedoch nicht bewegen, den Opiumhandel zu legalisieren. Der Kaiser, der selbst vier Söhne durch das Opiumtrauchen verloren hatte, wies alle Forderungen der Engländer mit den Worten ab: „Nichts wird mich bewegen, aus dem Saft und Elend meines Volkes ein Einkommen zu beziehen.“ Der Schmuggelhandel gedieh weiter unter englischer Flagge, bis es im Jahre 1857 wiederum zu einem Opiumkrieg mit England kam. Jetzt endlich wukte China nachgeben. Im folgenden Jahre wurde in dem Vertrag zu Tientsin der Opiumhandel und — die Einführung des Christentums legalisiert. Welcher Stoff für einen Sotriker! Seit der Zeit hat China nichts unversucht gelassen, um das schredliche Gift, das nach den Worten des Manifests Dr. Sunhajens „mehr meiner Landleute zerstört hat als der Krieg, die Pest und die Hungersnot“, wieder loszuwerden. Im Jahre 1885 verfiel die chinesische Regierung auf den verwegendsten Gedanken, durch den Anbau von Rohm das indische Opium aus dem Markt zu treiben.

Man läte dem englischen Volke unrecht, wollte man behaupten, daß es das schwere Verbrechen seiner Nachhahler an dem wehrlosen chinesischen Volke guthieße. Mehr als einmal (zuerst im Jahre 1801) hat das englische Parlament erklärt, daß der indisch-chinesische Opiumhandel „moralisch nicht zu verteidigen ist“. Leider machen derartige Reinigungsäußerungen auf die herrschenden

Eliten Englands, die das indische Volk ausaugen und aus dem Elend und Jammer Chinas ein fettes Einkommen ziehen, wenig Eindruck. Im Finanzjahr 1907/08 bezog die indische Staatskasse aus dem Verkauf des Opiums eine Einnahme von 3 275 000 Pfund Sterling; im Jahre 1910/11 sogar 6 500 000 Pfund Sterling. Als China um die Mitte des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts erwachte und sich anschickte, sein Haus in Ordnung zu bringen, erließ der Kaiser einen Befehl, nach dem der Anbau des Rohms innerhalb 10 Jahre unterdrückt werden sollte. Zu gleicher Zeit setzte sich die chinesische Regierung mit der indischen und englischen in Verbindung und im Jahre 1907 kam es zu einem Vertrag, in dem folgendes bestimmt wurde: Die indische Regierung verpflichtet sich, die Einfuhr indischen Opiums nach China innerhalb zehn Jahre einzustellen, und zwar so, daß in jedem folgenden Jahre vom 1. Januar 1908 ab die Einfuhr um 10 Proz. der als Norm für das Jahr 1907 festgesetzten Ziffer (60 000 Risten) verringert wird, wenn die chinesische Regierung ihr Wort hält und die Mohnkultur in China in zehn Jahren abschafft. Nach drei Jahren sollte dann unterjocht werden, ob der Anbau des Rohms in China in entsprechender Weise abgenommen habe. Das Resultat der Untersuchung fiel glänzend für die chinesische Regierung aus. Aus der Provinz Sze-Tschuan, die vor der Konvention die Hälfte des chinesischen Opiums lieferte, war der Rohm verschwunden, dergleichen aus der Provinz Schan-Si. In den übrigen Provinzen war die Mohnkultur stark (bis zu 75 Proz.) zurückgegangen. Die chinesische Regierung hatte ihr äußerstes getan, um der Opiumpest in kürzester Zeit den Garaus zu machen, und wenn es ihr nicht ganz gelungen war, so war dies dem Umstand zuzuschreiben, daß die inneren Kriegen und die gewaltige Ausdehnung des Reiches eine genaue Überwachung der Opiumproduktion sehr erschwerten. Aber die chinesische Regierung hatte weit mehr getan, als von ihr verlangt wurde. Schon im Jahre 1908 hatte sie zahlreiche Opiumhöhlen geschlossen und tausende Pfeifen wurden öffentlich unter dem Jubel der Bevölkerung verbrannt. Und die indische Regierung? Sie profitierte von dem Reformeifer der Chinesen. Infolge der Unterdrückung der Mohnkultur in China stieg der Preis des Opiums in diesem Lande in einigen Provinzen um 600 Proz. und durchschnittlich um 250 Proz. Die Einnahmen der indischen Regierung aus dem Opiummonopol stiegen ganz enorm. Im Jahre vor dem Abschluß der Konvention betragen sie 3 275 000 Pfund Sterling; im darauf folgenden Jahre 4 645 000, im zweiten Jahre (nachdem also die Einfuhr nach China schon um 20 Proz. verringert worden war) 4 432 000 Pfund, im dritten Jahre sogar 6 500 000 Pfund! Das macht für die drei Jahre der Konventionsdauer eine Gesamteinnahme von 15 877 000 Pfund (311 140 000 M.). Wäre der Preis des Opiums stabil geblieben, so hätte die indische Regierung für den ganzen zehnjährigen Zeitraum, in dem der chinesisch-indische Opiumhandel verschwinden soll, nur auf eine Einnahme von 14 750 000 Pfund rechnen können. Eine dankbare Reformarbeit vom Standpunkt der englischen Macht haben in Indien aus betrachtet! Dabei fuhr die indische Regierung fort, die übrigen Mächte, die etwa ein Drittel der indischen Opiumproduktion nehmen, in gewohnter Weise zu versorgen. Die hohen Opiumpreise in China zogen naturgemäß einen beträchtlichen Teil dieses Opiums an sich und vermehrten die Vorräte, die jetzt als unverkäuflich in den chinesischen Hafenstädten liegen.

Die Bitten der chinesischen Kaiser und Staatsmänner und der Appell der chinesischen Reformatoren an die Menschlichkeit und Rechtschaffenheit der frommen christlichen Nachhahler Englands haben nichts gekrönt. Die junge Republik hat jetzt den gordischen Knoten durchschnitten. Wird ihr ein neuer Opiumkrieg angedroht werden oder wird die englische Regierung zugeben, daß das Spiel aus ist und daß die Menschlichkeit über die brutale Gewinnsucht des Kapitalismus gesiegt hat? Viel Ruhm wird sie im besten Falle nicht ernten; aber sie wird einsehen müssen, daß ihre Vergewaltigung der chinesischen Republik nur die Verachtung und die Verwünschungen aller gesteuerten Menschen eintrug wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 20. Januar 1913.

Die hinausgeschobene Landtagswahl.

Die Landtagswahlwahl im Kreise Leitow-Beeskow ist ungewöhnlich spät angefertigt worden. Am 21. Oktober 1912 ist der frühere Abgeordnete Felisch gestorben. Aus unbekanntem Gründen schob der Regierungspräsident in Potsdam die Wahlmännerwahlen bis zum 12. Februar und die Abgeordnetenwahl bis zum 27. Februar auf. Erst vier Monate nach der Erledigung des Mandats sollte also die Ersatzwahl stattfinden; doch selbst dieser späte Termin scheint der Regierung noch zu früh gewesen zu sein, denn wie der Potsdamer Regierungspräsident durch eine Sonderausgabe des Amtsblattes bekannt macht, soll die Wahl noch später stattfinden, und zwar, wie es heißt, mit Rücksicht auf die Tagung des Provinziallandtages am 23. Februar und den folgenden Tagen. Allem Anschein nach gedenkt man den Termin auch nicht nur um einige Tage zu verschieben, sondern ihn gleich um einige Wochen hinauszurücken, denn in der Ankündigung des Amtsblattes heißt es kurzweg, die Wahltag würden demnächst neu festgesetzt werden. Ein höchst seltsames Verfahren.

Auch noch eine neue Flottenvorlage?

Die neue Heeresvorlage befindet sich noch in der Dunkelkammer der Reichsregierung, und schon werden die Häher für eine neue Marinevorlage angestrebt. Man will eben das Eisen schmieden, so lange es warm ist, und die Stimmung scheint man augenblicklich für günstig zu halten. Die „Braunschweiger Landes-Zeitung“, in der manchmal solche Häher angestrebt werden, schreibt:

„In Kreisen, die über die Absichten der Reichsmarineverwaltung besonders unterrichtet sind, rechnet man seit einiger Zeit damit, daß die Reichsmarineverwaltung unter gewissen Umständen dazu gelangen könnte, dem Reichstage gleichzeitig mit der neuen Heeresvorlage auch einige Wünsche der Reichsmarineverwaltung zu unterbreiten. Es wäre falsch und schäffig vorläufig über das Ziel hinauszusehen, wollte man direkt von einer neuen Marinevorlage sprechen. Es steht zurzeit noch nicht fest, ob und wann das Reichsmarineministerium dem Reichstage seine Forderungen unterbreiten wird. Jedenfalls würde nach den bisherigen Berichten immer nur von Forderungen geringen Umfangs die Rede sein. Zunächst dürfte es sich darum handeln, für die Jahre 1914 bis 1917 die Kiellegung von drei neuen Schiffschiffen durchzuführen, was nicht einmal große Kosten, sondern nur eine andere Verteilung der Baukosten nach sich ziehen würde. Ein zweiter Wunsch wäre vielleicht, die Rekruten einige Wochen früher als bisher einuberufen. Zurzeit besteht immer ein unter Umständen außerordentlich gefährlicher Zustand verminderter Schlagfertigkeit der deutschen Flotte, wenn die alten Mannschaften entlassen und die neuereintretenden Rekruten noch jeder militärischen Ausbildung bar sind.“

Rebenbei wird auch noch die Erhöhung des Mannschaftsstandes verlangt. Man wird nicht festsehen in der Annahme, daß bei dieser Meldung nicht nur der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Die

Bürgerliche Reichstagsmehrheit wird ja auch eine neue Marinevorlage schießen, wenn das arbeitende Volk dafür die Kosten zu tragen hat.

Heroen des Scharfmachertums.

Von den Scharfmachern und ihren journalistischen Kommissen wird seit mehreren Jahren ein rüchsiges Leben, mit allen möglichen Verleumdungen und Verdächtigungen arbeitender Feindschaft gegen den bekannten Münchener Professor Lujo Brentano geführt — angeblich, weil er das deutsche Unternehmertum wie auch die Arbeitswilligen aufs schwerste beschimpft und für die freien Gewerkschaften in einseitiger Weise Partei ergriffen habe. Die fortwährenden Angriffe bewogen schließlich Herrn Brentano, gegen einige der ärgsten Schreiber Klage zu erheben. Vor einigen Tagen standen diese Herren in München vor Gericht, um sich wegen ihrer Beschuldigungen zu verantworten. Da sie ihre Behauptungen nicht im geringsten zu beweisen vermochten, verstanden sie sich kleinlaut zu fügen, ihre Heidenhaftigkeit trefflich charakterisierenden Vergleich:

1. Stadtkauf Dr. Kuhle erklärt, daß er den Vorwurf, Geheimrat Brentano habe in seinen Schriften und Vorträgen die Arbeitswilligen beschimpft, als unbegründet unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Den Vorwurf, Geheimrat Dr. Brentano habe das Unternehmertum beschimpft, wolle er nicht erheben. Auch wolle er sich jene Vorwürfe gegen Geheimrat Dr. Brentano, die von Dr. Alexander Tille in seiner Broschüre „Lujo Brentano und der akademische Klassenmoralismus“ erhoben worden sind, in keiner Weise anrechnen und verpflichte sich, diese Broschüre und die darin niedergelegten Vorwürfe nicht mehr zu verbreiten.

2. Die Verlagsgesellschaft Otto Elsner verpflichtet sich, die Broschüre „Lujo Brentano und der akademische Klassenmoralismus“ aus dem Handel zu ziehen und alle noch in ihrer Verfügungsgewalt stehenden Exemplare dem Privatkläger zu geben.

3. Redakteur Wolff erklärt, daß er sich die in der vorbenannten Broschüre gegen Geheimrat Dr. Brentano erhobenen Vorwürfe nicht habe anrechnen wollen und es bedauere, sofern solche Vorwürfe durch die Veröffentlichung dieser Arbeit oder anderer Aufsätze in seiner Zeitschrift „Handel und Industrie“ doch geltend gemacht worden sein sollten.

4. Redakteur Osendrunner erklärt, er habe sich durch die gepflanzte Gemeinderhebung überzeugt, der von ihm in Nr. 25 seiner Zeitschrift „Die Welt“ erhobene Vorwurf, Geheimrat Dr. Brentano habe in der Hauptverhandlung vor dem Schöffengericht München vom 4. Juni 1912 eine früher von ihm vertretene Anschauung abgelehnt, sei unbegründet, weshalb er ihn unter dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme.

5. Die Beklagten tragen sämtliche Kosten.
6. Dr. Kuhle, Wolff und Osendrunner verpflichten sich, diesen Vergleich binnen 14 Tagen in den von ihnen redigierten Blättern in der für amtliche Bekanntmachungen üblichen Form im Inseratenteil zu veröffentlichen. Sämtliche Beklagte ermächtigen außerdem den Privatkläger zur Veröffentlichung des Vergleichs in der nämlichen Form auf ihre Kosten in einer Anzahl von Tageszeitungen.

Nachdem sich die ehrenwerten Herren selbst in dieser Weise zum allgemeinen Vergnügen so schön geübertun haben, lohnt es sich nicht mehr, sich mit ihnen noch zu beschäftigen. Sie kommen nicht mehr ernsthaft in Betracht.

Fortschrittliche Parteifinanzreform.

In einer Sitzung des Zentralausschusses der Fortschrittspartei wurde nach Referat von Raumann und Kommin folgende Resolution angenommen:

1. Alle Vereine, die sich zur Fortschrittlichen Volkspartei rechnen, haben die Verpflichtung, im Laufe jedes Jahres die Zahl ihrer Mitglieder und die Höhe der eingegangenen Mitgliederbeiträge sowohl an den Landesverband, als an die Parteizentrale zu melden.

2. Alle diese Vereine haben die Pflicht, mindestens ein Rechenbuch ihrer gesamten Mitgliederbeiträge an die Parteizentrale zu melden.

3. Den Vereinen wird empfohlen, den Mitgliederbeitrag tunlichst nicht unter 2 M. zu halten, die Zahlung höherer Beiträge aber mehr als bisher durch Teilerhebungen zu erleichtern.

Zerner wurde noch folgender Beschluß gefaßt:
Der Zentralausschuß ersucht den geschäftsführenden Ausschuß, die Zentralgeschäftsstelle dahin auszubauen, daß sie in der Lage ist, die Reorganisation der Parteifinanz im Sinne der obigen Beschlüsse durchzuführen und mehr als bisher den ständigen Verkehr mit den Vereinen zu pflegen. Der Zentralausschuß beauftragt seine Mitglieder in den einzelnen Landesteilen, neben den bestehenden Vereinen Organisationen ins Leben zu rufen, die laufende größere Geldmittel für die Parteizentrale sammeln und abführen.

Diese Beschlüsse sind begreiflich. In der Kasse der Fortschrittlichen Volkspartei ist Ebbe — und die preußischen Landtagswahlen stehen bevor. Folglich muß Geld beschafft werden. Fraglich ist nur, ob der Appell des Zentralausschusses nützen wird.

Karnevalsuff.

Der Verlag der „Germania“ ist — vielleicht stammt die Idee von dem großen Talglicht von Wittenhausen — auf den hübschen Gedanken verfallen, die ultramontane Agitation für die völlige Aufhebung des Jesuitengebietes entsprechend der jetzigen Jahreszeit karnevalistisch zu behandeln. Der Verlag hat nämlich eine humoristische Ansichtspostkarte zum Rosenbergtreiben (einzeln 10 Pf., 100 Stück 5 M., 1000 Stück 85 M.) herstellen lassen, die die christliche „Germania“ in folgender Weise anpreist:

Katholizismus.

Der Jesuit kommt.

Wie Deutschen fürchten... nur die Jesuiten.
Dargestellt ist in origineller Weise der „Jesuit“, der bei seinem Einberufenen Furcht und Schrecken verbreitet, und selbst das Brandenburger Tor zum Wanken bringt. Dazu ein packendes Gedichtlein, beginnend:

Mit Dolch und Gift und Wiedersuch
Kommt er daher geschritten,
So träumt der deutsche Pächterlichts
Sich einen Jesuiten.
Es ättert bang der künftigen Schar
Vor diesen wenigen Atomen.
Weh dir, du armes deutsches Reich,
So weit bist du gekommen.

Eine recht niedliche Idee! Niemand wird etwas dagegen einzuwenden haben, wenn die „Germania“ die Jesuitenagitation selbst als Karnevalsuff betrachtet und sie dementsprechend satirisch verspottet. Eine humorvolle Selbstverleugung wirkt immer veröhnend, vor allem, wenn sie so berechtigt ist, wie in diesem Falle. Vielleicht bemächtigen sich die beiden hiesigen rheinischen Karnevalgesellschaften „Aas“ und „Hela“ der hübschen Idee der „Germania“ und bringen sie in ihren nächsten Sitzungen zur bildlichen Darstellung.

Das agrarische Paradies der Sternikel.

Oertel spricht bei jedem Feiertagsartikel unendlich saubere, voll von dem Gist und dem Berberden der Großstadt, um dann in um so sichereren Farben von den Herrlichkeiten der agrarischen Paradiese zu schwärmen. Er selbst redigiert die „Deutsche Tageszeitung“ nicht von den herrlichen Besitzern Possumulds aus, sondern

leibt, die Großstadt betrachtend, in Berlin. Wo kann nun ein Verbrecher am leichtesten untertauchen? Die Antwort könnte vielleicht je nach Interesse verschieden sein, deswegen geben wir in dem folgenden Bitate einem Mann das Wort, der selbst in Ostpreußen wohnt. Dieser sagt:

„Bäre Sternikel im Norden Berlins, wo er das Verbrecherhandwerk erlernt hatte, geblieben, so wäre er zweifellos der Polizei bei einer Razzia oder einem Einbruchsdiebstahl usw. gelegentlich in die Hände gefallen. Auch die Auswanderung ohne große Vorkenntnisse ist ihm nicht glücken, denn an den Grenzstationen und in den Hafenstädten ist die Überwachung besonders scharf. Sternikel hat also, was Hunderte von Schwerverbrechern in Deutschland für das Sichere und Einfache halten, um den Nachforschungen der Polizei zu entfliehen: er ging auf das platte Land und wartete in der Rolle des fleißigen Landarbeiters ruhig, bis das Interesse der Kriminalbehörde an seiner Persönlichkeit wieder abklang. Die Möglichkeit, in bäuerlichen Dienststellen unterzukommen und dabei der Polizei ein Schnippchen zu schlagen, ist infolge des Lentemangels auf dem platten Lande sehr groß. Gelegenheit zur Beschaffung fremder Legitimationspapiere bietet sich demnach in jeder Herberge. Man kann ohne Heberzeugung behaupten, daß sich noch Hunderte von schweren Verbrechern in der gleichen Weise verborgen halten wie bisher Sternikel.“

Und wo steht das geschrieben? In Nr. 3 vom 18. Januar 1913 des „Bundes der Landwirte für Ostpreußen“, dem amtlichen Blatt der Provinzialabteilung Wirtschaften usw., daß ein offizielles Bundesorgan der Landwirte hier zugibt, was die Agrarier alles über sich ergehen lassen, nur um billiger und williger Landarbeiter zu sein! Der „Deutschen Tageszeitung“ seien die Bemerkungen ihres Kollegen besonders empfohlen.

Aus Schlesiens Gefilden.

Die sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“ brachte im September 1912 einen längeren Artikel, der sich mit den Ursachen eines Landarbeiterstreiks auf einem Gute des Landbesitzers in Schlesien beschäftigte. In der Schilderung kamen ganz tolle Zustände zur Sprache. Unter anderem berichtete, daß nicht nur bei der Speisung der Leute Viehstutten, das sogenannte Strunkfraut, vorgesetzt wurde, sondern obendrein die Arbeiter auch noch verprügelt wurden. Diese schändliche Behandlung führte zu einem Streik, der allerdings nur ganz kurze Zeit währte. Nach der Beendigung dieses Streiks wurden, wie die „Bergwacht“ berichtete, die Mißhandlungen noch ärger. Die Arbeiter wurden mit Dörren behandelt und mit Stöcken verprügelt. Als Täter wurden gewandt der Oberamtmann Bugajski und sein Sohn, ein ehemaliger Offizier. Die Prügelungen müssen manchmal furchtbar gewesen sein, denn in einem Falle wurde durch das Gefährliche eines mißhandelten Invaliden das ganze Gutpersonal zusammengerufen und in Aufregung versetzt. Alle diese Zustände wurden noch eingehender unterfucht in der „Bergwacht“ geschildert. Prompt erfolgte darauf die Anklage — im öffentlichen Interesse natürlich. Die Voruntersuchung war äußerst umfangreich. Sie hatte das Ergebnis, daß jetzt nach viermonatiger Dauer das Verfahren gegen den verantwortlichen Redakteur Lusch eingestellt worden ist. Ueber die Gründe der Aufhebung wurde dem Angeklagten eine Antwort verweigert. Diese Verweigerung lag jedenfalls auch im „öffentlichen Interesse“.

Ein polizeilicher Zurückzieher.

Am 19. Oktober vorigen Jahres wurde dem Vorsitzenden des Bauhauer Gewerkschaftskartells durch ein Schreiben eröffnet, daß das Gewerkschaftskartell ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Reichsvereinsgesetzes sei. Zugleich wurde dem Vorsitzenden aufgegeben, bis 2. November die Satzungen des Kartells sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes einzureichen, widrigenfalls er in eine Zwangsstrafe von 10 M. oder 2 Tage Haft genommen werden sollte. Gegen diese Verfügung wurde rechtzeitig Beschwerde beim Regierungspräsidenten in Posen eingeleitet und dann herrichte monatelang Ruhe über den Gewässern. Jetzt endlich, am 17. Januar, wurde dem Kartellvorsitzenden von der Polizeiverwaltung in Lauban ein Schreiben zugehakt, in dem es heißt:

„Auf die an den Herrn Regierungspräsidenten in Posen gerichtete Beschwerde vom 29./30. Oktober 1912 gegen unsere Verfügung vom 16./19. Oktober 1912 — Tag Nr. 5592 — teilen wir Ihnen mit, daß wir diese Verfügung zurückziehen, da unsere weiteren Ermittlungen keinen hinreichen Beweis für die Richtigkeit unserer Annahme ergeben haben, daß das Kartell ein politischer Verein im Sinne des § 8 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 ist.“

Der Polizeiverwaltung von Lauban wird es wohl recht schwer geworden sein, diesen Zurückzieher zu machen, wenn man bedenkt, daß der Erlaß auf Vermählungen beruht, die seit mehr als Jahresfrist wahrnehmbar waren.

Zu sechs Monaten Gefängnis

wurde in Weeslau am Sonnabend ein organisierter Fabrikarbeiter verurteilt, weil er durch große Redensarten einen Unorganisierten zum Verlassen der Arbeit veranlaßt haben soll. Die Anklage warf dem Beschuldigten keinerlei Tatsachen, sondern nur grobe Worte vor. Der angeblich Bedrängte gab sich selbst fälschlich als organisiert aus und hat nach der Meinung des Verurteilten nur nach einer Ausrede für das Verlassen der Arbeit gesucht. Der Arbeitgeber der Weiden stellt dem Verurteilten das Zeugnis eines ruhigen und anständigen Mannes aus. Der Angeklagte war seiner Sache auch selbst so sicher, daß er sich nicht einmal einen Anwalt beschaffte und den Verband unbegriffenweise von der Anklage nicht unterrichtete.

Alien.

Ein Werkzeug Rußlands.

Urga, 19. Januar. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Hututu hat jetzt das im Oktober 1912 an ihn ergangene Telegramm Quankhais beantwortet und darin betont, es könne von einer Vereinigung der Mongolei mit China, dem selbst Bürgerkrieg in seinen südlichen und nördlichen Provinzen drohe, keine Rede sein. Das russisch-mongolische Abkommen hätten die Mongolen ganz selbständig zur Sicherung ihrer historischen Eigenart gegen ungelegliche Eingriffe Chinas abgeschlossen. Der Hututu warnt China ferner vor der etwaigen Absicht, die mongolische Frage mit Waffengewalt zu entscheiden.

Soziales.

Haftstrafe durch das Gewerbegericht.

Zu einer äußerst erregten Szene, die mit der Verurteilung des Beklagten zu einer sofort zu vollziehenden Haftstrafe von 24 Stunden endete, kam es gestern vor dem Gewerbegericht. Die Kammer 6 verhandelte unter Vorsitz des Magistratsassessors Dr. Löwentz über eine Klage, die der Perückenmacher R. gegen den Kaufmann Küster (Carnon-Schwaibtrage) als Inhaber eines Ateliers für Haararbeiten angeklagt hatte. Kläger war vom April bis 18. November bei dem Beklagten mit einem Wochenlohn von 20 M. als Perückenmacher beschäftigt. Bei seinem Austritt blieb ihm der Beklagte 27,50 M. schuldig. Diese forderbe er durch Klage. Zwischen dem Kläger und seinem Arbeitgeber muß ein recht idyllisches Verhältnis bestanden haben. Wie Kläger in der Verhandlung angab, hat er seinem Chef oft mit Geldbeträgen ausgeholfen, damit dieser seine Rohmaterialien — insbesondere Haare — bezahlen konnte. Den vereinbarten Lohn habe er öfter in ganz kleinen Beträgen und an verschiedenen Tagen erhalten. Einmal habe Kläger sogar seine goldene Uhr verpfändet, um dem Beklagten Geld zur Bezahlung von

Schulden zu geben. Der Beklagte konnte die Forderung des Klägers nicht bestritten, behauptete jedoch, es sei keine Lohnforderung, sondern Klager habe ihm die Summe geliefert an. Beklagter erhob weiter den Einwand, daß er nicht alleiniger Inhaber des Ateliers sei. Seine Frau wäre Mitinhaberin. Deshalb müßte die Klage abgewiesen werden oder konnte sich höchstens zur Hälfte gegen ihn richten.

In der Sache selbst verurteilte das Gericht den Beklagten zur Zahlung von 27,50 M. Es handelte sich nach Auffassung des Gerichts um rückständigen verdienten Lohn, der nicht einbehalten werden durfte.

Bei Verhandlung des Urteils fiel der schon während der Verhandlung wiederholt zur Ruhe ermahnte Beklagte dem Vorsitzenden wiederholt ins Wort. Er sei bei seiner Verteidigung beschonnt worden. Das Urteil wäre ungerecht. Ermahnungen zur Ruhe halfen nichts, und so verfügte das Gericht eine Ordnungsstrafe von 3 M. über ihn. Herr Küster ließ sich hierdurch nicht berühren. Er lärmte weiter. Das Gericht zog sich zur Beratung zurück und verhängte eine zweite Ordnungsstrafe in Höhe von 10 M. über den Ungehörlichen. Herr R. wurde nun zum Verlassen des Sitzungssaales aufgefordert, leistete jedoch der Aufforderung nicht Folge, sondern stellte weitere Fragen an den Vorsitzenden. Über Ermahnungen zur Ruhe blieb er erfolglos. „Und wenn's 100 M. kostet, ich will mein Recht“, rief er in den Sitzungssaal. Der Gerichtshof zog sich abermals zur Beratung zurück und verfügte über den Widerpenitenten eine sofort zu vollziehende Haftstrafe von 24 Stunden. Mit beiden Händen schlug Beklagter jetzt auf das Pult. „Ich verlange Schutz, ich bin krank und befinde mich in ärztlicher Behandlung“, schrie er den Gerichtshof an.

Erst die Abführung durch den Gerichtsdienst beendete diese unerwünschte Szene.

Während dieses erregten Vorganges überkam den Kläger — einen jungen schwächlichen und kränklich aussehenden Mann — ein Unwohlsein. Mühsam schleppte er sich auf den Korridor, wo er in Schreitämpfe fiel und eine Zeitlang das Bewußtsein verlor. Bald erholte er sich jedoch wieder. Herr Küster war aber noch nicht zur Vernunft gekommen. Er geriet in ein Handgemenge mit dem Gerichtsdienst und wollte diesem entweichen. Die Flucht mißlang durch Dagegenhalten des Vorhers. Zwei Schulheute brachten den Beklagten dann nach der nächsten Polizeiwache.

Ob eine Haftstrafe — eine solche wird von dem Gewerbegericht nur äußerst selten verhängt — erforderlich war, erscheint fraglich. Zumal der Termin beendet war, hätte eine Entlassung des nervösen Herrn auch genügt.

Ausführungsverordnung zur Angestelltenversicherung.

Nach § 200 des Versicherungsgesetzes für Angestellte bestimmt der Bundesrat, wie die Beiträge für die Versicherungsbeiträge erhoben werden, die bei einer amtlichen Vertretung im Ausland oder bei deren Leitern oder Mitgliedern beschäftigt sind. Der gestern abend erschienene „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht eine hierüber erlassene Vorschrift des Bundesrats vom 11. Januar.

Kommunale Arbeitslosenunterstützung in Mannheim.

Der Stadtrat der Stadt Mannheim beschloß eine Arbeitslosenunterstützung einzuführen, welche hinsichtlich der Behandlung der in Gewerkschaften gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit versicherten Arbeiter nach dem Muster des Genter Systems in Wirksamkeit treten wird. Männliche Arbeitslose erhalten einen städtischen Zuschuß von 70 Pf. pro Tag, weibliche Arbeitslose einen solchen von 50 Pf. Für bis zu 3 Kindern werden je 10 Pf. Zuschuß gewährt. Im Höchstfall also gibt es einen Zuschuß von 1 M. pro Tag und zwar auf die Dauer von 60 Tagen. Voraussetzung zum Bezug des Zuschusses ist einjährige Beschäftigung. Ueber die Bezugsberechtigung werden die Erhebungen von den Gewerkschaften gemacht, welche auch die städtischen Zuschüsse zu verteilen haben. Die Kontrolle der Arbeitslosen erfolgt auf dem städtischen Arbeitsamt.

Gleich hohe Unterstützung wird auch an nichtorganisierte Arbeiter und an solche Arbeiter ausbezahlt, die zwar gewerkschaftlich organisiert, nicht aber gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit versichert sind. Die Entscheidung über die Bezugsberechtigung und die Auszahlung der Unterstützungen erfolgt in diesen Fällen durch das Arbeitsamt. Die Vertreter der Industriellen stimmten unter der Voraussetzung für die Gewährung der Zuschüsse an die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, wenn die Vertreter der letzteren für die Unterstützung der Nichtorganisierten einstehen. Es sollte damit die Wahrung völliger Parität seitens der Stadt gegenüber der Arbeiterschaft zum Ausdruck gebracht werden. Die Vertreter der Arbeiter gingen darauf ein, um die Einrichtung einer städtischen Unterstützung zu retten. Der Stadtrat glaubt, mit 40000 bis 50000 M. im Jahre auszukommen.

Die im Jahre 1911 gegründete Arbeitslosen-Sparversicherung wird wieder befestigt, da die Arbeiterschaft für dieselbe kein Interesse bekundet hat.

Vom unentgeltlichen nichtgewerdmäßigen Verteilen von Druckschriften.

Zum unentgeltlichen nichtgewerdmäßigen öffentlichen Verteilen von Plakaten, Ausrufen und Bekanntmachungen bedarf man nach § 10 des preußischen Preßgesetzes in der durch § 30 Abs. 2 des Reichspreßgesetzes erlangten Fassung einer polizeilichen Erlaubnis. Viele Jahre nahm das Kammergericht an, daß mit dem „Unentgeltlich“ hier gemeint sei, daß der Verteiler von seinem Auftraggeber kein Entgelt erhalte. Von dieser Auffassung ist das Kammergericht vor einiger Zeit abgegangen. Es hielt jetzt auf dem Standpunkt, daß gemeint sei, daß der Verteiler vom Empfänger (vom Publikum) nichts erhalte. Auf denselben Standpunkt stellte sich das Landgericht III zu Berlin in Sachen gegen den Metallarbeiter Stark aus Spandau. Dieser hatte, als er arbeitslos war, gelegentlich, also nicht gewerdmäßig, im Auftrage des Verbandssekretärs Hühner vom Metallarbeiterverband vor dem Artillerie-depot in Spandau die Broschüre „Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Spandauer Staatswerftstättenarbeiter vor dem Reichstag“ verteilt. Die Empfänger der Broschüre zahlten nichts. Angeklagter hatte aber von dem Verbandssekretär als Entgelt eine Mark erhalten. Legieres erklärte das Landgericht für unerheblich, indem es den Angeklagten verurteilte, weil er keine Erlaubnis zum Verteilen hatte. Da das Publikum nichts zahlte, so habe es sich um ein unentgeltliches Verteilen im Sinne des § 10 des preußischen Preßgesetzes im Rahmen des § 30 des Reichspreßgesetzes gehandelt.

Der Angeklagte legte Revision ein, die durch Rechtsanwalt Dr. Karl Liebmann dieser Tage vor dem Kammergericht vertreten wurde. Der Anwalt legte dar, daß die neuere Auffassung des Kammergerichts ganz verfehlt sei. Der Senat müde noch einmal die Materie nachprüfen. Entscheidend wäre, daß bei der gesamten gesetzlichen Regelung der Druckschriftenabgabe auf Strafen und Bösen von dem wirtschaftlichen Charakter der dabei entfallenen Tätigkeit ausgegangen werde. Die Reichsgerichtsbekanntmachung zum Ausgangspunkt den § 43 der Gewerbeordnung, der von gewerdmäßiger Verteilung sprache und damit unstrittig und unzweifelhaft zum Kriterium mache, ob die Verteilungshandlung von dem Verteiler als ständige Gewerksquelle benutzt werde, während der Gesichtspunkt einer Erwerbs- oder Gewinnabsicht im Verhältnis zu dem Empfänger der Druckschriften geradezu eliminiert sei. Auf dieser Basis des § 43 der Gewerbeordnung sei der § 30 des Reichspreßgesetzes aufgebaut. Es suche denjenigen Teil der Verteilungstätigkeit zu regeln, der durch die Gewerbeordnung nicht bereits geregelt sei und habe das durch die Bestimmung über die unentgeltliche Verteilung erreichen wollen. Wenn dabei übersehen sei, daß es zwischen der gewerdmäßigen und der unentgeltlichen Verteilung noch ein Drittes, nämlich die nichtgewerdmäßige entgeltliche Verteilung gebe, so sei ein derartiges Versehen durchaus keine Eingekerkelung der Gesetzgebung. Es liege einfach eine der nicht seltenen Lücken vor, die vom Gesetzgeber damals nicht als solche erkannt wurde. Deshalb sei die frühere Jurisprudenz des Kammergerichts, die mit solcher Lücke gerechnet habe, die richtige.

Das Kammergericht verwarf jedoch die Revision. Es führte kurz aus, daß es keinen Anlaß habe, von seiner neueren Jurisprudenz abzugehen. (Siehe auch 1. Beilage.)

Gewerkschaftliches.

Die Kampfangelegenheit der Unternehmer in der Holzindustrie.

Der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe steuert zielbewußt auf den Kampf los. Seit Jahren schon hat er die Absicht verfolgt, im Frühjahr 1913 die große Kraftprobe mit dem Deutschen Holzarbeiterverband zu wagen. Das heiße Sehnen der Unternehmer in der Holzindustrie, die Arbeiterorganisationen niederzuringen, ist bisher ungestillt geblieben. Die ungeduldrigen Mitglieder des Schutzverbandes wurden von ihrem Vorstand immer wieder auf den 15. Februar 1913 vertröstet, den Tag, an welchem die Verträge in der größten der vier Gruppen von Vertragsarten ablaufen. An diesem Tage sollte der Kampf beginnen, aus welchem der Schutzverband als Triumphator hervorzugehen hofft.

Unter diesem Gesichtspunkte trat der Schutzverband alle seine Vorbereitungen für die Tarifbewegung. Hierzu gehörte der enge Anschluß an die Scharfmacher im Baugewerbe durch die Gründung des Kartells baugewerblicher Arbeitgeberverbände. Bald darauf fand die Generalversammlung des Arbeitgeberschutzverbandes in Köln statt, auf welcher kräftig die Kriegstrompete geblasen und die Mitglieder des Schutzverbandes ermahnt wurden, den Beutel offen zu halten, um die Mittel zusammenzubringen für den großen Entscheidungskampf im Frühjahr 1913. Ein Moment, auf welches die Unternehmer vornehmlich ihre Hoffnungen gründen, ist die Größe der in Frage kommenden Städtegruppe. Es kommen diesmal circa 50 000 Holzarbeiter, nach der Schätzung des Schutzverbandes sogar mehr als 62 000 Arbeiter (!) in Betracht. Um die Gruppe zusammenzuhalten, kündigte der Schutzverband rechtzeitig in allen Städten. Dann wurden Unterhandlungen in Angriff genommen. Der Schein mußte doch gewahrt werden; deshalb verkündete der Schutzverband bei jeder Gelegenheit mit aufdringlichem Eifer seine Friedensliebe.

Ende November kamen die Vertreter der Parteien zum ersten Male zu zentralen Verhandlungen zusammen. Es wurde sehr eifrig über alle möglichen Fragen diskutiert; aber der Schutzverband war sorgfältig darauf bedacht, das Zusammenkommen von irgendwelchen Beschlüssen zu verhüten. Vereint wurde nur, daß über die Lohnfrage an den einzelnen Orten verhandelt werden soll. Dann wollten die Zentralvorstände Mitte Dezember wieder zusammentreten, das Ergebnis der örtlichen Verhandlungen prüfen und die Verhandlungen über die übrigen Punkte fortsetzen. Es zeigte sich aber, daß eine Prüfung der Ergebnisse der örtlichen Verhandlungen nicht erforderlich war. Der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes hatte nämlich seine örtlichen Vertreter angewiesen, allen ernstlichen Verhandlungen auszuweichen, und diese Anweisung wurde gut befolgt. Aber auch die zentralen Verhandlungen hatten nicht das geringste Ergebnis, denn der Plan des Schutzverbandes erforderte dies.

Nachdem auf der außerordentlichen Generalversammlung anfangs Januar die unvermindert andauernde Kampfeslust der Unternehmer konstatiert worden war, war allmählich auch der Zeitpunkt herangereift, an dem die Bombe zum Platzen gebracht werden sollte. Am 16. Januar war der kritische Tag. Der Schutzverband überreichte an diesem Tage den Arbeitern sein Ultimatum. Verhandlungen gab es nicht mehr; das „Angebot der Arbeitgeber“, das mit Vorbedacht so formuliert war, daß es die Arbeiter nicht annehmen konnten, sollte unbedungen geschluckt werden. Da das selbstverständlich abgelehnt wurde, war der casus belli gegeben. Die Verhandlungen waren gescheitert.

In der neuesten Nummer der „Nachzeitung der Tischlermeister und Holzindustriellen“ erfolgte nunmehr die formelle Kriegserklärung. In einer von Herrn C. Nahardt unterzeichneten Bekanntmachung heißt es:

„So sehr wir die Zusicherung der Verhältnisse auch bedauern und so gern wir auch den Frieden in unserem Gewerbe erhalten hätten, so bleibt uns doch nach Ablehnung unseres Angebotes, mit dem wir schon weit über die Grenze unserer Leistungsfähigkeit gegangen sind, nichts anderes übrig, als am 15. Februar zur Ausbreitung zu greifen.“

Unsere Mitglieder haben sich deshalb in der Vorgabe neuer Akkorde so einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit, am 16. Februar entlassen werden können.

Mit dem gleichen Tage tritt auch der Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 3. Januar in Kraft, nach welchem kein Verbandsmitglied Aufträge aus den gesperrten Städten annehmen darf.

Diejenigen unserer Mitglieder, welche unter den bis 1914, 1915 und 1916 laufenden Verträgen weiter arbeiten, dürfen nach den 51 Vertragsgebieten, für welche die Aussperrung eintritt, weder Agenten und Reisende entsenden, keine Anzeigen erlassen, noch auf irgendwelche andere Art Aufträge entgegennehmen.

Unter gar keinen Umständen aber dürfen während der Aussperrung fremde Arbeiter eingestellt werden.

Die Herren Vorstände unserer Bezirksverbände haben die Pflicht, ihre Mitglieder auf die vorstehend kurz aufgeführten Beschlüsse aufmerksam zu machen und eine Kontrolle der Beschlüsse vorzunehmen. Zuwiderhandlungen sind unerlässlich mit Ausschluss zu ahnden; indessen hoffen wir, daß die Ehrenhaftigkeit und Solidarität unserer Berufsgenossen derartige Maßnahmen überflüssig machen wird!

Der erste Teil des Programms, das der Arbeitgeberschutzverband aufgestellt hat, wäre somit glatt abgewickelt; wie der zweite und wichtigste Teil, die Durchführung der nunmehr verfügten Aussperrung Klappen wird, muß man abwarten. Man muß den Unternehmern zugeben, daß sie gelernt haben. Bei der großen Aussperrung im Jahre 1907, von welcher hauptsächlich die Tischler in Berlin betroffen wurden, haben die Unternehmer trübe Erfahrungen gemacht. Die Tischlermeister und Holzindustriellen im Reich sagten nicht mit der Anerkennung für ihre wackeren Berliner Kollegen, die so mannhaft ihre Arbeiter aussperrten; sie machten sich aber kein Gewissen daraus, den tapferen Kämpfern die Krunden wegzunehmen. Als dann die Berliner Tischlermeister nach der verlorenen Schlacht ihre Betriebe wieder öffneten, mußten sie die unangenehme Erfahrung machen, daß das Geschäft gar nicht recht in Gang kommen wollte. Es hat sehr lange gedauert, bis die Wunden, die sich die aussperrungswütigen Unternehmer geschlagen hatten, geheilt waren und sie sind auch heute noch nicht veranlo. Redakt.: Alfred Dieckhoff, Neufahrn. Infortaleil veranlo.

büßig vernarrt. Durch die Beschlüsse über das Wegfangen von Kunden soll dieser unliebsamen Begleiterscheinung der Aussperrung vorgebeugt werden. Ob aber diese Beschlüsse die erwartete Wirkung zeitigen werden, steht noch dahin.

Für die Holzarbeiter bedeutet die Ankündigung der Aussperrung keine Ueberraschung. Sie haben diese Kundgebung schon lange erwartet und sie werden in dem beginnenden Kampfe ihren Mann zu stehen wissen.

Berlin und Umgegend.

Ein Streikbrecherneft auf dem Wedding.

Am Freitag, den 17. d. M., besanden sich in der Berliner „Volkzeitung“ wie im „Berliner Lokal-Anzeiger“ und der „Morgenpost“ Streikbrecherneft für Fischdampfermaschinen nach den Unterwerfen. Die Meldungen sollten erfolgen in der Gastwirtschaft Ostlar Markus, Adolfsstraße 8. Hier hatte sich der Agent Fritz Sieling, umgeben von den Streikbrechertransporteuren Stark und Schwarz, im Privatzimmer des Herrn Markus häuslich niedergelassen, um die Meldungen in Empfang zu nehmen. Um keinen Verdacht aufkommen zu lassen, hatten die Herren sogar den ersten Abend die Bilder von Marx und Lassalle an die Wand gebängt! Schmunzelnd teilte im Empfangszimmer Herr Sieling jedem Neuankommenden mit, daß er nun bald einen Transport von 30 Mann fertig habe und dann ginge die Reise per vierter Güte los. Ob man Fluß- oder Seemaschinenpatent habe oder nur sogar als Assistent gefahren sei, das wäre gleich, das werde alles die Hafenbehörde regeln! Die Hauptsache sei, daß man überhaupt schon einmal gefahren habe. Geboten wurden 185 M. und 170 M. nebst voller Verpflegung pro Monat. Während drinnen im Schlafzimmer die Eintragungen erfolgten, hatte man Gelegenheit in der Wirtschaft die einzelnen Typen der Heidelberger, wie die Herren sich selber nannten, zu studieren. Rächelnd wurde auf diesen oder jenen verwiesen, der vor kurzem oder langem so und so viele Monate wegen Diebstahl gebrummt hatte; prahlend wurde erzählt, wie sie schon in fast allen größeren Städten von Deutschland, sogar in Oesterreich, geholt hätten, den Streik zu brechen. Dabei wurden auch lebhaft „Goldentaten“ erzählt, wie die Herrschaften sich selbst verbauen und die Streikposten vernichtet hätten, ohne auch nur in der geringsten Weise von der Polizei belästigt zu sein. Wurde diesem oder jenem die Sache zu langweilig, dann wurde erzählt, Sieling sei noch ein Anfänger und er wählte die Sache noch nicht so zu schieben, und der Transporteur Schwarz erklärte, es brauche keiner Angst zu haben, ihr Handwerk sei von der Polizei sanktioniert, sie hätten den größten Schutz. Allerdings hätten die Herren für sich geforgt: hinter dem Schanitzsch lag ein bissiger Hund angebunden, der auf den Mann dressiert war. Auf wiederholtes Fragen wurde stets mitgeteilt, daß jeden Augenblick Kapitän Otto aus Nordenham eintreffen müsse; dann würden die Kontrakte unterschrieben. Am Sonnabend zwischen 5 und 6 Uhr erschien ein Telegramm, in dem mitgeteilt wurde, daß die Nordseefischerei Nordenham auf die Streikbrecher verzichte. Anstatt daß dies den Leuten mitgeteilt wurde, informierte sie Sieling, der Kapitän müsse jeden Augenblick kommen und dann ginge es los. Auf eine bescheidene Anfrage, warum den Leuten nicht die Wahrheit gesagt würde, kam die Antwort: dies dürfe um Himmelswillen nicht geschehen, da sonst die Eingebredel die Bude kurz und klein schlagen. So wurden denn die Papiere auch noch am Sonntag von Sieling einbehalten und die Woißsch, daß leider aus der Fahrt nichts werden würde, den Herren tropfenweise eingegeben.

Wir bedauern aufrichtig, daß aus der Fahrt nichts geworden ist. Die Meeder hätten sicherlich an diesen Eingebredelern ihre helle Freude gehabt. Der Polizei jedoch möchten wir empfehlen, sich die Wohnort dieser Wirtschaft einmal richtig anzuschauen. Wenn auch gerade kein Sternfisch darunter ist, so dürften doch sonst von ihr schmerzliche Vermisse hier zu finden sein.

Deutsches Reich.

Die Kälteanlagenmonteure der Firma Furmeister u. Weiß und Gustav Silger u. Co., Frankfurt a. M., Hohenloherstr. 9, haben am 16. Januar die Arbeit eingestellt. Die Bewegung erstreckt sich auf circa 30 Orte in allen Gauen Deutschlands, ebenso haben sich die im Ausland beschäftigten Monteure dem Streik angeschlossen. Fortgesetzte Verstöße gegen den Tarif, wie Lohnkürzungen, Verlängerung der Arbeitszeit, Verweigerung der Mühselgehälter von den Montagestellten und Mißregelungen derjenigen Monteure, welche den Tarif verteidigten, machten den Streik unvermeidlich.

Das frühere gute Einvernehmen zwischen den Kollegen und beiden Firmen wurde gestört, nachdem die Firmen die Fustion vorgenommen und einen neuen Prokuristen angestellt hatten. Dieser Herr Müller führte ein Regiment, wie es teilweise noch in Saarabrien vorkommt. Aber in einem Betriebe, in welchem die Arbeiter ihre Menschenrechte erlangt haben, ist dies Auftreten nicht von Bestand. Das soll man dazu sagen, wenn an lange Jahre bei der Firma beschäftigten Monteure die briefliche Mitteilung ergeht: „Wir haben Sie zur ausschließlichen Verfügung unserem Berliner Zweiggeschäft zugeteilt. Sie haben daher Ihren Wohnort nach Berlin zu verlegen.“ Im Vertrage heißt es: „Als Basis der Lohnzahlung gilt der Geschäftssitz der Firma.“ Das heißt, von Frankfurt a. M. ab sollen die Fernortzulagen, Reisegehälter usw. berechnet werden. Hieran lehrt die Firma sich seit der Fustion nicht mehr. Der dagegen mußte, mußte zur Strafe aussetzen oder wurde entlassen, wie es sämtlichen Arbeitern der Dresdener Filiale ging. Mit diesen Mitteln glaubt die Firma die Monteure um die vertragliche Fernortzulage bringen zu können. Die Arbeiter sollen unter schweren Opfern der gesamten Familie den Wohnort verlassen, ohne etwa auf ständige Arbeit rechnen zu können. Die Firma sucht nun schon in vielen Zeitungen Streikbrecher. Unter Chiffreannoncen werden Monteure für die Kälteindustrie sowie Fliesenleger gesucht. Die Bauarbeiter aller Branchen werden bemüht sein, in althergebrachter Solidarität die Maßnahmen dieser Firma zu Schanden zu machen.

Achtung, Seemaschinen, Assistenten und Heizer! Der Streik der Fischdampfer-Maschinen dauert unerbändert fort. Die bürgerlichen Preßberichte sind nicht richtig. Zugang ist streng fernzuhalten von Bremerhaven, Oesterlande und Nordenham.

Verband der Maschinenisten und Heizer.

Die Differenzen in der Schuhwarenfabrik von Bernh. Ross in Speyer sind zugunsten der Arbeiter beigelegt.

Ausland.

Streik bei der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Dalmatina“.

Aus Triest wird gemeldet: Die Rösche und Schiffsleiner der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Dalmatina“ sind in den Ausstand getreten, um eine Regelung ihrer Dienstverhältnisse durchzusetzen. Es dürfte aber bald zwischen der Direktion und den Streikenden zu einer Einigung kommen.

Eine freiminnige Parade.

In der Brauerei Königsstadt sprachen gestern Abend die Führer der preussischen Fortschrittler zu einer öffentlichen Versammlung, nachdem man den Parteitag unter hermetischem Abschluß gegen die Öffentlichkeit hatte verhandeln lassen. Unser Preuentag hat bekanntlich die Öffentlichkeit ohne jede Einschränkung zugelassen. Die fortschrittliche Versammlung war trotz der oftmaligen Ankündigung und trotz der Seltenheit solcher Versammlungen nicht stark besucht, der große Saal war von der in bequemen Abständen sitzenden Menge der Besucher nicht ganz gefüllt.

Abg. Dr. Biemer wandte sich gegen die schwarzblauen Angriffe wegen des Stichwahlabkommens mit der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen und bekannte sich zu diesem Abkommen, das die schwarzblaue Mehrheit beseitigt habe. Dr. Biemer scheint aber, wie sein Preuentag überhaupt, doch einige Angst vor dem Born Heidebrands zu haben, denn er schmetterte hinaus, daß man sich „aus Selbstachtung“ nicht den sozialdemokratischen Bedingungen für Unterstützung bei den Landtagsstichwahlen fügen, daß man sich ebensowenig wie vor dem Gelehrhut, den Heidebrand seinerzeit in Königsberg aufgepflanzte, vor der — roten Rube verbeugen werde, die der sozialdemokratische Preuentag ausgerichtet habe. Herr Biemer hat sonst gründliche Kritik an der ganzen Sonner und sonstigen Vorrußenwirtschaft geübt, er betonte so entschieden die Notwendigkeit der preussischen Wahlreform, daß nur die Frage an ihn übrig bleibt, ob es denn für ehrliche Wahlrechtsfreunde nicht eine innere Notwendigkeit ist, sich auch mannhaft zur Wahlrechtsaktion im Parlament zu verpflichten?! Herr Biemer wird erwidern, warum denn Nichttrauen gegen den Fortschritt von uns betätigt werde. Er denke an den Blödsinn, an Herrn Eichhoff, der trotz des „Adieu, Herr Eichhoff!“ des „Berl. Tagebl.“ immer noch ein geschäftiges Parteimitglied ist, an den ganzen Kommunalreformismus, als dessen Gottsdämon Herr Cassel nachher eine Philippika gegen die Sozialdemokratie hielt. . . . Immerhin, auch Herr Cassel ist zu wahrhaftigem Zusammenwirken mit der Arbeiterpartei bereit, und die dauernde Kampfgenossenschaft mit uns, die er für ausgeschlossen erklärt, solange wir unsere Zukunftsziele nicht aufgeben — wir wollen sie ebensowenig, Herr Cassel, solange Sie der alte Rangkammermann und Kapitalistenführer bleiben. Als die größte Verurteilung erklärt Herr Cassel die Verteidigung des „roten Wahlrechts“ in Berlin mit dem Junker, Fabrikanten- und Beamtenterror im Lande. Ihm erschiene es wohl gar fittlich, wenn wir das unfruchtliche Mittel der öffentlichen Wahl nur den Volksfeinden unterläufig präsentierten, auf daß sie die Gnade haben möchten, uns damit zu erschlagen!

Herr Biemer schloß mit der Ankündigung, daß die Fortschrittler die Wahlreform in den Vordergrund des Wahlkampfes stellen und alle Gegner der Wahlreform auf das entschlossenste bekämpfen werden. Und im gleichen Atem preist man das Bündnis mit den nationalliberalen Fanatikern des Geldsackwahlrechts! Sollte das Volk da auf jede noch so bescheidene Sicherung verzichten? Und bloß mit Herrn Cassel singen: „Ich bin ein Preuche“?

Herr Biemer und Herr Cassel stellen es für angebracht, ihre Berliner nicht nur zur Erhaltung des freiminnigen Verhältnisses zu barangieren, sondern dazu, möglich auch noch — Eroberungen in Berlin zu machen. Die Berliner Arbeiter hören diese Ankündigung und werden ihr zu begegnen wissen. Herr Cassel aber, der in öffentlicher Versammlung erklärt, daß es so mancher Stadt an Energie in der Abwehr von Uebergriffen der Schulabsichtsbehörden fehlen lasse, täte besser, seine Parteifreunde, die Regenten dieser Städte, zu erziehen, damit sie schon durch Auswahl unabhängiger und entschlossener Wahlmänner zeigen, ob es ihnen mit dem Wahlkampf gegen die Junker und Pfaffen ernst ist. Soweit aber etwa am Berliner Freisinn noch Erziehungsarbeit vonnöten ist, wird sie von den Berliner Wählern vollzogen werden.

Letzte Nachrichten.

Die Landtagswahl in Lippe-Deimold.

Deimold, 20. Januar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die heutige Landtagswahl brachte einen glänzenden Erfolg für die Sozialdemokratie. Ein Mandat wurde behauptet und vier aussichtsreiche Stichwahlen stehen bevor. Die Stimmzunahme beträgt fast 100 Prozent. Die liberalen und konservativen Stimmen sind stehengeblieben oder zurückgegangen. Die liberale Vorherrschaft in Lippe ist gebrochen. In Deimold selbst betrug die sozialdemokratische Stimmzunahme 150 Prozent.

Das Abkommen zwischen Tibet und der Mongolei.

Urga, 20. Januar. (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Das Abkommen zwischen der Mongolei und Tibet enthält folgende Hauptpunkte: Der Dalai Lama erkennt die Proklamierung des Guntchu zum Herrscher des Mogolenlandes an, der seinerseits die Bildung eines selbstständigen Tibet sowie die Proklamierung des Dalai Lama zum Herrscher von Tibet anerkennt. Die Mongolei und Tibet verpflichten sich gegenseitig, zur Verbreitung des Buddhismus beizutragen, einander für einige Zeiten gegenseitige Hilfe zu leisten, sowie den Untertanen beider Reiche Schutz zu erteilen. Die Mongolei und Tibet öffnen ihre Länder dem gegenseitigen Waren- und Produktentand, wobei ihren Untertanen gestattet wird, industrielle und Kreditinstitute zu gründen.

Eine neue Partei in Japan.

Tokio, 20. Januar. (W. T. B.) Ministerpräsident Fürst Katsura verkündete heute nachmittag die Gründung einer neuen Partei angesichts der Unmöglichkeit, mit den bestehenden Parteien eine Vereinigung oder einen Kompromiß zu erzielen. Der Ministerpräsident bezeichnete es als die Absicht der neuen Partei, eine streng konstitutionelle Regierung durchzuführen. Die Mitglieder der neuen Partei werden sich wahrscheinlich konstitutionelle Unionisten nennen.

Das Schicksal des „Beronefe“.

Madrid, 20. Januar. (W. T. B.) Die Blätter berichten, daß der Dampfer „Beronefe“ vollständig aufgegeben worden ist. Die Gesamtzahl der Ertrunkenen und Vermissten beträgt 43. Außerdem befinden sich 16 Passagiere schwerverletzt im Krankenhaus zu Oporto. Der Kapitän und die Offiziere haben den Dampfer am Nachmittag verlassen, nachdem die Rettung der Besatzung und der Passagiere vollständig beendet war.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Vermehrte Ausgabe der kleinen Reichsbanknoten.

In der Budgetkommission des Reichstages ist in der vergangenen Woche der von der Regierung vorgeschlagene stärkere Ausgabe von kleinen Reichsbanknoten zugestimmt worden. Nach einem zwischen Regierung und Reichsbank getroffenen Uebereinkommen sollte die Reichsbank Noten zu 50 M. und 20 M. nur im Gesamtbetrag von 300 Millionen Mark ausgeben. Die Regierung wünscht jetzt, daß die Reichsbank an keine Höchstgrenze der Emission von kleinen Noten gebunden sein solle. Um eine Gesetzesänderung handelt es sich bei dieser Frage nicht. Als durch das Gesetz vom 20. Februar 1906 die Reichsbank ermächtigt wurde, neben Noten mit höheren Beträgen auch solche im Werte von 50 und 20 M. auszugeben, sagte die Regierung nur offiziell eine Beschränkung in der Emission von kleinen Noten zu, ohne daß eine Höchstgrenze gesetzlich festgelegt wurde. Man glaubte damals, daß die 300 Millionen-Grenze den Anforderungen des Zahlungsverkehrs genügen würde und wollte einer unnötigen Ueberschwemmung des Marktes mit kleinen Banknoten vorbeugen. Die Bankgesetznovelle vom Jahre 1906 gab daher auch nur der Reichsbank, nicht aber den anderen bestehenden privaten Notenbanken das Recht, kleine Noten auszugeben. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß ein größeres Bedürfnis nach kleinen Noten vorliegt. Bereits im Jahre 1907 erreichte die Gesamtsumme der im Umlauf befindlichen 20- und 50-Mark-Noten 200 Millionen Mark. Im Jahre 1911 überstieg der Betrag die 300 Millionen-Grenze um mehr als 67 Millionen Mark. Im abgelaufenen Jahre 1912 soll die Reichsbank nach Schätzungen sogar über 300 Millionen Mark mehr, insgesamt 630 Millionen, an kleinen Noten in Umlauf gebracht haben. Die von der Regierung eingeholte Zustimmung will also einmal bereits bestehende Zustände sanktioniert wissen. Zugleich bedeutet aber die Ausgabe jeglicher Höchstgrenze in der Ausgabe kleiner Noten für die Reichsbank ein Mittel, ihren Goldschatz zu erhöhen. So hat auch der Reichsbankpräsident Havenstein die Forderung begründet. Sie stellt sich dar als ein Glied in der Kette der Maßnahmen zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs, der von der Regierung und der Bankwelt seit einigen Jahren in verstärktem Maße angestrebt wird. Erst kürzlich sind mehrfach Anweisungen der Regierung an staatliche Verwaltungsstellen ergangen, bei Gehaltszahlungen möglichst nur Papiergeld zu verwenden. Kaufleute und Industrielle befolgen gleiche Bestrebungen bei der Entlohnung ihrer Angestellten und Arbeiter.

In der bürgerlichen Presse hat man vereinzelt gegen den Fortfall der Höchstgrenze Bedenken geltend gemacht, und zwar mit der Motivierung, daß die Währung des Deutschen Reiches gefährdet werden könne. Diese Einwände gehen von der richtigen Auffassung aus, daß jede Banknote einen Warenwechsel präsentiert. Statt den Wechsel zwischen Industriellen, Kaufleuten und Banken ständig als Zahlungsmittel (Kreditgeld) wandern zu lassen, wird er von irgendeiner Seite der Reichsbank übergeben, die ihn durch ein anderes Zahlungsmittel ersetzt, nämlich die Banknote, die nun aller persönlichen Beziehungen zwischen Gläubiger und Schuldner entleert ist und sich eines viel allgemeineren Credits erfreut. Jene Auffassung in der Presse behauptet nun, daß die Banknote nur dann einem Warenwechsel entspreche, wenn sie auf einen größeren Betrag lautet. Bei Banknoten mit kleinerem Nennwert gehe diese ursprüngliche Beziehung verloren und die Note werde zum Papiergeld, das sich in das System der Goldwährung einbringe. Dieser Einwand scheitert allein daran, daß ja jede Grenze zwischen kleinen und großen Noten willkürlich ist. Außer den 50 und 20-Mark-Noten gibt die Reichsbank noch solche im Werte von 100 und 1000 Mark aus. Aber in Oesterreich, in Frankreich, in Belgien sind ebenfalls kleinere Noten im Umlauf. Die kleinere Emission der Noten erfüllt dabei den Zweck des Bargeldverkehrs sogar besser. Im großkapitalistischen Zeitalter bedeutet die Erparnis von Bargeld (Gold) im Zahlungsverkehr die Freisetzung von Gold für produktive Zwecke. Die Vermehrung des Schecks, Wechsel- und Notenverkehrs wird daher von allen Kapital-

listen angestrebt, damit durch den Ersatz von Bargeld Kapital für neue Anlagen frei wird. Das Goldstück, das zwischen dem Arbeitgeber, Konsumenten, Krämer hin und her rollt, ist für den Kapitalisten tot. In den Depots der Banken wird es für ihn zum Schöpfer neuen Profits. Es ist kein Zufall, daß gerade im vergangenen Jahre die Bestrebungen zur Vermehrung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs wuchsen. Die seit 1910 ansteigende industrielle Konjunktur schuf für die vermehrte Produktion neue Kapitalbedürfnisse. Die Marokkotrife 1911 und der Balkantrieb 1912 mit der Kriegsfurcht haben dazu noch zu einer besonderen, starken Zurückhaltung und Zurückziehung von Bargeld in weiten Kreisen geführt.

Dieser vom Standpunkt des Kapitalisten aus unmißigen Häufung des Geldvorrates beim Privatpublikum haben die Reichstagsmehrheit und die Regierung selbst Vorlauf geleistet. Während in England der Scheckverkehr stark entwickelt ist, hat ihn die Gesetzgebung in Deutschland durch Besteuerung unterbunden. Wie die Ergebnisse des durch die Reichsfinanzreform von 1909 geschaffenen Scheckstempels nachweisen, ist der Scheckverkehr seit 1909 ständig und erheblich zurückgegangen. Auch der in Deutschland eingerichtete Postcheckverkehr unterliegt mannigfachen Hemmungen. Die Postcheckguthaben werden nicht verzinst; Einzahlungen über eine gewisse Anzahl hinaus werden mit erhöhten Gebühren bedacht, was ebenfalls auf eine Besteuerung des Scheckverkehrs hinauskommt. Selbst der neue Entwurf eines Postcheckgesetzes, der einige Verbesserungen vorieht, bringt neue Erschwerungen. Obgleich es gerade gilt, das große Publikum zum bargeldlosen Verkehr zu bewegen, soll künftig der Eingabler eine Gebühr entrichten, während er bisher davon befreit war.

An dem Fortfall einer Höchstgrenze für die Ausgabe von kleinen Noten hat aber die Regierung noch ein besonderes Interesse. Sie will den Goldschatz der Reichsbank erhöhen, um für eventuelle Kriegszeit einen stärkeren finanziellen Rückhalt zu haben. Finanzielle Kriegsvorsorge wird seit der Marokkotrife von der Regierung eifrig gefördert. Gold soll dem Verkehr entzogen, in die Reichsbank geleitet und dort in den Kellern aufgespeichert werden; dafür sollen die kleinen Noten im Publikum zirkulieren. Reichsbankpräsident Havenstein hat es bei den Erörterungen in der Budgetkommission als seine Absicht bezeichnet, den Goldschatz der Reichsbank, der gegenwärtig etwa 800 Millionen Mark beträgt, auf 1200 bis 1500 Millionen zu erhöhen. Durch Gesetz ist der Reichsbank vorgeschrieben, daß sie für die ausgegebenen Noten Gegenwerte zu einem Drittel in bar (d. h. kassierfähigem deutschen Geld, Reichsschatzscheinen, Gold in Barren, ausländischen Münzen), zu zwei Dritteln in guten Warenwechseln (mit nicht mehr als drei Monaten Laufzeit) bereithalten muß. Vermehrter Notenausgabe entspricht also, von Einzelschwankungen abgesehen, vermehrter Metallvorrat. Notwendig ist der Goldvorrat nur soweit, als er zur Noteneinlösung gegen Bargeld gebraucht wird, wozu die Reichsbank gesetzlich verpflichtet ist. Die Anhäufung eines über diesen Bedarf hinausgehenden Schatzes dient daher nur der Vorbereitung für Kriegszwecke. Schon die Kriegsfurcht infolge der Balkanentwicklungen hat zu einer außerordentlichen Anspannung der Reichsbankmittel geführt. Für künftige Zeiten der Kriegsgefahr will nun die Regierung vorbeugen.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

In Vorbruch bei Blumenthal-Bogesack errang die Sozialdemokratie bei den Gemeindevahlgewahlen zum ersten Male auch in der zweiten Klasse ein Mandat; in Neurudow stieg ihre Vertreterzahl von sechs auf acht, während die Gegner nur noch vier Sitze innehaben, also in der Minderheit sind.

Die Breslauer Genossen und der preussische Parteitag.

Mit den Verhandlungen des preussischen Parteitages beschäftigt sich eine gutbesuchte Vertreterversammlung des sozialdemokratischen Vereins für Breslau. Der Berichterstatter durch die Delegierten folgte eine rege Diskussion, in der von allen Rednern den Beschlüssen des preussischen Parteitages zugestimmt wurde. Nur ein Redner bedauerte, daß der Parteitag nicht zum Ausdruck gebracht habe, was nach den Wahlen zum preussischen

Landtag zu geschehen habe, wenn die Mehrheit nicht wahrheitsgemäß ist. Es hätte dort müssen zum Ausdruck kommen, daß wir auch vor dem äußersten Mittel, dem politischen Massenstreik nicht zurückweichen. Dem wurde von anderen Rednern entgegengehalten, daß bei uns in Preußen die Verhältnisse für einen politischen Massenstreik noch nicht reif sind.

Genosse Lötze wandte sich noch gegen einen Ausspruch des Genossen Landsberg-Regadeburg, der auf dem preussischen Parteitag den Breslauer Genossen zum Vorwurf machte, daß diese den Fortschrittler Gothein gegen den Erzkonservator Stroffer durchfallen ließen. Die Darstellung des Genossen Landsberg trifft nicht zu, weil die Breslauer Genossen damals die Absicht hatten, Gothein zu wählen, der innerhalb seiner Partei sehr lebhaft für die Abtreibung eines Mandats an die Sozialdemokraten eintrat. Gothein wäre auch damals sicher gewählt worden, wenn nicht das Zentralwahlkomitee in Berlin die Zustimmung hierzu verweigert hätte. Weiter polemisierte Lötze gegen den Genossen Adolf Hoffmann-Berlin, der auf dem Preussentage der Meinung war, daß die Breslauer Genossen gut daran täten, wenn sie anstatt eines flammenweihen Fortschrittlers einen Stroffer in den Landtag senden, der Agitationsmaterial für uns liefere. Mit solchen „Argumenten“ läßt sich die Wahl eines Stroffer nicht mehr rechtfertigen, denn von dieser Sorte gäbe es im Junkerparlament leider noch sehr viel.

Ohne Ausnahme waren aber alle Diskussionsredner darin einig, daß ohne Gegenleistung dem Freijung jede Hilfe versagt werden muß.

Sozialdemokratische Landtagskandidaturen in Baden.

Der Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Badens hat an die Organisationen des Erfurden gerichtet, die Aufstellung der Kandidaturen für die im Oktober 1913 vorzunehmende allgemeine Erneuerung der II. badischen Kammer bald zu vollziehen. Es sind schon etwa ein halbes Duzend Kandidaten aufgestellt. Von den bisherigen Landtagsabgeordneten ist Genosse E. Kräutler-Freiburg nicht wieder unter den Kandidaten. An seiner Stelle kandidiert der dortige Parteisekretär Engler für Freiburg-Stadt. Dieser Sitz gehört zu jenen, welche die Sozialdemokratie nur durch ein Kompromiß mit den Liberalen gegen das Zentrum holen konnte. In Mannheim, wo künftig ein weiterer Kammerstuhl in Betracht kommt, sind die Parteikandidaten noch nicht aufgestellt. Die Parteiverammlung beschloß, jedem einzelnen Wahlkreis die Wahl des Kandidaten zu überlassen.

Die Entwicklung des tschechischen Separatismus.

Die tschechischen Separatisten hielten, wie in der Wiener „Arbeiterzeitung“ berichtet wird, in der vorigen Woche in Brünn eine Beratung ab, um über die kommenden Landtagswahlen (der tschechische Landtag steht vor seiner Auflösung) und über die „damit zusammenhängenden tatsächlichen und politischen Fragen“ zu beraten. In dem Bericht über diese Beratung wird mitgeteilt:

Ein bedeutender Teil der Debatte drehte sich um die Frage der Abstimmung über das Landesbudget. Mit Rücksicht darauf, daß das Landesbudget militärische Ausgaben nicht enthält, stimmten alle, die an der Debatte teilnahmen, in der Auffassung überein, daß die Abstimmung über das Landesbudget nicht eine prinzipielle Frage sei, sondern eine Frage der politischen Taktik. Für die sozialdemokratischen Abgeordneten werden daher maßgebend sein der Inhalt des Budgets und die politische Richtung der künftigen Landesverwaltung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten können nicht zulassen, daß die Landtagsmajorität als Ausdruck der natürlichen Mehrheit der Bevölkerung des Landes bei der Landesverwaltung dauernd abhängig bleibe von den Stimmen der Großgrundbesitzer und eventuell auch der Minorität. Dieser Zustand wäre für die Arbeiterklasse sozial und kulturell gefährlich und würde für das öffentliche Leben während ein Aufkommen leidenschaftlicher nationaler Kämpfe bedeuten. Dieses Thema wird zum Gegenstand der Diskussion und Entscheidung der kompetenten Instanzen der Partei gemacht werden, damit der höchst notwendige Einklang zwischen dem Vorgehen der Abgeordneten und der Partei in Wahlen und der ganzen Partei gemacht werde.

Aus dem geschwollenen Jargon des Separatismus ins nächste Deutsch übersetzt, bedeutet diese allgemeine Uebereinstimmung der Herren Separatisten: Sie wollen im Landtag die Stellung als sozialdemokratische Opposition aufgeben und ein Bestandteil der bürgerlich-nationalen Majorität werden — eine Entwicklung, die freilich schon im Wesen des Separatismus liegt. Die Verufung darauf, daß es im

vorgenommen, bei ihrem Kellnerbräutigam. Und der Doktor legt, in Erwägung solcher programmwidrigen Ueberrassungen, dem Zeitraum, den die Menschheit zu durchmessen haben wird, ehe sie auf seine Höhe anlangt, noch ein paar tausend Jahre zu.

Das Ehepaar Eise wurde von Reichert und Mathilde Suffin vorzüglich dargestellt. Karl Forest als ungläubig verbessener Onkel, war von unwirklich drohiger Ergöglichkeit, der Primaner Erich Walters ein Vuch von echtem Jugendtemperament. Den Glanzpunkt des Abends bildete Eise Lehmanns langluftige wadere Köchin. Das Vergnügen an der munteren Rolle sprühte ihr aus den Augen, elektrisierte sie; auf offener Bühne bereitete das Publikum seinem Liebling tschechische Weisheitsabsonderungen.

Musik.

Theater am Rollendray: „Die Studentengriffin“, Operette von Leo Fall. Vor zehn Jahren etwa wurde im hiesigen Bellealliance-Theater durch ein oberbayerisches Ensemble eine Mündener „Revolutions“-Pöffe von Konrad Dreher gegeben, in der dieser zugleich die Hauptrolle mimte. Später schrieb Joseph Rueder sein Schauspiel „Morgenröte“, worin es sich um die Lola Kunder-Extrablatt in München von 1848 handelt. Vor wenigen Monaten kam in Berlin ein „Sensations“-Roman heraus. Und nun muß die exzentrische Tänzerin und Favoritin diverser Potentaten auch noch als „Studentengriffin“ herhalten. Daß sie diesmal als eine grandiose Person figuriert, verdankt man einer ehrenrettenden „Idee“ des Mündener Georg Sachs, die der Wiener Asterwellkretivist Viktor Leon operettenmäßig zurechtgemacht hat. Es ist ein regelrecht sentimentaler Schmarren geworden. Und würde nicht der „Varriladenlepp“ Michael Stiglmaier, den Max Pallenberg im Sinne eines wachenden Kaufmanns von 1848 mit überlegenem Groteskhumor verparodiert, für Abwechslung sorgen, so stürbe man vor Langeweile. Trotz der Musik! Leo Fall hält die Mittelstraße zwischen Singpiel und Ausstattungsspiel. Mit Jubiläumreichlicher Stäpuden aus klassischen Opernwerken läßt sich ja bei genügendem Geizid zu tschechischer Verarbeitung ein bravourvolles Musik-Rajout herrichten. Alzawiel Eigenes bleibt daneben nicht; es sei denn Falls Fähigkeit, auch geschlossene Ensembles hübsch melodios zu spielen. Diesmal ist außer einem auch stark an berühmte Muster angepinnten Wasjer kaum eine Wece für die Populärästhetik vorhanden. Reizende Einfälle sind aber in dem Kofen seiner Mädchenreigen und der musikalischen Illustration der Sprüche in den Bassschalms belundet. Juwelien geben Musik und Text fremd nebeneinander her, statt einheitlich ineinander verschmolzen zu sein. Wenn aber die ganze Operettenkomponiererei seit Offenbach nicht bald aufhören sollte, ihre kleptomatische Veranlagung zu dokumentieren, dann mag sie uns nur weiter — gestohlen bleiben.

Lobefame historische Treue bekundeten die Bilder von Altmünchen (Hofbräuhaus), von der stillen Stadt und Schloß Rotenstein. Außer Pallenberg boten besonders Walter Formes (Arch-

Kleines feuilleton.

Kultur und Prügel. Im Jahre 1910 brach eine Expedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Medienburg vom Kongo auf, um auf verschiedenen Wegen zum Niger und zum Nil zu gelangen.

In den Berichten über diese Expedition, die bei Brockhaus erschienen, gibt einer der Teilnehmer die landesüblichen kolonialen Weisheiten von sich. Sie laufen wie immer darauf hinaus, daß die deutsche Kulturmission in Afrika sich nur entfalten könne, wenn die schwarzen Eingeborenen geschlagen, gequält und gezwiebelt würden. Ein bürgerliches Blatt vergleicht in diesem Zusammenhang einige wohlgemeinte Tränen.

Wir fragen erstaunt: warum wundert man sich über Dinge in Afrika, die in Deutschland selber zur stehenden Tagesordnung gehören?

Was geschieht einem Arbeiter, der dem Unternehmer durch „sozialdemokratische Umtriebe“ lästig wird? Er wird wirtschaftlich geprügelt, indem man ihn aufs Pfahler wirft.

Was geschieht einem Autor, der mit einem Drama der preussisch-deutschen Kultur eine schmerzliche Wunde beibringt? Er wird geprügelt, indem man sein Esch verbietet.

Was geschieht einem Lehrer, der freigeistliche Gedanken äußert? Man prügelt ihn, indem man ihn brotlos macht.

Wir räumen bereitwillig ein, daß an diesem Zustande bereits in einem wirklich freien bürgerlichen Gemeinwesen viel geändert werden kann. In Dänemark gibt es beispielsweise sozialdemokratische Pastoren, sozialdemokratische Lehrer, sozialdemokratische Beamte, sozialdemokratische Offiziere. In Norwegen bekennen sich der höchste Richter des Landes offen zur Arbeiterpartei usw. In Preußen-Deutschland aber sind wir noch nicht soweit. Die preussisch-deutsche Kultur wird vorläufig noch durch Prügel begründet, durch Prügel erhalten und durch Prügel verbreitet. Nicht nur in Afrika.

Theater.

Leffing-Theater: „Das Prinzip“, Lustspiel von Wahr. Von den vielen Komödien, die Wahr geschrieben, kann sich die letzte seinem Meisterwerk, dem sprudelnd lustigen „Konzert“, am ehesten zur Seite stellen. Von einer ausgezeichneten Aufführung getragen, ist seine frohe Laune das Publikum mit fort; man konnte nicht nur laut, sondern mit stillvergünstigter Zustimmung des Verstandes lachen. Die Uebersetzung war um so angenehmer, je mehr die „Kinder“ und „Das Tänzchen“, die beiden noch dem „Konzert“ erscheinenden Lustspiele ein Uebermaß weiterer Entwicklung anzukünden schienen. Geizig auch „Das Prinzip“ ist lässlich, wenn man will. Dem Autor kommt's auf eine Handvoll Unwahrscheinlichkeiten, ja Unmöglichkeiten nicht an, er gleitet über vieles Wichtige weg, stizziert den humanitären Weltverbesserungsschwärmer Eise, der nach dem Titel Dopierperon sein mühte nur mit ganz wenigen und sehr

Landesbudget keine Ausgaben für Militärzwecke gäbe, wird den, der den antisozialen und kapitalistischen Geist der Landesverwaltungen lenkt, natürlich nur heiter stimmen. . .

Was aber diese Kundgebung des Verrats ganz besonders abstoßend macht, ist der Juvak derselben: Die Herren Separatisten wollen sich nämlich mit ihr für den bevorstehenden Wahlkampf den bürgerlichen Nationalisten anbieten und sie zu einem Wahlabkommen von der Art, wie es schon die letzten Reichstagswahlen gebracht haben, verpflichten. Dazu denn sonst dieses Abhandeln über die Taktik im Landtag bei der Abstimmung über den Landesvoranschlag, der doch keine solche Abstimmung in Sicht steht, da ja der Landtag erst gewählt werden muß? Ein solches Vorgehen für den Landtag stellt man doch zu Beginn, nicht zum Ende dieses Landtages auf! Aber die Separatisten wollen gewisse bürgerliche Schichten für ein komplettes Wahlkompromiß mit ihnen einfangen, und sie wissen, daß gegen ein solches Kompromiß auf bürgerlicher Seite eingewendet wird, daß durch die Wahl von Sozialdemokraten, die damit tschechischbürgerliche Verdächtigungen, die tschechische Majorität gestärkt würde. Also und deshalb schreiben sie ihre Verankerung rechtzeitig in die Welt, daß sie sich ja in diese tschechisch-nationale Mehrheit einfügen wollen, daß man sich vor ihrer Opposition nicht fürchten müsse, weil sie keine machen wollen. Ueber die Absicht dieser Kundgebung will man sich auf bürgerlicher Seite auch nicht im unklaren, und selbst die den Separatisten näherstehenden nationalsozialistischen Blätter registrieren diese plump-denkenswerten Anbiederung mit einer gewissen Betrachtung. Für die moralische Verlotterung des Separatismus ist es bezeichnend, daß sich gegen diese Schwankung in der ganzen Partei kein Bedenken erhebt; konnte sie doch unter der Zustimmung von Anton Reinec vollzogen werden!

Jugendbewegung.

Sum Kampf gegen die proletarische Jugendbewegung.

Vor längerer Zeit wurde die Arbeiterjugendkommission in Essen polizeilich verboten. Das Zeugnis eines jugendlichen Spielers und die bei einer Hausdurchsuchung gefundenen Papiere bildeten die Unterlage zu einer Anklage gegen drei Genossen, die entgegen dem Verbot dazu beigetragen haben sollte, daß die Jugendkommission noch weiter bestand. Nach einer Voruntersuchung von ungefähr 4 Jahren kam die Anklage am Freitag vor dem Schöffengericht zur Verhandlung. In dieser sagte der Kommissar Leschmid, daß er keine Angaben von zwei Personen, nämlich von einem sozialdemokratischen Vertrauensmann und von dem jugendlichen Spieler Sauerbrey erhalten habe. Die beiden Personen — der Vertrauensmann mag, nebenbei bemerkt, nur eine fogenhafte Gestalt sein — haben dem eifrigen Kommissar nur verworrenes Zeug erzählt, das größtenteils sofort als völlig falsch nachgewiesen werden konnte. Das Gericht ließ auch den Kommissar glatt abfallen und sprach zwei der Angeklagten frei. Der dritte wurde zu 100 M. Geldstrafe verurteilt, weil er nach Ansicht des Gerichts der Leiter eines Jugendvereins ist, der politische Zwecke verfolgt. — Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Der Massenausflug der Berliner Arbeiterjugend, der am 21. Juli nach Pödelowsee veranstaltet wurde, fand am Montag sein gefährliches Nachspiel vor dem Schöffengericht in Charlottenburg. Das allzeit wachsame Auge eines Gendarmen hatte eine strafbare Handlung zu sehen gemeint. Waren doch die Jugendlichen nicht jeder für sich nach Hause gegangen, sondern gemeinschaftlich, wie eben Leute nach Hause gehen, welche einen Ausflug gemacht haben, und nicht genug mit dieser Unvorsichtigkeit, hatte ein Jugendlicher auch noch eine Fahne, und was das schlimmste war, eine rote Fahne, mitgebracht, und was das aller schlimmste war, weißlich sichtbar aufgerollt. Kaum sah dies der Gendarm, als er zurief. . . allerdings vorbei. Er stellte einfach denjenigen fest, der im Augenblick seines Zugriffs die Fahne, welche inzwischen zusammengerollt und eingewickelt war, trug. Es war dies der Silberarbeiter Fritz Krüger, der dann einen Strafbefehl über 20 M. erhielt, weil das Gericht annahm, er habe: 1. auf öffentlicher Straße einen Aufzug ohne Genehmigung der Behörde veranstaltet, 2. durch diese Handlung groben Unfug verübt.

Krüger legte natürlich gegen diesen sonderbaren Strafbefehl Einspruch ein und begründete ihn in der Verhandlung mit der Erklärung, es habe überhaupt kein Aufzug stattgefunden, die jungen Leute seien nur gemeinschaftlich nach Hause gegangen, jedenfalls sei er nicht der Veranstalter des Spazierganges gewesen, er habe nur die Fahne, welche Jugendliche mit sich genommen haben, an sich genommen und eingewickelt, als der Gendarm auf der Bildfläche erschien.

Der Gendarm konnte nur bekunden, daß an jenem Abend zahlreiche Trupps junger Leute die Döberitzer Heerstraße passierten.

Diese habe er ruhig vorübergehen lassen, obwohl sie teilweise auch songen, bis der Trupp der Angeklagten erschien, da habe er einschreiten müssen, weil er die rote Fahne auf der Döberitzer Heerstraße nicht habe dulden können, er habe sich dadurch beunruhigt gefühlt und den Träger der Fahne festgenommen.

Auf Grund dieser Verurteilung beantragte der Anklageanwalt die Verurteilung des Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe, indem er darlegte, daß der Angeklagte im Augenblick des Einschreitens die rote Fahne getragen habe, also als Veranstalter des Aufzuges anzusehen sei. Das Tragen der roten Fahne, besonders auf der Döberitzer Heerstraße, sei geeignet, das Publikum zu beunruhigen. Auf den Gendarm habe es so gewirkt, und daher müsse der Angeklagte auch wegen groben Unfugs bestraft werden.

Der Verteidiger Dr. Kurt Rosenfeld legte in längerer Rechtsausführung dar, daß weder von einem Aufzug im Sinne des Gesetzes noch von der Verübung groben Unfugs die Rede sein kann. Die jungen Leute seien nur, wie an jedem Sonntag zahllose Spaziergänger, gemeinschaftlich nach Hause gegangen, keinesfalls hätten sie ein Verhalten gezeigt, in dem eine Gefährdung oder Verletzung des Publikums zu erblicken sei. Das Tragen der roten Fahne möge manchem Vorübergehenden nicht gerade angenehm gewesen sein, ebensowenig wie die Fahne eines Kriegervereins allen gerade Vorübergehenden willkommen ist. Aber eine Gefährdung oder Verletzung des Publikums in seiner Allgemeinheit kann in dem bloßen Tragen einer roten Fahne nicht erblickt werden. Außerdem kann der Angeklagte weder für den „Aufzug“ noch für das Tragen der roten Fahne verantwortlich gemacht werden, da kein Beweis dafür erbracht sei, daß er den Aufzug veranstaltet habe. Seine Angabe, er habe die Fahne lediglich dem eigentlichen Träger der Fahne für einen Moment abgenommen, kann ihm nicht widerlegt werden, und daher müsse er freigesprochen werden.

Das Gericht sprach dann auch den Angeklagten frei. Der Richter betonte allerdings in der Urteilsbegründung, daß allein schon das Tragen der roten Fahne auf der Döberitzer Heerstraße geeignet sei, das Publikum zu beunruhigen und zu gefährden, es sei aber nicht nachzuweisen, daß der Angeklagte für den Aufzug und für das Tragen der roten Fahne verantwortlich sei, und daher könne er nicht verurteilt werden.

Aus Industrie und Handel.

Hapag.

In einer gemeinsamen Sitzung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie wurde der vorläufige Abschluß für das Jahr 1912 vorgelegt. Es ergibt sich auf Grund der noch nicht endgültig festgestellten Ziffern ein Betriebsergebnis von etwa 56 1/2 Millionen Mark gegenüber nur 48,8 Millionen Mark im Vorjahre. Außer diesem Betriebsergebnis erzielte die Gesellschaft noch einen Agiogewinn bei Begebung der jungen Aktien von circa 3 1/2 Millionen Mark. Zur Verfügung steht ein Reingewinn von etwa 53 1/2 Millionen Mark gegen 40 1/2 Millionen Mark im Vorjahre. Die Verwaltung wird der Generalversammlung der Aktionäre vorschlagen, eine Dividende von 10 Proz. gegen 9 Proz. im Vorjahre zu verteilen. Das Dividendenfordernis beträgt demnach 13,75 Millionen gegen 11,25 Millionen im Jahre 1911. Dabei ist zu berücksichtigen, daß das Aktienkapital im letzten Jahre von 125 auf 150 Millionen Mark erhöht worden ist. Die neuen Aktien nehmen nur zur Hälfte an der Dividende teil.

Diese Abschlußziffern bieten ein recht günstiges Bild von den Erträgen der Hapag. Die Hochkonjunktur hat der Gesellschaft reichlichen Profit gebracht. Die Verwaltung benutzt aber auch in diesem Jahre wieder den Gewinn zu erneuten Rücklagen, während die Dividendenbemessung hinter den Vorkurswartungen zurückbleibt. Die Verwaltung verweist darauf, daß den Aktionären der Gesellschaft mehr mit einer möglichst stabilen Bemessung der Dividende als mit einer spontanen Erhöhung gedient sei. Sie dürfe ferner nicht außer acht lassen, daß die Beunruhigung des Geschäftslebens durch die politischen Ereignisse noch immer nicht geschwunden ist sowie daß neuerdings hervorgetretene Konkurrenzbestrebungen es wünschenswert erscheinen lassen, die zur Bekämpfung solcher Konkurrenz geschaffenen Reserven und andere Rücklagen erheblich zu vergrößern. Nach Ausschüttung der zehnprozentigen Dividende verbleiben der Gesellschaft zur weiteren inneren Festigung des Unternehmens für Abschreibungen und Reserven noch mehr als 38 Millionen Mark. Die Bildung großer Reserven bereits in früheren Jahren hat es der Gesellschaft in diesem Jahre möglich gemacht, ohne Kapitalerhöhung 45 Millionen Mark für Schiffneubauten, Schiffankäufe usw. zu veranschlagen. Trotzdem haben sich die flüssigen Mittel von 47 Millionen Mark auf 76 Millionen Mark am Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres erhöht.

Unter politischem Druck.

Der Aktien-Gesellschaft Wäffliche Maschinenbau-Gesellschaft wurden im vergangenen Jahre von der Regierung die Lieferungen entzogen, weil sich ein Direktor angeblich deutschfeindlich betätigt haben sollte. Infolge dieser Grafenstädener Affäre hat nun die Gesellschaft eine Zweiteilung beschlossen. Die Fabrik Velfort wird nach diesem Beschluß einer neu zu gründenden Gesellschaft überlassen, die ihren Sitz in Velfort haben wird. Die Fabriken in Mühlhausen und Grafenstadt werden dagegen im Besitz der alten Gesellschaft verbleiben. Das Aktienkapital wurde infolge dieses Beschlusses von 14 400 000 Mark auf 10 400 000 Mark herabgemindert.

Arbeitsmarkt im Dezember.

Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage am deutschen Arbeitsmarkte hat sich im Jahre 1912 augenfalls der Arbeitsnehmer entwickelt. Während im letzten Quartal 1911 und zu Beginn des Jahres 1912 noch eine relativ starke Belastung des Arbeitsmarktes konstatiert werden mußte, zeigte sich am Ende des letzten Kalenderjahres sowohl gegen 1911 als auch gegen die fünf vorangegangenen Jahre eine recht erhebliche Besserung. Bei den an den Arbeitsmarkt berichtenden Arbeitsnachweiser kamen nämlich in den Monaten November und Dezember des Jahres 1905 bis 1912 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich Arbeitsuchende:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912
November	131,1	135,1	132,5	212,4	150,6	150,7	151,3	140,9
Dezember	134,0	124,7	133,6	195,2	165,1	146,7	141,1	133,7

Wärhin stand die Andrangsziffer im Dezember 1912 noch um 7,4 unter dem Niveau des Vorjahres, während sie im April 1912 noch um 11,8 über den Stand des entsprechenden Monats 1911 hinausgegangen war. Am Arbeitsmarkt für Mäntel kamen im Dezember 1912 auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 154,23 Bewerber gegen 164,97 im vorjährigen Vergleichsmonat. Die Andrangsziffer für die Weiblichen betrug sich auf 99,76. Sie hat sich fast genau auf dem Niveau des Vorjahres gehalten. Die Zustände des Arbeitsmarktes für das Jahr 1912 sind im allgemeinen recht günstig. Vor allen dürfte neben der flotten Beschäftigung der meisten Gewerbegebiete auch die Zunahme der Auswanderung und das Rückfallen der Einwanderung infolge des Balkankrieges eine weitere Erleichterung am inländischen Arbeitsmarkte herbeiführt haben.

Reformzahl in der Wagenstellung. Der Eisenbahnverwaltung ist es endlich gelungen, dem Wagenmangel soweit abzuhelfen, daß er nur noch in ganz geringem Umfange vorhanden ist, so daß die

Züge ihre Fortbewegungen weiter steigern konnten. Der Verkehr wies in der Vorwoche eine erhebliche Zunahme auf. Im arbeitswichtigen Durchschnitt wurden im Ruhrbezirk in der letzten Woche 31 288 Wagen bestellt. Am Sonnabend forderte der Ruhrkohlenbergbau 36 000 Stollen- und Stollwagen, die auch gestellt wurden. Das ist eine Rekordzahl, wie sie bisher nicht erreicht wurde.

Soziales.

Volkerversicherung Nummer zwei pleite — Volkerversicherung Nummer sechs neugegründet!

Kürzlich stellten wir erst fest, daß das Interesse an der Versicherung der Arbeiter immer lebhafter werde. Auch das Zentrum ist aufgemacht und empfiehlt seine Spezialform Volkerversicherung. In der Zwischenzeit ist es einer anderen Art Volkerversicherung schlecht gegangen. Bekanntlich gründeten eine große Anzahl privatskapitalistischer Versicherungsgesellschaften vor nicht allzu langer Zeit die Deutsche Volkerversicherung-Gesellschaft. Deren Aktionäre sind als völlig gescheitert betrachtet werden! Weder die großen Volkerversicherungs-Aktiengesellschaften noch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen haben sich ernsthaft um die neue Gesellschaft gekümmert. Diese fordert zwar auch heute noch eifrig zur Mitzeichnung für ihre beabsichtigten 3 Millionen Mark Aktienkapital auf, das hat aber faktisch nichts mehr zu bedeuten. Eine Sorte neuer Volkerversicherung ist also schon wieder tot. Inzwischen ist die Volkerversicherung Nummer sechs vorbereitet worden. Die privaten Volkerversicherungsgesellschaften wollen sich jetzt direkt mit den öffentlichen Lebensversicherungsanstalten zu einer Volkerversicherungsgemeinschaft verbinden. Die Beteiligten wollen dabei den gegenseitigen freien Wettbewerb trotz ihrer Gemeinschaft nicht unterbinden; es soll nur Einigkeit in der Befämpfung der Volkerversicherung gesichert werden! Charakteristisch ist, daß sich auch jetzt wieder die „Viktoria“ noch recht vorsichtig abseits hält. Ihre Spekulation wird deswegen sicher noch manche Heberfahrungen zu bringen geeignet sein.

Die eifrigen Gründungen, Umgründungen und — Bankrotte all derer, die die Seele, aber richtiger das Portemonnaie der Arbeiter lieben, zeigen, auf welchem gesundem Wege die Arbeiter stets sind, wenn sie ihre Interessen selbst wahrnehmen.

Aus der sozialen Studentenbewegung.

Der Verband der Akademischen Unterrichtskurien Deutschlands verhandelt soeben seinen Bericht für das Sommersemester 1912. Der Verband stellt eine politisch neutrale Organisation dar, die — ohne zu Weltanschauungsfragen Stellung zu nehmen — sich die Aufgabe gestellt hat, durch Erteilung elementaren Unterrichtes für die Verbreitung von Wissen und Bildung unter der Arbeiterklasse tätig zu sein. Da die Kurie ihren neutralen Standpunkt bisher voll zu wahren gesucht haben, so haben ihre Bestrebungen auch bei der organisierten Arbeiterklasse Sympathie und Unterstützung gefunden.

Daher wird es wohl bezweifelbar, wenn der Bericht trotzdem einen Rückgang der Bewegung konstatiert. Zwar ist die Zahl der dem Verband angeschlossenen Organisationen von 24 (Sommer 1911) auf 20 gesunken. Doch ist die Zahl der insgesamt Unterrichtsstellen von 7679 auf 6934 zurückgegangen. Die Ursache dieses Rückganges wird vom Berichtsteller in einem recht charakteristischen Umfange gefunden: an einigen Orten ist von den Studenten der Versuch gemacht worden, die Kurie nicht mehr auf die Bildungsbedürfnisse des Proletariats, sondern von Volksschichten zuzuschneiden, die schon eine umfangreichere Vorbildung mitbringen. Dieser Versuch mußte scheitern, einmal an der vielfach vorhandenen Gleichgültigkeit dieser Kreise gegen bezahlte Vorträge, sondern auch daran, daß — wie der Bericht ebenfalls konstatiert — die Fluktuation und der Abfall dieser Schichten viel stärker war, als bei den rein proletarischen Hörern. Wo man von dieser bedenklichen Experimenten abgesehen hat — wie z. B. in Berlin —, ist die Entwicklung denn auch durchaus konstant geblieben.

Ueber die Gliederung der Hörschicht nach Verufen, Alter, Geschlecht usw. bringt der Bericht in mehreren Tabellen recht wertvolle Daten. Das Durchschnittsalter der Hörer betrug 24,9 Jahre, ein schlagender Beweis, wie wenige Jahre das auf unserer „muttergütigen“ Volkshochschule empfangene Wissen vorhält und wie bald der Arbeiter schon wieder das Bedürfnis empfinden muß, seine Kenntnisse der allereinfachsten Dinge wieder aufzufrischen. 35 Proz. der Hörer standen gar noch unter 20 Jahren! Der Anteil der weiblichen Hörer läßt sich nach einer Zeitstatistik mit circa 20 Proz. annehmen. Die Berufstätigkeit ist nicht sehr glücklich gegliedert, da sie Gruppen von Selbständigen, Angestellten und Arbeitern durcheinanderwirft; mehr als der Beruf des Hörsers an sich interessiert seine soziale Stellung innerhalb des Berufs. Immerhin läßt sich erkennen, daß der größte Teil der Hörschicht aus Industrie- und Arbeiterkreisen besteht, dazu kommt ein starker Bruchteil Angestellte (bei den weiblichen Hörern sind sogar circa 40 Proz. weibliche Angestellte), ferner selbständige Handwerker, Kaufleute usw., bei den Frauen auch noch 28 Proz. berufloser Ehemänner.

Noch ein Wort über die Beteiligung der Studenten. Es wäre durchaus verfehlt, in dem mitwirkenden Studenten bereits den Typ des sozialistischen Akademikers zu sehen. Rag auch ein Teil mit der modernen Arbeiterbewegung sympathisieren; ein anderer — wohl sogar der größere — lebt ihren Zielen ablenkend gegenüber. Immerhin handelt es sich hier um Leute, die überhaupt den Wunsch nach sozialer Betätigung und eigener praktischer Erfahrung auf sozialem Gebiet haben, um Studenten, die der Arbeiterklasse mit einer gewissen Vorurteilslosigkeit gegenüberstehen. Da scheint es denn recht begreifbar für das Niveau der deutschen Studentenchaft, daß von nahezu circa 50 000 Hochschülern ganze 756, d. h. circa 1,5 Proz., für diese Aufgabe gewonnen werden konnten. Der deutsche Durchschnittstudent lernt nach wie vor im Dietrichen weit mehr, als auf sozialem Gebiete.

Zum Schluß noch ein Kuriosum: in Würzburg mußte der Plan, Kurse für Naturkunde in das Programm aufzunehmen, fallen gelassen werden, weil Teilnehmer aus Zentrumskreisen Widerspruch erhoben. Dem Wunsch wurde in unverständlicher Ueberbarmung des Begriffes „Neutralität“ nachgegeben.

Verfammlungen.

Verband der Brauerer- und Mühlenarbeiter, 3. Jahressitzung in Berlin. Die Generalversammlung der Jahressitzung fand am Sonntagmorgen im Gewerkschaftshause statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1912 lag gedruckt vor und wurde von dem Vorsitzenden Hübner eingehend erläutert. Das verfloßene Jahr war für die Brauererarbeit nicht günstig. Die Zusammenlegung kleiner Betriebe und die Einführung neuer Maschinen, besonders in den Flaschenbierbierereien, brachte für viele Mitglieder wieder Arbeitslosigkeit. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 249 im Vorjahre auf 273 am Schlusse des Berichtsjahres. Für das kommende Jahr sehen die Brauererarbeit mit Besorgnis auf die drohenden Kämpfe im Brauergewerbe und in der Holzindustrie. — Hübner besprach dann die Kämpfe des Verbandes mit den Unternehmern im Berichtsjahre; in vier Fällen kam es zum Streik. 222 Verhandlungen fanden zur Schlichtung von Differenzen aller Art statt; in der großen Mehrzahl kam es zu einem befriedigenden Resultat. Die Verwaltung läßt auf eine reiche Tätigkeit zurück; 17 Mitglieber- und Gruppenversammlungen fanden statt, ferner 425 Betriebs- und Agitationsversammlungen, 7 Bezirksagitationsversammlungen, 58 Ortsvereins- und Vertrauensmännererhebungen und 39 sonstige Sitzungen. Das Bureau wurde von 33 285 Personen in Verbandsgeschäften besucht, durchschnittlich pro Tag von 106 Personen. — Der Bericht geht dann auch auf recht unheilvolle Streitereien mit dem Deutschen Transportarbeiterverband ausführlich ein.

Für die Mühlenarbeiter fanden 10 Betriebsversammlungen statt und 4 Verhandlungen mit den Unternehmern, die nicht den gewünschten Erfolg brachten. Ein Streik mußte abge-

varius), Elfe Hesse (Hessen), Susanne Bachrich (Möhl) und Marie Grödel (Wirtin) hübsche Leistungen. Der Lola Konte, dieser Sprücheweltin, die sogar die Kafen fürstlicher Haupter mit ihres Vorstellungs Spitze in unsanfte Verührung zu bringen beliebte, wurde Fritz Kassarj nur teilweise gerecht. Mit dem berühmten Altmünchener Walter Karl Spitzweg wußte sich Karl Pfann ebenso wenig abzufinden, wie Karl Wachmann mit seinem studentischen Kolaliebsten auf Kündigung. Nichtdestoweniger war Publius aus dem Häuschen, weil des Fall „sein Fall“, und oben drein noch glorios umschwebt auf dem Dirigentenfähigen sah.

Notizen.

— Wilhelm II. als Operndirektor. In dem Musterbetrieb des Herrn Hülsen ist wieder einmal ein kleiner Insatz eingetreten. Der Hofkapellmeister Paur hat sein Entlassungsgesuch eingereicht und inzwischen Urlaub bekommen. Er wird an die gallische Städte eines Kapellmeisters der Berliner Igl. Oper nicht zurückkehren. Herr Paur ist sehr reich verbraucht worden, er war kaum warm geworden auf seinem Posten, auf den man ihn von Amerika her berufen hatte. Nun folgt er seinen Vorgängern Mühl und Zeingartner, die froh sind, der Fuchtel der Kunstbureaokratie entronnen zu sein. Den Anlaß zu Paur's Rücktritt deutet eine aus dem Bureau der Generalintendantur inspirierte Notiz an: Kapellmeister Paur glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß der Kaiser mit der Art seines Wirkens nicht einverstanden sei und zog daraus in loyalistischer Weise die Konsequenzen. Von anderer Seite erfährt man, daß kürzlich auf Befehl des Kaisers zwei Stunden vor der Aufführung des „fliegenden Holländer“ holt Paur plötzlich ein anderer Kapellmeister berufen wurde zu dirigieren. Der Igl. prehabile Kunstabsolutismus kann wie seine zahlreichen Vetter nur durch eine gründliche Landtagswahlreform bestrukt werden.

— Der Hund deutscher Architekten (Ortsgruppe Berlin) hat in einer außerordentlichen Sitzung die Forderung nach einem völlig freien, allgemeinen und geheimen Wettbewerb auf geklärt Programmgrundlage und nach Lösung der Frage für ein neues Igl. Opernhaus aufgestellt. (Was die Herren sich einbilden! Wie es S. M. besteht, so geschieht.)

— Eine neue Düsseldorf Ausstellung. Die Stadt Düsseldorf wird im Jahre 1915 eine Ausstellung veranstalten, die unter der Devise „Aus 100 Jahren Kultur und Kunst“ die Erzeugnisse des letzten Jahrhunderts zur Darstellung bringen soll.

— Kein „Parisial“ im Spielertum. Der Fürst von Monaco hat der vom Vorsitzenden der französischen Gesellschaft der dramatischen Schriftsteller und Tonbildner im Namen der Erben Richard Wagner's gestellten Bitte Folge gegeben und die Aufführung des „Parisial“ im Theater von Monte Carlo untersagt.

trochen werden. Die Agitation unter den Mühlenarbeitern ge-
hört sich sehr schwierig, besonders in der Salomonmühle, die,
wie besonders erwähnt wird, hieran für die Grobhandlungs-
genossenschaft in Hamburg ist. —

Rechtsprechung wurde in 20 Fällen gewährt. Die Mitglieder,
besonders das Jahrgesamt, werden ersucht, ihre Gesuche um
Schutz freis zeitlich einzureichen. In einem Falle war ein
Mitglied schon im Gefängnis, verurteilt zu neun Monaten, als die
Kanzlei des Mitgliedes erst in voller Verweisung nach dem Bureau
kam. Dem Eingreifen des Verbandes gelang es dann, den Mann
wieder frei zu bekommen, der ein Kind überfahren hatte und hilf-
los und hilflos vor Gericht stand.

Der **Arbeitsnachweis** zeigt gegen das Vorjahr eine starke
Abnahme der Vermittelten Stellen, nämlich 755 gegenüber 1278 im
Vorjahre, darunter 158 feste Stellen gegenüber 207 im Vorjahre.
Aus der Statistik wurden 1118 Fälle entlassen, die
höchste Zahl, die bisher erreicht wurde.

Die **Mitgliederbewegung** zeigt folgende Aufstellung:
Der Mitgliederbestand am Schluss des Jahres 1911 war 4082, der
Zugang von Mitgliedern betrug 818, das sind zusammen 4900. Der
Abgang an Mitgliedern betrug 667, der Mitgliederbestand am
Schluss des Jahres 1912 war 4233. Der durchschnittliche Mit-
gliederbestand im Jahre 1912 betrug 4772 Mitglieder. Beitrags-
marken wurden umgekehrt 249 022 = 51,1 Beitrag pro Mitglied.
Zu leisten waren im Durchschnitt 245 144 Beiträge, geleistet wurden
243 022 Beiträge = 98,3 Proz.

Der **Kassenbericht**, von Kasper erlassen, zeigt für
die Verbandskasse in Einnahme und Ausgabe eine Bilanz von
121 022,25 M. Unter den Ausgaben stehen bezogen für Kranken-
unterstützung 24 098,80 M., Arbeitslosenunterstützung 10 102,85 M.,
Reiseunterstützung 165 M., außerordentliche Unterstützung 285 M.,
Sondergeld 2007,25 M. und Rechtschutz 47,20 M.

Die **Lozialkassen** hat glänzend abgeschlossen und ist imstande,
an die Hauptkassen alle Darlehen zurückzugeben. Die Einnahmen
der Lozialkassen im Jahre 1912 betragen 31 983,95 M., die Ausgaben
26 400,55 M., Nettoeinnahme im Jahre 1912: 5583,40 M.

Unter den Ausgaben der Lozialkassen stehen bezeichnet: Für die
ausgesperrten Porzellanarbeiter 300 M., an die Arbeiter-Samariter-
Kolonne „Ordnung Berlin“ 50 M., Agitation 107,50 M., Streit-
unterstützung 15 M., Arbeitslosenunterstützung 9115,50, Rechts-
schutz 62,55 M., Sondergeld 3200,50 M.

Über die **Verträge** entpinn sich eine längere Diskussion, in der
unter anderem gerügt wurde, daß der Umfah der Raimarkten, der
1382 M. brachte, nicht größer war. Von einigen Rednern wurde
verlangt, daß die Verwaltung noch mehr für die Interessen der
Arbeiter der Unternehmern gegenüber eintritt. Scharf
und bestimmt wiesen **Hodapp** und **Schuldt** diese Vorwürfe als
ungerecht und grundlos zurück. **Schuldt** kam noch auf die poli-
zeiliche Verordnungen über das Bierausfahren an Sonntagen zu
sprechen, die von einigen Brauereien übertreten wird. Er forderte
das Jahrgesamt auf, an den bestehenden Bestimmungen festzu-
halten und die Arbeit an den Sonntagen entschieden zu verweigern.
In einer Anklage gegen die Verwaltung, die Verweigerung eines
Darlehens betreffend, ließ die Versammlung das Verhalten des
Vorstands durch eine Abstimmung gut.

Die **Wahl der Ortsverwaltung** ergab, den Vorschlägen der
Vertrauensmänner gemäß, das folgende Resultat: **Hodapp** als
Vorsitzender, **Schuldt** als stellvertretender Vorsitzender, **Kasper**
als Kassierer, **Schwedler** als stellvertretender Kassierer, **Groß-
fuch** als Schriftführer, **Reh** als stellvertretender Schriftführer,
Richter, **Gang**, **Knappe**, **Schmitz** und **Deisow** als
Beisitzer, **Reichard**, **Crass** und **Karl Müller** als Revisoren.
Schuldt referierte dann über die geplanten

Biersteuer für Berlin,
gegen deren Einführung die Brauereiarbeiter protestierten mühen,
weil sie schließlich am schwersten davon betroffen würden, wenn
Brauereien und Gastwirte die Steuer abwälzen und das Publikum
den Konsum einschränkt, wie vorausgesehen ist. **Schuldt** legte die
folgende Resolution vor:

Die heutige Versammlung der Brauereiarbeiter Groß-
Berlins erhebt energisch Protest gegen die Vorlage des Berliner
Magistrats, die Einführung einer Biersteuer betreffend. Die
Brauereiarbeiter haben an den Folgen der Brausteuererhöhung
vom Jahre 1909 außerordentlich schwer zu leiden gehabt
und deshalb wendet sich die Versammlung mit aller Entschieden-
heit dagegen, daß die Stadtverwaltung Berlin durch ihre Steuer-
politik die kaum vernarbten Wunden aufs neue aufreißt. Drin-
gend bedürfen infolge der ungedeckten Verteuerung der Lebens-
haltung die Lohnverhältnisse der Berliner Brauereiarbeiter einer
erheblichen Aufbesserung. Es besteht kein Zweifel, daß die An-
nahme der Magistratsvorlage die Bestrebungen, die bei der Er-
neuerung des am 1. April 1914 ablaufenden Tarifvertrages
seitens der Arbeiter dahingehend geltend gemacht werden müssen,
erheblich beeinträchtigen würde, so daß vorausgesehen ist, daß
den Tausenden von Berliner Brauereiarbeitern durch die Er-
höhung der städtischen Biersteuer ein direkter Schaden zuge-
fügt würde.

Vor allen Dingen würde das Jahrgesamt scharf benach-
teiligt sein, wenn die Vorlage Annahme finden sollte. Die un-
geheuerlichen, mit der Deklaration verbundenen Scherereien
würden bei Abänderungen, die bei den komplizierten Verhält-
nissen Berlins und der Vororte ganz unvermeidlich sein werden,
häufige Verstärkungen zur Folge haben. Noch viel mehr würde
aber der durch die Deklarationsbeschlüsse entstehende Verlust
ungünstig auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse des Jahr-
personals einwirken. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen da-
durch, daß ein Teil des Lohnes der Bierführer aus Prozenten
des abgesetzten Bieres besteht, schon jetzt unregelmäßig und im all-
gemeinen viel zu lang. Jede Verzögerung auf der Tour oder
im Brauereifontor infolge des Deklarationszwanges bedeutet
eben für die Bierführer entweder einen Verdienstentgang oder,
wenn sie einen solchen vermeiden wollen, eine weitere Erhöhung
der Arbeitszeit.

Die Versammlung erwartet, daß die Stadtverordneten Ber-
lins, die sich in der Mehrheit der liberalen Parteien zugehörig,
die Hand nicht dazu bieten, durch Annahme der Magistratsvorlage
die Verhältnisse der Brauereiarbeiter zu verschlechtern.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.
Der Vorsitzende **Hodapp** schloß die Versammlung mit den
besten Wünschen für ein erfolgreiches Wirken im neuen Jahre; er
brachte ein Hoch auf die Arbeiterbewegung aus, in das die Ver-
sammlungen begeistert einstimmten.

Gerichts-Zeitung.

Meineid wegen einer Lappalie.

Mit der Verhandlung eines Meineidprozesses begann gestern
eine neue Tagung des Schwurgerichts des Landgerichts II
unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Zimmermann. Wegen
unklaren Meineids war der Bahnarbeiter Friedrich Varganisch
angeklagt, während sich der Bahnarbeiter Felix Bohmig wegen An-
stiftung zum Meineid und versuchter Verleitung zum Meineid
zu verantworten hatte. — Die in einem Akt; in der Nähe von
Trebzin wohnhaften Angeklagten waren eines Tages von dem
Gendarmenwachmann Scholz dabei abgefaßt worden, wie sie
unter Verwendung eines Fretzlichen Jungs auf wilde Kaninchen
 machten. Da sich die Beteiligung des Varganisch nicht genügend
 feststellen ließ, wurde gegen Bohmig allein durch amtliche
 Verfügung ein Strafmandat über 30 M. wegen unerlaubten Jagd-
 tierens erlassen. Wie die Anklage behauptet, soll nun Bohmig, um
 sich von der Zahlung der 30 M. zu befreien, sich mit einem Schauspieler
 Schmidt in Verbindung gesetzt und diesen veranlaßt haben,
 vor Gericht auszusagen, daß er das Fretzchen erst an jenem Tage
 von ihm gekauft habe. Schmidt lehnte jedoch diese Zumutung ab.
 Dagegen soll der Angeklagte Varganisch auf Anstiften des Bohmig

in der Verhandlung vor dem Schwurgericht in Trebzin aufgefagt
 haben. Sie hätten das Fretzchen erst an jenem Tage gekauft und
 noch keinerlei Jagdverträge damit gemacht.

Die Geschworenen bejahen die Schuldfragen nach Meineid
 in Verbindung mit dem strafmildernden § 157, 1 des Strafgesetzbuchs
 bezüglich Bohmigs. Das Urteil lautete gegen Varganisch auf 1 Jahr
 und 3 Monate Gefängnis sowie 5 Jahre Ehrverlust, und gegen
 Bohmig auf 9 Monate Gefängnis unter Anrechnung von 8 Wochen
 beginn. 1 Monat der erlassenen Untersuchungshaft.

Unzulässige Polizeiverordnung über die Polizeistunden.

Der Regierungspräsident von Stettin hat am 21. Mai 1912 eine
 Polizeiverordnung erlassen, welche im § 1 bestimmt, daß Schank-
 wirtschaften und Gastwirtschaften mit Schankbetrieb nur während
 eines bestimmten Zeitraumes im Betriebe sein dürfen. Eine Aus-
 nahme finde nur hinsichtlich der Gastwirtschaften mit Bezug
 auf Logiergäste und hinsichtlich der Gastwirtschaften mit Bezug
 auf Fahrgäste. Die Zeit selber wird durch die Verordnung so fest-
 gesetzt: In Städten 7 Uhr morgens bis 12 Uhr abends im Sommer;
 8 Uhr morgens bis 12 Uhr abends im Winter; auf dem Lande im
 Sommer von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends und im Winter
 von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Der Gastwirt Mühl zu Stettin, der im Sommer reisenden
 Gästen vor 7 Uhr früh heißen Kaffee verabreicht hatte, als sie
 nach einer Nachtfahrt mit ihren Fuhrwerken dort einkehrten, war
 wegen Uebertretung der Verordnung angefaßt worden.

Das Landgericht zu Stettin sprach ihn frei, indem es die Ver-
 ordnung für unzulässig erklärte. Die Verordnung gehe, so wurde be-
 gründend ausgeführt, über die Befugnisse der zum Erlaß von
 Polizeiverordnungen berufenen Behörden hinaus, indem sie nicht
 nur den Eintritt der Polizeistunde bestimme, sondern auch ihr
 Ende. Einen solchen Begriff der Polizeistunde lehne § 365 des
 Strafgesetzbuchs nicht. Da sei nur vom Verweilen der Gäste über
 die gebotene Polizeistunde hinaus die Rede. Es solle danach aller-
 dings eine Ruhezeit liegen zwischen dem Ende des Betriebes und
 dem Wiederbeginn. Wie lange sich diese ausdehne, könne aber nicht
 durch Polizeiverordnung vorgeschrieben werden. Das müsse sich
 nach den allgemeinen Gewohnheiten des Lebens richten. In § 10
 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts finde die Vorschrift
 keine Stütze, daß der Betrieb vor den angegebenen Morgenstunden
 nicht wieder aufgenommen werden dürfe. Denn von einer bevor-
 stehenden Gefahr für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit
 und für Leib und Leben des Publikums könne nicht die Rede sein.
 Daraus folge die Freisprechung des Angeklagten, die sich übrigens
 auch nach deshalb rechtfertige, weil die Händler, die nach der
 langen Nachtfahrt einkehrten, sehr wohl als Logiergäste anzusehen
 wären, wenn sie sich auch nicht erst ins Bett legten.

Das Kammergericht verwarf vor kurzem die von der Staats-
 anwaltschaft gegen das Urteil eingelegte Revision mit folgender Be-
 gründung:

Die Frage, ob jene Händler Logiergäste waren, könne ganz
 ausbleiben, da das Landgericht die Verordnung mit Recht für un-
 zulässig erklärt habe. Mit Recht habe das Landgericht angenommen,
 daß ein derartiger Begriff der Polizeistunde, wie ihn die Ver-
 ordnung aufstelle, unzulässig sei. Es sei unzulässig, zu verbieten,
 daß Gast- und Schankwirtschaften vor 7 Uhr oder 8 Uhr morgens
 nicht geöffnet werden dürfen. Von einer bevorstehenden Gefahr
 im Sinne des § 10 Teil 2 Titel 17 des Allgemeinen Landrechts
 könne nicht die Rede sein, falls ein solches Verbot nicht bestände.
 Nun habe allerdings das Kammergericht Polizeivorschriften für
 gültig erachtet, durch die verboten wurde, vor einer bestimmten
 Morgenstunde Branntwein auszuschenken. Das sei aber ganz etwas
 anderes, wie die Bestimmungen der obigen Regierungs-Polizei-
 verordnung, die den Betrieb überhaupt bis zu einer bestimmten
 Morgenstunde nicht gestatten wolle. Was hier verneint werden
 müsse, treffe bei dem zu frühen Auskahn von Branntwein zu,
 nämlich, daß dadurch die öffentliche Sicherheit und Ordnung ge-
 fährdet werde, da ein zu frühzeitiger Branntweingenuss sehr leicht
 zur Trunkenheit und zu Unfällen führe.

Meineidige Arbeitswille.

Vor dem Schwurgericht in Dortmund hatten sich am Freitag
 zwei Arbeitswille gegen die Anklage wegen wissenschaftlichen Mei-
 neids, begangen in Streitprozessen, zu verantworten. Die Defens-
 schlichtung wurde während der Verhandlung ausgeschlossen. Die Ge-
 schworenen verneinten bei einem Angeklagten die Schuldfraage, bei
 dem zweiten erkannten sie auf schuldig des schließlichen Meineids.
 Er wurde zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Begründung
 wurde erklärt, es liege eine recht grobe Fahrlässigkeit vor.
 Schuß gegen Arbeitswille ist dringend erforderlich.

Am einen Apfel

Der überaus gefällige Eigentumschutz, so berichtet man aus
 Halle a. S., hatte für den bisher unbedürftigen 44-jährigen polni-
 schen Arbeiter **Restowski** ganz barbarische Folgen. Ein Garten-
 und Plantagenbesitzer in Sandersdorf, bei dem J. arbeitete, hatte
 in seinem Garten **Ruhenseln** und **Selbstschiffe** legen lassen, um
bstdiebe abzuwehren. Am Abend des 13. August v. J. ging J.
 der nicht deutsch lesen konnte und deshalb von den Diebstählen
 keine Kenntnis hatte, in den Garten, nahm einen Apfel vom Baum
 und biß hinein. In demselben Augenblick frachte ein Schuß, der
 ihm das rechte Bein zertrümmerte, das innerhalb 24 Stunden
 bis über das Knie abgenommen werden mußte. Am Sonnabend
 stand der unglückliche Krüppel nun auch noch wegen versuchten
 schweren Diebstahls vor der Strafkammer unter Anklage, weil er
 durch Eintritte in den Garten versucht haben sollte, Obst zu stehlen.
 Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 10 Mark wegen
 Fortdiebstahls. Das Gericht erkannte auf Einstellung des Ver-
 fahrens, da Verjährung eingetreten war.

Aus aller Welt.

Das Lied vom braven Mann.

Aus London wird uns berichtet: Nach einer äußerst stürmi-
 schen und ereignisvollen Fahrt kam der Dampfer „Snowdon Range“
 mit seiner wackeren Besatzung von 24 Mann unter dem Kapitän
 Dickinson in Queenstown an der irischen Küste an. Von
 Philadelphia kommend, war das Schiff 58 Tage unterwegs
 gewesen. Die Eigentümer hatten schon längst alle Hoffnung auf-
 gegeben; in London war es nicht mehr zu verkümmern. Eine Reihe
 gewaltiger Stürme, wie sie nur wenige Seeleute erlebt haben, hatte
 an Bord alles kurz und klein geschlagen, das Ruder zertrümmert und
 die eisernen Stäbe der Keeling zu phantastischen Anzeichen verbogen.
 44 Tage hatte der Kapitän die Kommandobrücke nicht verlassen;
 nur dann und wann, wenn es die Elemente erlaubten, hatte
 er sich ein Stündchen Schlaf gegönnt. Die ganze Mannschaft war
 nach der Ankunft in Queenstown so ermüdet und erschöpft, daß sich
 jeder einfach hinwarf, wo ein trockenes Plättchen zu finden
 war, um in einen tiefen Schlaf versank. Der heroische Kampf
 der „Snowdon Range“ nahm am 6. Dezember 1912 seinen Anfang,
 als ein wütender Sturm auf dem Atlantischen Ozean das Ruder des
 Dampfers zerbrach. Man versuchte zuerst, den Schaden mit einem
 Eisendraht zu brücken, hatte aber keinen Erfolg. Nun folgten vier
 bis fünf lange Tage, während welcher haushohe Wellen über das
 hilflose Schiff aufeinanderkamen und jeden Versuch, ein
 Ruder herzustellen, vereitelten. Schließlich gelang es, ein
 Ruder anzubringen, aber es half nichts. Nicht weniger
 als sieben Ruder wurden ohne Erfolg versucht. Endlich trat man
 den deutschen Dampfer „Caterland“, der nach Westen fuhr. Dieser

konnte die „Snowdon Range“ nicht in Lau nehmen, erbot sich je-
 doch, die Mannschaft an Bord zu nehmen was abgeschlagen wurde.

Die „Snowdon Range“ strebte nun den südlichen Dampfer-
 routen zu in der Hoffnung, anderen Schiffen zu begegnen. Am
 24. Dezember hatte der Dampfer nur noch 100 Tonnen Kohlen und
 sah sich unmittelbar vor der Gefahr, wie ein Brack von den tobenden
 Wellen zerstückelt zu werden. Am 1. Januar wurde das Schiff
 „Welfman“ sichtbar, das die „Snowdon Range“ in Lau nehmen
 wollte. Das war jedoch bei dem beständig stürmischen
 Wetter nicht ganz leicht. Erst am 6. Januar gelang
 es, mittels eines Fächers ein Lau an Bord der
 „Welfman“ zu schaffen. So wurde die „Snowdon Range“
 unter vielen Gefahren 500 Seemeilen weit bis an die irische Küste
 geschleppt. Hier nahmen sie die Schleppe in Empfang. Die
 Snowdon Range schien gerettet zu sein. Aber nun erhob sich
 außerhalb des Hafens von Queenstown wieder ein gewaltiger
 Sturm, der die Schlepptau wie Zwirnsfäden zerriß
 und das große Schiff an der felsigen Küste Irlands zu zerhacken
 drohte. Nur den heroischen Anstrengungen der Mannschaft und der
 vorzüglichen Seefahrerkunst des Kapitäns Dickinson gelang es,
 das Schiff nach vielen Gefahren sicher in den Hafen zu bringen, wo es
 unter dem Jubel der Bevölkerung einlief. Als man den Kapitän
 nachher beglückwünschte, meinte dieser einfach: „Nun, ich hatte eine
 Pflicht zu erfüllen und ich habe sie erfüllt; das ist alles.“

Es gibt heute noch Armutsphilosophen, die da behaupten, daß
 der Friede die Menschen verweichliche und daß ohne Krieg die Welt
 an materieller Fäule zugrunde gehen würde. Diese Leute beweisen
 mit dieser Ansicht nur, daß sie das Leben, die Not und die Gefahren
 des Lebens nicht kennen. Wie viel Fähigkeit, Mut und Ausdauer
 erfordert doch allein die tägliche Bezwingung des wilden Atlantischen
 Ozeans! Es ist nur eine verdrehte Anschauung, die die Helden des
 Krieges in hellerem Lichte erscheinen läßt, als die unendlich zahl-
 reicherer Helden des Friedens.

Schreckenstat eines geistkranken Soldaten.

In seiner Garnison Krefeld in der Herzogentum hat am
 Sonntagmorgen ein plötzlich irrsinnig gewordener
 Korporal des 18. Infanterie-Regiments eine schwere Mordtat
 verübt. Mit einem Dienstgewehr erschoss der Tölpel drei
 Kameraden und verwundete drei weitere. Darunter einen
 schwerm. Als die Wunde anrückte, schoß er auf viele und tötete
 einen Mann. Er wurde, nachdem er sich verzweifelt gewehrt
 hatte, heute erschossen aufgefunden.

Selbsttötung des Braunschweiger Defraudanten.

Der Wuchhalter **Kurbach**, der im Verein mit dem Kaufmann
 Weber das Braunschweiger Bankhaus **Gebrüder Löhbede**
 um 450 000 Mark schädigte, hat sich Montag früh der Polizei
 freiwillig gestellt. Kurbach ist am 20. Dezember, also am gleichen
 Tage wie **Weber**, über Frankfurt a. M. zu dem einige Braun-
 schweiger Bekannte traf, und fuhr auf dem Seewege nach Athen
 gefahren. Nach einem dortigen deutschen Hotel ließ er sich einen
 Rechtsanwalt aus Hannover kommen, der ihm dann
 auf Grund der Zeitungsmeldungen den Rat gab, nach Braunschweig
 zurückzukehren und sich freiwillig der Polizeibehörde zu stellen. Er
 trug noch denselben Anzug, den er nach den Rittungen der
 Kriminalpolizei tragen sollte. Mit **Weber** stand er nicht in Ver-
 bindung und von dessen Verhaftung war ihm nichts bekannt.

Eine Hand wäscht die andere!

Eine ganz neuartige Methode, ihre Mitglieder zur Kunst zu er-
 zieren, hat die Stadtverwaltung der böhmischen Stadt **Leipzig-
 Schönau** in die Praxis umgesetzt. Die Stadt erfreut sich zwar
 eines städtischen Theaters, dieses aber eines oft spärlichen Besuches.
 Um dem Mangel abzuhelfen, haben die weisen Räte der Stadt alle
 die Gewerbetreibenden von städtischen Lieferungen aus-
 geschlossen, die trotz der an sie ergangenen Aufforderung es
 abgelehnt haben, ein Abonnement für das städtische
 Theater zu kaufen. Öffentlich geben die Stadtbewohner
 bald einen Schritt weiter und zahlen ihren Handwerkern die
 Lieferungen in Form von Gutscheinen für das Stadttheater. Damit
 wäre dem Stadtsäckel und der Kunst gedient.

Kleine Notizen.

Ein schweres Unglück ereignete sich am Montagmorgen im
 Kesselhaus des Essener Elektrizitätswerkes. An der Dampf-
 leitung brach ein Rohr; die ausströmenden Dämpfe
 verbrühten mehrere Arbeiter. Von zwei Arbeitern, die
 mit lebensgefährlichen Brandwunden ins Krankenhaus
 gebracht wurden, ist einer bei der Einlieferung verstorben.

Drei Menschen von einer Mauer erschlagen. Am Montagmorgen
 brach in der Mühle in **Hattweiler** (Lothringen) Feuer aus, das
 die ganze Mühle ergriff. Bei den Löscharbeiten wurden der Eigen-
 tümer **Conrad** und zwei Feuerwehrende durch eine
 einstürzende Mauer getötet.

Der Raubbau mit der Arbeitskraft. In einer Kohlengrube bei
 Trempe (Nordspanien) wurden durch vorzeitige Explosion einer
 Dynamitpatrone zwei Arbeiter getötet und vier verwundet. Infolge
 des Unglücks erhoben die Arbeiter Beschwerden. Sie verlangen eine
 strenge Untersuchung und die Einleitung von Maß-
 nahmen zur Verhütung von Unfällen. — Bei einer Dynamit-
 explosion auf dem Bergwerk **Elst-Bergwerk** in **Rhodesia** sind
 am Freitag zwei Weiße und 17 Eingeborene ums
 Leben gekommen.

Todesflug eines Fliegers. Der deutsche Flieger **Lähde** und
 die argentinischen Flieger **Leutnant Origone** und **Gefreiter
 Felix** unternahm am Sonntag einen Flug von **Buenos Aires**
 nach **Mar del Plata**. **Leutnant Origone** stürzte unterwegs
 ab und wurde getötet.

Feuer an Bord. Wie ein Telegramm aus **Aden** meldet, brach
 an Bord des russischen Dampfers „**Usonia**“ auf bloßer
 unaufgeklärter Weise Feuer aus. Das Schiff wurde von den Flammen
 völlig zerstört. Der Kapitän, der Maschinist und
 10 Mann der Besatzung fanden den Tod, die
 anderen Mannschaften konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht
 werden.

Wartpreise von Berlin am 18. Januar 1913, nach Ermittlungen
 des k. k. Polizeipräklients. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 12,96
 bis 12,90, mittel 12,78—12,82, geringe 12,70—12,74. Roggen, gute Sorte
 17,15—17,20, mittel 17,14—17,16, geringe 17,10—17,12 (ab Bahn). Butter-
 preise, gute Sorte 17,70—18,90, mittel 17,60—17,60, geringe 16,40—16,90.
 Käse, gute Sorte 19,10—20,40, mittel 17,50—19,00 (jeil Wagen und ab
 Bahn).

Marktpreise von Berlin am 18. Januar 1913, nach Ermittlungen
 des k. k. Polizeipräklients. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 12,96
 bis 12,90, mittel 12,78—12,82, geringe 12,70—12,74. Roggen, gute Sorte
 17,15—17,20, mittel 17,14—17,16, geringe 17,10—17,12 (ab Bahn). Butter-
 preise, gute Sorte 17,70—18,90, mittel 17,60—17,60, geringe 16,40—16,90.
 Käse, gute Sorte 19,10—20,40, mittel 17,50—19,00 (jeil Wagen und ab
 Bahn).

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend von Kowalew. Am Sonntag, den 26. Januar,
 findet eine Veranstaltung des Komitees für Noerestube in Berlin (Georgen-
 straße) statt. Nach derselben Schluß des Jugendheims in der
 Kowalewstraße 40. Der Jahrespreis beträgt 1 M., für die Mitglieder des Jugendheims
 unter 18 Jahren 50 Pf. Treffpunkt 12 $\frac{1}{2}$ —13 $\frac{1}{2}$ Uhr am Bahnhofs Kowalew.
 Abfahrt 12 Uhr 37 Min.
 Die Eltern wollen ihre erwachsenen Söhne und Töchter auf diese Ver-
 anstaltung ganz besonders aufmerksam machen.

Gegen die geplante Kinosteuer.

protestierte am Sonntag eine vom Verein der Lichtbildtheater-Besitzer nach der Brauerei Friedrichshain einberufene Versammlung. Als Volksversammlung war sie gedacht. Anscheinend waren aber fast nur Kinobesitzer erschienen. Unter diesem Gesichtspunkt kann die Versammlung als eine stark besuchte gelten. — Der erste Referent, Rechtsanwalt Dr. Königer bezeichnete die im Entwurf des Magistrats vorgesehene Steuer als eine Erdrückungssteuer, die den kleinen Besitzer mehr belaste als den großen. Der Entwurf des Magistrats bringe das Kaffer einer Steuer wie sie nicht sein solle. Er besteuere das Vergnügen des kleinen Mannes, und zwar teilweise sogar prozentual höher als das Lustspiel. Bei einem Eintrittsgeld von 10 Pf. solle die Steuer 5 Pf., also 50 Proz. betragen. Auf ein Eintrittsgeld von 240 M. würden dagegen 40 Pf. Steuer, also 16 2/3 Proz. vorgeschlagen. Der Entwurf nehme keine Rücksicht darauf, daß die Kinos bereits der Gewerbesteuer unterliegen, und daß im Eintrittsgeld auch die Unkostenquote enthalten sei. Der Entwurf wolle deshalb als Doppel- oder Speisesteuer. Die geplante Steuer würde die Veredelung und Verbilligung der Kinos hindern, denn die Erhöhung der Kosten zwingt den Besitzer, den Betrieb billiger zu gestalten oder ihn wegen Unrentabilität ganz aufzustellen. Nach dem Entwurf sollten solche Veranstaltungen besteuert werden, welche vorwiegend der Kunst und Wissenschaft dienen, auch die belehrenden Vorführungen für Kinder sollten mit einer Steuer belegt werden. Aus diesen Gründen wolle die Steuer kulturfeindlich. Die Heranziehung des Kinobesitzers zur Steuer sei eine neue Belastung des Grundbesitzes. Im Hinblick auf alle diese Gründe müßten nicht nur die Kinobesitzer, sondern die gesamte Bevölkerung den Entwurf des Magistrats entschieden zurückweisen.

Der zweite Referent, Kinobesitzer Rosenthal, wandte sich mit großer Schärfe gegen das Steuerprojekt. Er bezeichnete es als eine Ungerechtigkeitssteuer, daß man das harmlose Vergnügen des kleinen Mannes besteuern wolle, während Bälle und ähnliche Vergnügungen für die vornehmere Welt, wo die Eintrittskarte 10 M. koste, steuerfrei seien. Gegen die geplante Kinosteuer müsse die Öffentlichkeit aufgerufen werden und wenn es zu Demonstrationen auf der Straße kommen sollte.

Zwei Resolutionen, die im Sinne der Ausführungen der beiden Referenten gehalten sind, wurden ohne Widerspruch angenommen. Sie sollen der städtischen Kommission, welche zur Beratung des Entwurfs eingesetzt ist, zugehändigt werden.

Hierauf sprach Kinobesitzer Tempelner gegen die Polizeiverordnung, welche bestimmt, daß Kinematographentheater von Kindern unter 8 Jahren nicht und von Kindern über 8 bis 16 Jahre nur in Begleitung der Eltern besucht werden dürfen. Die Verordnung werde die Folge haben, daß Kinder, denen das harmlose Vergnügen im Kino verschlossen sei, sich auf der Straße herumtreiben und die jungen Leute minderwertige Varietés, Zingeltangel und Kneipen besuchen. Die Verordnung habe den Besuch der Kinos bereits beratend beeinträchtigt, daß in der vergangenen Woche 13 Lichtbildtheater wegen beträchtlicher Mindereinnahmen schließen mußten.

Eine Protestresolution gegen die bezeichnete Polizeiverordnung wurde widerspruchsfrei angenommen.

Partei-Angelegenheiten.

Rechtsk. Dienstag, den 21. Januar 1913, abends 8 1/2 Uhr, in Vorkass. Festsaal, Hermannstr. 49, Generalversammlung. Tagesordnung: Bericht vom preussischen Parteitag. — Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Charlottenburg. Heute abends 8 1/2 Uhr Generalversammlung des Wahlvereins im Volkshaus, Köpenickerstr. 3. Tagesordnung: Vergleichs Protokoll am letzten Sonntag. Mitgliedsbuch legitimiert.

Wilmersdorf-Patenese. An den Urwahlen zur Landtagswahl, die am 12. Februar stattfinden, nehmen die Urwahlbezirke 1 bis 6, 8 bis 40 und 42 statt. In diesen Wahlbezirken kommt es darauf an, daß die Parteigenossen sich vergewissern, ob sie in der ihrem Steuerbezirk entsprechenden Wahlbezirk mit ihrem richtigen Namen verzeichnet stehen. Wir fordern die Genossen auf, die Listen daraufhin einzusehen; dieselben liegen am 22., 23. und 24. Januar von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends im städtischen Wahlbureau, Gasteiner Str. 11, öffentlich aus.

Steglitz. Die Abteilungslisten zur Landtagswahl liegen an folgenden Tagen aus: Am 21., 22. und 23. Januar von 8—8 und 5—7 Uhr im Hause Schloßstr. 38, Zimmer 47. Außerdem wird die Einsichtnahme in allen 13 Wahllokalen besorgt. Versäume niemand diese Pflicht.

Schöneberg. Heute, Dienstag, den 21. Januar, abends 1/9 Uhr: Öffentliche Versammlung in den „Neuen Rathsausälen“, Reiminger Str. 8. Tagesordnung: „Bildungsbestrebungen der modernen Arbeiterbewegung“. Referent: Genosse P i e d. Steglitz.

Zehlendorf (Wannseebad). Heute, Dienstag, den 21. Januar, bei Bruno Nitzsch, Potsdamer Str. 25: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Zburow: Die kommenden Landtagswahlen. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Johannisthal und Rudow. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Gohin, Moosstr. 2: Vortrag über die Technik der Landtagswahl. Die Teilnahmegebühr ist unbegrenzt.

Wilmersdorf. Der zweite Vortrag „Die Einführung in die Marx'sche Weltanschauung“ kann heute nicht gehalten werden. Derselbe findet voraussichtlich an einem Tage der nächsten Woche statt.

Schönholz. Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Villa Nahl: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dörner über: „Die Wohnungskultur und ihr Einfluß auf den Gesundheitszustand des Volkes“. 2. Kassenbericht. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Teltow. Am Mittwoch, den 22. d. M., im Lokal von W. Bonow: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Thielicke.

Weißensee. Die öffentliche Versammlung, in der Genosse Adolf Hoffmann über: „Den Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes“ referiert, findet umhänfbar bereits am Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Schloß Weißensee statt.

Hagen-Schönhausen. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr: Generalversammlung des Wahlvereins bei Heyder, Berliner Str. 93. Tagesordnung: 1. Bericht der Gemeindevorsteher. 2. Ergänzungswahl zum Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten.

Tegel. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“, Schloßstr. 7/8: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Berichterstattung vom Grundbesitz. Referent: Partei-Sekretär Genosse Wühl. 3. Berichterstattung aus der Gemeindevertretung.

Spandau. Die für heute angelegten Abteilungsversammlungen müssen einer wichtigen Sitzung wegen ausfallen.

Berliner Nachrichten.

Mehr Heiratslust?

Die Eheschließungen haben sich in Berlin im Jahre 1912 wieder etwas gemehrt. Der Anstieg, der im Jahre 1910 — nach dem außerordentlichen Rückgang von 1908 und 1909 — eingeleitet hatte, dauert fort. Es waren im 1907 noch 23 313, in 1908 und 1909 nur noch 21 799 und 21 209 Ehen geschlossen worden, in 1909 um 2104 weniger als in 1907. Die Jahre 1910 und 1911 brachten dann wieder 21 848 und 22 672 Eheschließungen, 1911 um 1463 mehr als 1909, aber noch um 611 weniger als 1907. Das Ergebnis vom eben abgelaufenen Jahr 1912 sind 22 994 Eheschließungen, wieder um 322 mehr als das Ergebnis von 1911, aber immer noch um 319 weniger als das von 1907.

Dieses Ab und Auf von 1907 bis 1912 erklärt sich zum Teil aus den Änderungen der Bevölkerungszahl, deren aus jedem Jahr berechneter Durchschnitt gleichfalls von 1907 bis 1909 sank und dann von 1910 an wieder stieg. Aber auch wenn man Jahr für Jahr die Zahl der Eheschließenden in Beziehung setzt zu der durchschnittlichen Bevölkerungszahl, ergibt sich ein Ab und Auf. Pro 1000 der durchschnittlichen Bevölkerungszahl des Jahres heirateten in 1907 noch 22,52 Personen, in 1908 und 1909 nur noch 21,16 und 20,69 Personen, aber dann in 1910 und 1911 wieder 21,22 und 21,88 Personen. Für 1912 ist die durchschnittliche Bevölkerungszahl noch nicht zu berechnen, sie wird aber bestimmt höher als die von 1911 sein. Hiernach muß die weitere Mehrung der Eheschließungszahl von 22 672 in 1911 auf 22 994 in 1912 als eine nur mäßige erscheinen. Die Heiratsziffer von 1912 wird vermutlich nicht hinausgehen über 22 Heiratende pro Tausend der Bevölkerung, so daß sie noch lange nicht wieder die Heiratsziffer von 1907 erreicht.

Die Vergleichung der Zahl der Heiratenden mit der Gesamtzahl der Einwohner hat übrigens nur einen sehr bedingten Wert. Eine zutreffendere Heiratsziffer erhielte man, wenn die Zahl der Heiratenden zu der Zahl der Heiratsfähigen, getrennt nach Geschlechtern, in Beziehung gesetzt würde. Da infolge des andauernden Rückganges der Geburtenzahl der Anteil der Unerwachsenen an der Gesamtbevölkerung allmählich sich ermäßigt haben dürfte, so könnte die Zahl der Heiratenden, gemessen an der Gesamtzahl der Einwohner statt an der Zahl nur der Heiratsfähigen, günstiger erscheinen als sie ist. Jedenfalls kann von einer nennenswerten Steigerung der Heiratslust noch immer nicht die Rede sein. Wenn die Heiratsziffer — trotz einem erneuten, nun seit drei Jahren andauernden Anstieg — in 1912 noch nicht wieder die von 1907 erreicht hat, so ist das wirklich kein besonders günstiges Ergebnis.

Braucht man lange danach zu fragen, aus welchen Ursachen der Mangel an rechter Heiratslust zu erklären ist? Die Heiratslust wird im wesentlichen durch die Steigerung oder Einschränkung der Heiratsmöglichkeit angeregt oder gedämpft. Daß aber die Heiratsmöglichkeit durch die deutsche Wirtschaftspolitik gesteigert würde, wird niemand behaupten wollen. Die maßlose Verteuerung notwendiger Lebensbedürfnisse der breiten Volksmasse ist den Junkern willkommen, weil sie ihnen die Taschen füllt. Die Früchte dieser Auspöckerung des Volkes sind geringe Heiratslust und noch geringeres Verlangen nach „Kinderlegen“.

Die telephonische Übertragung von Nachrichten und Musik beabsichtigen zwei Unternehmer in Berlin einzuführen. Das Reichspostamt ist bereit, für diese Anlage die in den Straßen liegenden und sie querenden Kabel teilweise zur Verfügung zu stellen. Der Magistrat hat hierzu seine Genehmigung erteilt und ist vorbehaltlich der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung bereit, einen Vertrag mit den Unternehmern zu schließen, wonach ihnen zunächst auf 6 Jahre, d. h. bis zum 1. April 1919 gestattet wird, gegen eine Anerkennungsgeld von nur 500 M. und Beteiligung am Reingewinn auch mit eigenen Leitungen die Straßen in Berlin zu unterqueren. Der Magistrat Berlin erhält zehn Apparate von den Unternehmern kostenlos gestellt. Bei einem Reingewinn von 50 000 M. erhält die Stadt 10 Proz. Abgabe, bei 75 000 M. 15 Proz., bei 100 000 M. 20 Proz. und bei höherem Gewinn 25 Proz. Das Unternehmen soll auf sämtliche Vororte ausgedehnt werden.

Die erste Schneedecke in diesem Winter lag am Sonntag früh über Berlin. Frau Holle hatte aber vorläufig nur mal gepöpst. Nach einigen Stunden war der Winterzauber wieder verschwunden und die Berliner warteten in dem bekannten geistlichen „Ratsch“. Natürlich war es bis auf weiteres auch mit den Eisbahnfreunden, die kaum begonnen hatten, wieder vorbei.

Das städtische Rettungswesen und die Sororität.

In der gestrigen Sitzung des Kuratoriums für das städtische Rettungswesen wurde darüber beraten, inwieweit man mit den unmittelbar an das Stadtgebiet von Berlin angrenzenden Vororten in Verhandlungen über ein einheitliches Rettungswesen eintreten könnte und inwieweit man die städtische Zentralmeldestelle im Rathaus zu Berlin auch für die Vororte nutzbar machen könnte. Dem Gedanken wurde grundsätzlich zugestimmt, doch soll an die Ausführung erst nach der am 1. April d. J. eintretenden Verstaatlichung des Berliner Rettungswesens herangegangen werden. Ferner wurde beschlossen, die Hofstraße Grüner Weg 17 nach der Holzmarktstraße 53 zu verlegen.

Weiße Kirchenruhen. Aus Halle wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet, daß ein dortiger Gemeindevorstand beschlossen habe, künftig von solchen Hausbesitzern, in deren Häusern sich Antikenzweigen befinden oder Anzucht getrieben wird, ebenso von den Melnerinnen und anrüchlichen Bewohnern dieser Häuser keine Kirchensteuer mehr einzuziehen, weil die Erhebung der Steuer von diesen Elementen einer christlichen Kirchengemeinde unwürdig sei. — Die Betroffenen werden darüber wahrhaftig nicht weiter böse sein, falls überhaupt der Beschluß die Genehmigung der vorgesetzten Kircheninstanzen findet, was wohl stark bezweifelt werden kann. In Berlin und auch sonst nimmt die evangelische wie die katholische Kirche Geld, wo sie es nur herbringen kann, selbst von Juden und von solchen Leuten, die längst aus der Kirche ausgeschieden sind.

Mehr Fürsorge für hungernde Schulkinder. Gegen die Schrift von Helene Simon über „Die Schulpflichtung in Groß-Berlin“, die im „Vorwärts“ (1912, Nr. 3) besprochen wurde, wendet sich der Magistrat von Berlin. Er läßt sich dadurch gekränkt, daß nach Simons Darstellung die Fürsorge der Stadt Berlin für ihre hungernden Schulkinder nicht ausreichen soll. Gegenüber der auf den Februar 1910 zu beziehenden Angabe, daß

damals die Höchstzahl der täglich gespeisten Schulkinder nur 4746 betragen habe, hebt der Magistrat hervor, im November 1912 seien täglich 6315 Schulkinder gespeist worden. Daß mindestens 7000 Schulkinder in Berlin als bedürftig anzunehmen seien, will er nicht glauben. Er schließt mit der Behauptung, daß in Berlin kein wirklich bedürftiges Schulkind, dessen Eltern die Speisung in der Kinderkantine mit städtischer Unterstützung wünschlich, einer warmen Mittagstafel entbehre. Ist der Magistrat dessen so ganz sicher?

Jugendfang in Köpenick.

Jugendfang im großen Maß — so wird uns aus Köpenick geschrieben — jetzt von dem sogenannten „Ortsausschuß für nationale Jugendpflege“ betrieben werden. Von einigen von Patriotismus triebenen Leuten wird in letzter Zeit lebhaft Propaganda zur Gewinnung von Anhängern des „nationalen Jugendrings“ gemacht. Man sieht bei dieser Gelegenheit Volksschullehrer, Retoren, Pfaffen, Kreis- und Schulinspektoren, Innungspräsidenten, Lehrerverein, Turnverein und sogar den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband unter Oberführung des 2. Bürgermeisters Brämer für die „nationale Sache“ in halber Eintracht wirken. Bisher hat man sich in der Öffentlichkeit recht wenig bemerkbar gemacht, weil man wohl nicht den gewünschten Erfolg auszuweisen hat. Diese Vermutung scheint zutreffend zu sein und wird auch die im Dienste der „nationalen Sache“ tätigen Männer“ von größeren Aktionen abgehalten haben. Jetzt aber scheint die Zeit gekommen zu sein, wo man öffentlich hervortreten mag. In allen bürgerlichen Vereinen als da sind: Bezugsvereine, Handwerkerinnungen, Turnverein, Krieger-, Landwehr-, Veteranenvereine usw. wird lebhaft Propaganda betrieben; sogar in Volks- und Fortbildungsschulen versucht man, mit Kriegervereinsreden die Jugend einzufangen. Auch die Lokalpresse, das „Köpenicker Dampfboot“, trägt wesentlich dazu bei, durch spaltenlange Artikel für den „nationalen Rummel“ zu werben. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird kräftig die Werbetrümmel gerührt.

Neuerdings hat man sogar, um der Jugend die Sache etwas schmackhafter zu machen und in die Bewegung den „althergebrachten“ preussischen Drill hineinzubringen, eine uniformierte Jugendwehr ins Leben gerufen. Auch hier haben sich namhafte, noch knopflochfreie Männer in den Dienst der nationalen Sache gestellt. Der längst ersehnte Wunsch hiesiger Patrioten, Köpenick als Garnisonstadt zu sehen, scheint nunmehr verwirklicht werden zu sollen.

An alle Eltern, welchen es um die gesunde Weiterbildung ihrer Kinder ernst ist, richten wir die Mahnung, ihre Söhne und Töchter vor diesen falschen Freunden der Jugend zu schützen und ihre Kinder über diese verwerflich wirkende Erziehung aufzuklären. Die beste Antwort ist und bleibt der Anschluß an die Arbeiterjugend; dann werden auch die Agitatoren des nationalen Jugendbundes bald einsehen, daß in einer Arbeiterstadt wie Köpenick kein Boden für derartige nutzlose Spielereien vorhanden ist.

An Herrn von Jagow's Adresse. Man schreibt uns: Ich brauche keine Bedenken, denn jeden Morgen kurz nach sechs Uhr weckt mich ein fürchterliches Geräusch, das von der Straße kommt, aus dem festesten Schlafe. Es klingt wie ein heranziehendes Gewitter oder Kanonendonner. Der Fußboden zittert, die Möbel wackeln, die Fenster scheitern klirren, selbst die Glocke an meinem Telefon läutet an. Das ist nicht etwa Liebertragung. Auch meine Bettstelle wackelt mit, als ob ich liegend einen Schmelzwalzer lange, langsam verhält das Donnergepolter, aber noch elliige Male am Tage bis in die Abendstunden hinein wiederholt sich der Spektakel. Er wird verursacht von zwei mächtigen antinondergepölpelten Brauereiautomobilen, die sich ausgerichtet meine Straße zum täglichen Kraftmachen ausgefucht haben, aber wohl auch andere Berliner Einwohner in hohem Maße nervengerrütend belästigen. Mehrfach habe ich sogar das Vergnügen dieses elektrischen Ohrenschmerzes schon mit einem von der Gastrone gefüllten Glühstrumpf bezahlen müssen. Und da fällt mir zur rechten Zeit Herr von Jagow's neuer Straßenordnungsbefehl ein, der am 1. April in Kraft treten soll und dem Straßenlärm zu Leibe gehen will. Ich bin neugierig, ob unser berechtigt Polizeipräsident mit der Beseitigung einer solchen scheußlichen, ruhestörenden Radaumaschine Ernst machen wird oder ob er uns aus purer Liebe zur Großindustrie — in den April schiebt.

Ein unerhörter Vorfall hat sich bei dem Unfall des Schlitten-Lanz-Luftschiffes am Sonnabend zugetragen. Bei der Landung sprang, wie berichtet, der Schlosser Ray aus dem Schiff herab und brach sich dabei das linke Bein, den rechten Arm und das Kniegelenk. Mit völlig blutüberströmtem Gesicht wurde der Verletzte von den übrigen Insassen des Luftschiffes vom dem Grundstück auf die Straße getragen. Hier überließ man ihn aber der Pflege völlig fremder Personen, die sich seiner in liebevoller Weise annahmen. Sie reinigten den Schwerverletzten vom Blut und verbanden ihn so gut wie es ging. Dabei ist bezeichnend, daß von den Führern des Luftschiffes keinerlei Verbandzeug herausgegeben wurde, und es muß angenommen werden, daß solches nicht zur Stelle war. Es verging nahezu eine halbe Stunde, ehe sich Kutschmann des Luftschiffes um den Verletzten kümmerten. Erst als Automobile aus Bieddorf kamen, bejamm man sich des Schwerverletzten und es hielt jetzt ein Ingenieur für geboten, sich des Kranken anzunehmen. Seine erste Tat war aber die, daß diejenigen Personen, die den Verletzten verbunden hatten, sofort von dem Grundstück getrieben wurden, und daß ihnen erklärt wurde, daß sie hier nichts zu suchen haben. Also erst können sich fremde Personen des Verletzten annähern; wenn sie aber ihre Pflicht erfüllt haben, werden sie ohne weiteres davon getrieben.

Durch seine eigene Todesanzeige suchte sich ein Heiratschwindler von zwei Bräuten zu befreien, die die Kriminalpolizei gegen ihn zu Hilfe gerufen hatten. Der Registrator Felix Beunert aus Königsberg i. Pr. hatte zwei Bräute zu gleicher Zeit. Eine von diesen brachte er in der Provinz unter, die zweite nahm er nach Berlin mit, als er hierher übersiedelte. In Berlin aber schaffte er sich gleich auch noch eine dritte Braut an, und diese heiratete er endlich, nachdem er die beiden anderen unter allerhand Vorspiegelungen und durch sein Geberdreden gründlich ausgebeutet hatte. Als die beiden betrogenen Bräute von der Heirat mit der Dritten erfuhr, machten sie beide Anzeige und liegen auch den Treulosen selbst nicht darüber im Zweifel, daß sie ihn zur Verantwortung ziehen wollten. Bald darauf erschien in einer Königsberger Zeitung die Notiz, daß der bekannte Registrator Felix Beunert auf der Reise nach Mailand im Eisenbahnzuge plötzlich gestorben sei. Man habe ihn in Mailand begraben, weil die Hinterbliebenen nicht in der Lage gewesen seien, die Leiche zur Bestattung nach der Heimat zu holen. Die Königsberger Kriminalpolizei traute der Meldung nicht recht, erlaubte sich in Mailand und erfuhr so, daß dort von dem Tode und der Beerdigung des Registrators nichts bekannt war. Das teilte sie auch der hiesigen Kriminalpolizei mit. Diese forschte nun weiter nach, ermittelte die Wohnung des Geflüchten, rief ihn aus den Klitterwöckchen heraus und brachte ihn nach Koabit. Es ergab sich, daß der Schwindler die Beiratsnotiz selbst veranlaßt hat, um sich allen Nachstellungen zu entziehen.

Eine Revolvergeschichte verlegte am Sonntag früh die Bewohner des Hauses Vossstr. 9 in Aufregung. Es wird uns darüber folgendes berichtet: Der Revolver Wilhelm L., der im Hause Vossstr. 24 wohnte und früher bei dem Cafetier J. beschäftigt war, feuerte Sonntag morgen gegen 7 1/2 Uhr, im Flur des Hauses Vossstr. 9 drei Revolvergeschosse auf die Frau des J. ab, durch die sie an der rechten Brust

und linken Schulter schwer verletzt wurde. Dann sagte er sich selbst die vierte Angel in den Mund. Während man Frau W. nach dem Josephs-Krankenhaus in der Niederwallstraße brachte, fand der ebenfalls schwer verletzte Täter im Urban-Krankenhaus Aufnahme. Der Schießer soll ein Liebesverhältnis zugrunde liegen.

Gerüchte von einem Raubmordversuch waren am Sonntag in der Gegend der Eisenbahnstraße verbreitet, erwiesen sich jedoch als nicht zutreffend. Ein Mädchen, die unter Kontrolle stehende Anna Schulte, war in ihrer im Hause 36 belegenen Wohnung von einigen jungen Puffern schwer misshandelt und verletzt worden. Die Liebesaffäre gab, als sie später zu sich gekommen war, an, daß es sich lediglich um einen Racheakt handeln könne. Sie meinte dabei, daß sie das Opfer einer Verwechslung geworden sei. Die Sch. ist, wie festgestellt wurde, dem Traume ergeben und sehr janzschäftig. In ihrem Zimmer fehlte nichts.

Aus der vierten Etage auf den Hof gestürzt hat sich am Sonntagabend in der Kolonialstraße 82 die Arbeiterin Elie Mann; sie wurde mit einer schweren Schädelverletzung nach dem Virchow-Krankenhaus gebracht, starb aber unterwegs. Ein Liebesverhältnis ist die Ursache zu dem Schrit.

Kauf graunige Weife hat der 20 Jahre alte Bädergefelle Johannes Gundshagen aus Gram über den Tod seiner Frau Selbstmord verübt. In seiner Laube an der Landsberger Allee begoß er sein Bett mit Petroleum, legte sich hinein, steckte es an und schob sich zu gleicher Zeit eine Kugel in die rechte Schläfe. Als Rauch in den brennenden Raum eindrang, fanden sie Gundshagen als verkohnte Leiche auf.

Wer sind die Toten? Sonntagvormittag wurde am Kupfergraben gegenüber der Dorosteenstraße die Leiche einer noch unbekanntes Frau aus dem Spreelanal gefunden. Die Tote, die ihrem Äußeren nach dem Arbeiterstande angehört zu haben scheint, ist ungefähr 60 bis 65 Jahre alt und 1,58 bis 1,60 Meter groß, hat meliertes Haar und trug eine schwarze und rot karierte Taille, einen blauen Ueberrock mit schwarzem Samtband und darüber einen zweiten schwarzen Ueberrock, schwarze Strümpfe und Gummihandschuhe. Am Nabelsteg wurde Sonntagmittag ein ebenfalls noch unbekanntes, etwa 35 bis 40 Jahre alter Mann aus der Spree gefunden. Der Tote, dessen Leiche schon lange Zeit im Wasser gelegen haben muß, ist etwa 1,68 bis 1,70 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar, etwas Blase, einen kleinen, dunklen Schnurrbart und eine Habichtsnase und trug eine grau-schwarze gestreifte Hose und Weste, grauwollene Strümpfe und schwarze Samtschuhe. In seinen Taschen befanden sich vier Schlüssel. Die Leichen wurden nach dem Schauhaus gebracht.

Zeugen gesucht. Diejenigen Personen, die am Freitagvormittag gesehen haben, wie ein kleiner Anabe in Reußln, Hermannstraße, Ecke Reimstraße, von einem Straßenbahnwagen der Linie 94 überfahren wurde, werden gebeten, ihre Adresse an Albert Dinsie, Reußln, Emier Str. 128, abzugeben.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend hat mit dem 31. Dezember 1912 die erste Hälfte ihres 14. Geschäftsjahres abgeschlossen.

Der Umsatz in ihren Verkaufsstellen betrug in dieser Zeit 6 833 518 M., gegen 4 467 592 M. im gleichen Zeitraum des 13. Geschäftsjahres. Die Steigerung betrug mithin 2 335 920 M., gleich 51,04 Proz.

Wenn diese Steigerung auch in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres anhält, woran nicht zu zweifeln ist, dann wird das gesteckte Ziel, mit dem Umsatz auf über 15 Millionen zu kommen, glatt erreicht.

Der Umsatz im Monat Dezember 1912 betrug 1 347 420,40 Mark. Die Steigerung gegenüber dem gleichen Monat des vorigen Jahres betrug hier nur 34,27 Proz.

Nun kann man von dem Umsatz eines einzelnen Monats nicht auf die Ergebnisse des ganzen Jahres schließen! Doch im Dezember betrug der Umsatz nur um 34,27 Proz. gestiegen ist, liegt wohl daran, daß in diesem Jahre ein Freitag und ein Sonnabend weniger in den Dezember gefallen sind als im Jahre 1911. Der Januar läßt bereits erkennen, daß das Geschäft lebhaft einsetzt und in der Umsatzsteigerung, wenigstens prozentual, den Dezember schlagen wird. So wie der Umsatz in den Verkaufsstellen, haben sich auch die Produktionsbetriebe der Genossenschaft erfreulich fortentwickelt.

In der Bäckerei wurden in diesen 6 Monaten für 1 802 197 M. Brot und Backwaren hergestellt, das ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des vorigen Jahres eine Steigerung von 620 199 M., gleich 90,83 Proz. Diese Steigerung muß als sehr erfreulich bezeichnet werden und beweist, daß die Mitglieder der Konsum-Genossenschaft mit den in ihren eigenen Produktionsbetrieben hergestellten Waren außerordentlich zufrieden sind.

Am 13. Geschäftsjahr betrug der Gesamtumsatz in der Bäckerei 1 700 000 M. Wenn nun in einem halben Jahre bereits für 1 802 197 Mark Backwaren hergestellt worden ist, so wird zweifellos am Schlusse des Geschäftsjahres ein Umsatz von 2 1/2 Millionen erreicht sein.

In der Kaffeerösterei wurden im ersten Halbjahre 315 000 Pfund Rohkaffee verbräutet, gegenüber 187 338 Pfund im gleichen Zeitraum des vorigen Geschäftsjahres.

Bekannt ist, daß die Konsumgenossenschaft Seltenerwasser und Brauselimonaden ebenfalls fabriziert und wurden in den sechs Monaten 287 220 Flaschen abgezogen, gegen 153 605 im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres.

Die Konsumgenossenschaft hat, wie wir ebenfalls schon des öfteren erwähnt, den Verlauf des russischen Fleisches übernommen. Sie unterzieht im Laufe des Monats Dezember 31 Räden, wovon 27 in Berlin, 3 in Wilmersdorf und 1 in Pantow sind. Der Umsatz in diesen Räden betrug 284 502 M. Gegenüber den Vertrieben einiger Interessenten, die Zufuhr russischen Fleisches aufzuheben, kann nicht scharf genug hervorzuheben werden, daß gerade diese gewaltigen Umsatzziffern die Notwendigkeit, auch ferner russisches Fleisch einzuführen, darlegen. Es ist eben das Bedürfnis nach billigerem Fleisch vorhanden und dem muß Rechnung getragen werden, selbst auf die Gefahr hin, daß unsere Agrarier und sonstige Interessenten nicht auf ihre Rechnung kommen. Wie unseren Lesern bekannt ist, hat nunmehr auch die Gemeinde Friedrichsfelde der Konsumgenossenschaft den Fleischverkauf übertragen, weil sie mit den Schlächtermeistern außerordentlich schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaft stieg auf rund 67 000. Das ist im Zeitraum von 6 Monaten eine Steigerung von 11 000 Mitgliedern.

An Spargeldern verwaltete die Konsumgenossenschaft am 31. Dezember 1912 2 719 848 M., gegen 1 400 000 M. an demselben Tage des Jahres 1911.

Diese Zahlen beweisen, daß das Vertrauen der Mitglieder zu ihrem Unternehmen ein fortgesetzt größeres wird, es beweist aber auch, daß die genossenschaftliche Ueberzeugung immer weitere Kreise zieht und die Bewegung nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe geht.

Vorort-Nachrichten.

Wilmersdorf-Dalensee.

Zur Landtagswahl. Eine besondere Schönheit des preussischen Dreiklassenwahlrechts tritt aus Anlaß der Erbgewahl, die im nächsten Monat im Kreise Teltow-Geesow-Wilmersdorf stattfinden soll, ans Licht. Nach dem Wahlgesetz gilt das Amt der bei der Hauptwahl gewählten Wahlmänner bekanntlich die ganze Belegungsperiode hindurch. Nun können die Wahlmänner ihr Amt aber nur dann weiter ausüben, wenn sie in ihrem bisherigen Bezirk wohnen bleiben. Diese Bestimmung, die die stetigen Verhältnisse einer längst entschwundenen Zeit zur Voraussetzung hat, paßt aber

in die Gegenwart wie die Faust aufs Auge. So müssen in Wilmersdorf in fast allen Umwohnbezirken Nachwahlen der Wahlmänner vorgenommen werden. Von den 42 Wahlbezirken, in die das Stadtgebiet zu den Wahlen von 1908 eingeteilt war, bleiben nur ganze drei übrig, in denen überhaupt keine Wahlmänner neu zu wählen sind. In sämtlichen übrigen Wahlbezirken hingegen haben die Wähler aller oder doch einzelner Abteilungen an den Wahltag zu treten. Die Stadt Wilmersdorf hatte 1908 im ganzen 264 Wahlmänner zu stellen, jedoch kam damals die Wahl von vier Wahlmännern nicht zustande, während die Wahl von 15 Wahlmännern für ungültig erklärt wurde. Von den übrig bleibenden Wahlmännern sind seitdem 14 verstorben; nicht weniger als 112 jedoch sind verstorben, so daß im ganzen 131 Wahlmänner neu gewählt werden müssen. Die Zahl der Erbgewahlen verteilt sich fast gleichmäßig auf alle drei Abteilungen; es sind zu wählen in der ersten Abteilung 89, in der zweiten Abteilung 37 und in der dritten Abteilung 41 Wahlmänner. Die geschiederten Schwierigkeiten müssen natürlich überwunden werden. Dazu gehört, daß die Genossen und Genossinnen mit allem Eifer ihre Pflicht tun.

Tempelhof.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende O. Ewald zunächst einen ausführlichen Bericht über den preussischen Parteitag. Der Redner betonte besonders, daß der Parteitag in bezug auf die Wahlstatistik bei den kommenden Landtagswahlen den Gegnern jede Täuschung genommen hat, indem er uns einen zielbewußten, klaren Weg weist.

Aus dem Bericht des Vorstandes ist zu entnehmen, daß sich der Mitgliederbestand seit 1. Juli v. J. um 34 erhöht hat und gegenwärtig 579 (501 männliche und 78 weibliche) beträgt. Die Versammlung ehrte das Andenken der verstorbenen Genossen Franke und Hoffard in der üblichen Weise. — Die Zahl der „Vorwärts“-Lejer hat sich von 756 auf 787 erhöht. — In Versammlungen fanden 2 öffentliche und 6 Mitgliederversammlungen statt, außerdem zwei Flugblattverbreitungen. — Der vom Genossen Niehn erstattete Klassenbericht weist im 2. Quartal eine Einnahme von 674,52 M. und eine Ausgabe von 615,48 M., so daß ein Bestand von 59,04 M. verbleibt. — Zum zweiten Kassierer wurde Genosse Johannes Müller, als Beisitzerin Frau Schmach und als Bezirksführer für Neu-Tempelhof (Tempelhofer Feld) Genosse Stelaff gewählt. — Eine Anfrage, was der Vorstand gegen diejenigen Genossen unternimmt, die gesperrte Lokale besuchen, wurde dahin beantwortet, daß zunächst die Namen derjenigen Genossen festzuhalten sind, um gegen dieselben unweigerlich das Ausschlussverfahren einzuleiten. Es müßte Ehrenpflicht auch jedes gewerkschaftlich organisierten Arbeiters sein, die nicht den Arbeitern zur Verfügung stehenden Lokale streng zu meiden.

Neuföhn.

Eine besonders von Frauen Karl besuchte Versammlung im Gesellschaftshaus von Jella, Anseebest. 48/49, hörte einen von den städtischen Werken veranlasseten Vortrag über „Moderne und praktische Gasverwertung im Haushalt“. Verbunden war der Vortrag mit einer sehr reichhaltigen Ausstellung von Beleuchtungskörpern der verschiedensten Systeme, sowie von Koch-, Wasch-, Heiz-, Wasch- und Badeapparaten. In dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag wurde den Anwesenden von Angestellten der städtischen Werke in eingehender Weise der Wert und speziell die Wichtigkeit des Gases anderen Beleuchtungsarten gegenüber vor Augen geführt. Durch entsprechendes Entgegenkommen der Gasanstalt, betreffs Anschaffung der einzelnen Einrichtungen, sei es auch den ärmeren Familien möglich, in ihren Haushaltungen davon Gebrauch zu machen. In der Versammlung kam der Wunsch zum Ausdruck, daß im Interesse des größeren Teils der hiesigen Einwohner derartige Veranstaltungen wiederholt werden müßten.

Am Mittwoch, den 22. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet die Generalversammlung des Elternvereins für Sport und Wandern bei Weigelt, Steinmehlgasse, 93, statt.

Eine kleine Wachtuchtasche mit circa 20 Beitragsmarken des Bauarbeiterverbandes ist am Sonntagvormittag zwischen 8 und 4 Uhr in der Steinmehlgasse verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe im Verbandsbureau, Engelwieser 15 III abzugeben.

Treptow-Daumschulenvog.

Die diesjährige Gemeindeväherliste für die Wahlen zur Gemeindevertretung zeigt wieder einmal das Dreiklassenwahlrecht in seiner kraftesten Form. Die Gemeinde zählt nach dieser Liste 6093 Wähler (1912: 5471), die insgesamt 1 894 068,40 M. Steuern zahlen (1912: 1 249 511,08 M.). Nach der hiernach vorgenommenen Teilung, wonach auf die erste Wählerabteilung 1/3, auf die zweite 1/3 und auf die dritte 1/3 der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler entfallen, gehören zur ersten Klasse 18 Wähler (1912: 16) mit der Steuersumme von 584 853,04 M. (1912: 628 949,36 M.), zur zweiten Klasse 503 Wähler (1912: 433), die 462 864,25 M. Steuern aufbringen (1912: 412 287,93 M.), und zur dritten Klasse gehören 5511 Wähler (1912: 5024), die 846 351,11 M. Steuern aufbringen (1912: 308 874,04 M.). Danach haben 306 Wähler der dritten Klasse nur so viel Recht wie ein Wähler der ersten Klasse.

Die erste Klasse beginnt mit dem Steuerbetrage von 103 914,16 M. und schließt mit 6240,37 M., die zweite Klasse beginnt mit 6137,82 M. und schließt mit 287 M.

Auf die einzelnen Wahlbezirke verteilen sich die 5511 Wähler dritter Klasse folgendermaßen: 1. Bezirk: 1021 Wähler, 2. Bezirk: 1847 Wähler, 3. Bezirk: 912 Wähler und der 4. Bezirk: 2231 Wähler.

Ein großer Schuppenbrand wütete in der Nacht vom Sonntag zum Montag in der Riechholzstraße 49. Auf dem Grundstück befand sich ein großer Lagerstuppen der Holzhandlung von Gustav Schula, in dem ein großer Kasten Weinfässer aufgeschichtet war. Hier entstand das Feuer, vermutlich infolge von Brandstiftung, und in kurzer Zeit stand der ganze Schuppen in hellen Flammen. Die Bewohner der umliegenden Häuser waren anfangs durch Rauch und Flugfeuer gefährdet, doch gelang es der Treptower Feuerwehr, den Brand auf den Schuppen und einen darunterliegenden Restraum zu beschränken. Die Löscharbeiten nahmen über drei Stunden in Anspruch. Die Fabrikalondräume der Firma sind vom Feuer verschont geblieben.

Adlershof.

Aus der Gemeindevertretung. In der Dezemberfeier war als Mitglied der Armenkommission auf Vorschlag der 1. Abteilung der Fabrikinspektor W. gewählt worden. W. nahm die Wahl jedoch nicht an, da er bereits einige Remter inne hat und auch sonst mit Arbeiten überlastet ist. Die Neuwahl eines anderen Mitgliedes wurde bis zur nächsten Sitzung vertagt. — Die Diätäre ersuchten die Gemeindeverwaltung um Zahlung der ganzen Beiträge zur Angestelltenversicherung. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß der Amtsvorstand von Adlershof, sowie auch die Gemeinden Grünau und Rariefelde alle Beiträge übernommen haben und empfahl, dem Besuche stattzugeben. Von unseren Genossen wurde der Antrag ebenfalls unterzucht, unter dem Hinweis, daß eine dahin gehende, vom Genossen Jabel in der Dezemberfeier gebrachte Anregung zwar keine Berücksichtigung gefunden hatte, jetzt aber vielleicht eine Umänderung bei einigen Gemeindevorstehern eingetreten sei. Unser Redner erinnerte nochmals an die größeren sozialen Pflichten einer Gemeinde gegenüber ihren Angestellten. Es war aber vergebens; bei der Abstimmung stimmten außer unseren Genossen nur noch der Bürgermeister für das Gesuch der Diätäre. Eine Lehrerin hatte, ohne der Verwaltung davon Kenntnis zu geben, einen orthopädischen Kursus mitgemacht und verlangt jetzt von der Gemeinde Zurückzahlung der ihr entstandenen Kosten. Dieser Antrag wurde abgelehnt. In der zweiten Gemeindevor-

(Mädchenschule) waren verschiedene Kleidungsstücke im Gesamtwert von 11,25 M. gestohlen worden. Die Eltern hatten an die Schulgenossenschaft Erbschaftsprüfung gestellt. Die Schuldeputation hat diese Ansprüche abgelehnt und sie empfahl die Ablehnung auch der Gemeindevorstellung. In der anschließenden Diskussion gingen die Meinungen über die Erbschaftsprüfung weit auseinander. Unsere Genossen traten dafür ein, daß den Eltern der Schaden ersetzt werden soll, selbst wenn die Gemeinde rechtlich nicht dazu verpflichtet sei. Die moralische Pflicht besteht sicher, und hier um so mehr, als es sich um Fälle handelt, wo die Eltern mittellos und in einem Fall der Vater des Kindes lange Zeit arbeitslos war. Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Erbschaftsprüfung mit acht gegen sieben Stimmen. Es soll den Antragstellern möglich gemacht werden, auf dem Klagewege die Angelegenheit rechtlich zu klären und für die Gemeinde eine prinzipielle Entscheidung zu schaffen. Genosse Jabel rief den Gegnern ins Gedächtnis, daß es sich hier um Eltern handelt, die einen Prozeß gegen die Gemeinde nicht durchhalten könnten, aus diesem Grunde werde für die Gemeinde nichts gewonnen, trotzdem erfolgte die Ablehnung. Der Errichtung eines Hypothekennamens zur Gewährung zweiter Hypotheken wurde im Prinzip zugestimmt. In den hierfür erzielten Ausschuss wurden auch die Genossen Büttner und Jabel gewählt. Die Erringung der Mitgliedschaft bei der „Gesellschaft für Befämpfung der Arbeitslosigkeit“ wurde abgelehnt. Es handelt sich um eine Vereinigung, welche für die praktische Arbeitsvermittlung zunächst so gut wie gar keinen Wert hat es stimmt aus diesem Grunde auch unsere Genossen dagegen. Unter „Verschiedenes“ teilte der Bürgermeister mit, daß der Sanalisationsfonds 204 179,80 M. beträgt.

Seinersdorf (Niederbarnim).

„Auf zur Gemeindevorstellung“ lautete das Thema einer öffentlichen Versammlung bei Radbag, in der Genossenschaftsmitglied Genosse K. auf Sonntag referierte. Redner entwickelte in kurzen, aber treffenden Ausführungen das sozialdemokratische Kommunalprogramm. Die Diskussion wurde fast ausschließlich von den Bürgerlichen bestritten. Zunächst sprach Gemeindevorsteher Kulaus unserem Redner seinen warmsten Dank für seine trefflichen Ausführungen aus, die ihn vollkommen überzeugt zu haben schienen. Im weiteren Verlauf der Diskussion nahm auch Gemeindevorsteher Heim das Wort, um den bekannten Streit Bürgerverein kontra Grundbesitzerverein weiterzuführen. Darauf erfolgte die Nominierung der Kandidaten zu der am heutigen Dienstag, den 21. Januar, nachmittags von 5—7 Uhr im Lokal von Gause, Kaiser-Wilhelm-Str. 19/20, stattfindenden Wahl zur Gemeindevorstellung in der dritten Wählerklasse. Die Kandidaten der Sozialdemokratie sind: Fabrikarbeiter Franz Ried, Linienstr. 60; Transportarbeiter Karl Schmidt, Kaiser-Wilhelm-Str. 12; und Tischler Otto Christoph, Linienstr. 60. — Pflicht eines jeden wahlberechtigten Arbeiters ist es, zur Wahl zu gehen und den Kandidaten der Sozialdemokratie die Stimme zu geben.

Serzfelde.

Die seinerzeit von der Gemeindevorstellung beschlossene Einführung des Sechsstufen-Systems für die hiesige Volksschule ist jetzt von der Regierung abgelehnt worden. Es muß daher das Seidenklassen-System für die Schule beibehalten werden und für die Anstellung der noch fehlenden Lehrkräfte geforgt werden.

Friedrichsfelde.

Die Gegner der Gemeindegasanstalt versuchen weiter hinter den Kulissen gegen die Beschlüsse der Gemeinde anzukämpfen. Bekanntlich soll die geplante Gemeindegasanstalt, deren Konfessionierung beim Kreisaußschuß noch geprüft ist, bereits am 1. Januar 1913 in Betrieb genommen werden; ob dieser Termin eingehalten werden kann, erscheint indessen fraglich. Solange mit dem Bau noch nicht begonnen ist, hoffen die Gegner immer noch, denselben zu vereiteln. Der derzeitige Vertrag mit der Englischen Gasgesellschaft mußte laut Beschluß der Gemeindevorstellung bis 31. Dezember 1912 gekündigt werden. Am Ende des Jahres 1912 verlangte plötzlich Herr Bürgermeister Ungewitter, daß in einer am 23. Dezember tagenden geheimen Sitzung noch einmal beschlossen werde, ob der Vertrag wirklich gekündigt werden solle. Die Gegner der Gemeindegasanstalt schleppen den letzten Mann heran. Begründet wurde diese neue Abstimmung mit einem besonderen Angebot der Englischen, wonach der Vertrag nur bis 1940 laufen sollte. Die Gesellschaft wolle dann an die Gemeinde 8,1 Proz. der Bruttoeinnahme des innerhalb der Gemeinde verlaufenden Gases zahlen. — Bis 1933 waren 9,46 Proz. angeboten. — Außerdem sollte die Gemeinde sofort 300 000 M. bekommen. Dieser Vertrag sollte jedoch bereits zum Jahre 1925 kündbar sein, aber — die Gemeinde müßte dann die 300 000 M. ohne Zinsen zurück zahlen. Die Gesellschaft wollte außerdem noch die bisher der Gemeinde entstandenen Kosten für Sachverständige ufm. tragen. Mit diesem für Unerwartetes verlockenden Angebot sollte die Gemeinde gefördert werden. Um so mehr, als die Gemeinde zurzeit gerade ein Darlehen zu den Schulbauten sucht. In der fraglichen Sitzung wurde nachts gegen 1 Uhr mit 20 gegen 2 Stimmen beschlossen, den Vertrag mit der Englischen zum 31. Dezember 1912 zu kündigen. Die Englische hat sich hierauf erboten, auch nach dem 31. Dezember 1912 noch Gas zu liefern, falls die Gemeindegasanstalt noch nicht betriebsfertig ist. Trotz der erfolgten Kündigung des Vertrages wird die öffentliche Meinung abermals irreführen gesucht. In der Ortzeitung wurde vorige Woche der durch die Englische Gasgesellschaft angebotene Vertrag bis 1940 zum Abdruck gebracht, mit und für sich wäre diese Veröffentlichung ganz angemessen. Die Art und Weise aber, wie dies geschieht, gibt zu Bedenken Anlaß. Es heißt zu Anfang: „Ueber diese für die fernere Entwicklung der Gemeinde außerordentlich wichtige Angelegenheit ist uns ein Schreiben der Gasanstalt Oberspreewald u. S. G. zur Veröffentlichung übergeben worden usw.“ Der Schluß lautet folgendermaßen: „Wir erachten es für notwendig, daß sich die beiden Grundbesitzervereine von Friedrichsfelde und Rariefeld mit diesen Bedingungen etwas eingehender beschäftigen.“ Hiedbei der Öffentlichkeit kann nur sein, den Bau der Gasanstalt nicht in Angriff zu nehmen, sondern durch nochmalige Beschlußfassung den neuen Vertrag mit der Englischen abzuschließen. Der Artikelschreiber in der Ortzeitung hat jedoch verstanden die Summe zu nennen, die bis 1925 — dem ersten Kündigungstermin — der Gemeinde zuzuführen a) von der Englischen, b) aus dem eigenen Werk. Die Englische würde bis 1925 inkl. Zinsen für die 300 000 M. rund 922 504 M. zahlen. Bei demselben Konsum würde die Gemeinde mit eigenem Gaswerk bis 1925 rund 1 181 283 M. Uebereschuß erzielen. Kähler, dem hat die Gemeinde die Straßendeleuchtung zu den Selbstkosten. Man braucht kein Rechenkünstler zu sein, um zu sehen, wobei die Gemeinde vorzuziehen ist. Es interessiert aber bei der Wahl im Ortzeitung auch noch der Einsender derselben. Der Nachtragvertrag ist den Gemeindevorstellern als geheim bekanntgemacht. Die Verhandlung fand in geheimer Sitzung statt. Die ganze Art der Einleitung läßt beinahe den Verdacht zu, als ob der Artikel aus dem Genossenschaftsbureau stammt. In der nächsten Gemeindevorstellung wird der Gemeindevorsteher hierüber Auskunft geben müssen!

Nieder-Schönhausen.

Aus der Gemeindevorstellung. Als Beihilfe zu den Schulkosten hat die Regierung die harrende Summe von 8000 M. überwiesen. Des weiteren hat der Kreis zu der Asphaltierung der Kaiser-Wilhelmstraße einen Zuschuß von 7500 M. geleistet. Ferner ist vom Landrat die Mitteilung eingegangen, daß das Gesuch um Errichtung eines Hypothekennamens dem Minister vorgelegt werden soll. Dem Verein Rariefeld wurde zur Unterhaltung einer Suppenküche für arme Schulkinder eine Beihilfe von 150 M. gewährt. Die zahnärztliche Behandlung der Schulkinder hat an Stelle des Zahnarztes Jalamicz-Banlaw der hiesige Zahnarzt Dr. Kaufmann, Kaiser-Wilhelmstr. 15, übernommen. Die Sprez-

stunden für die Schulkinder finden von nachmittags 3—5 Uhr statt. Hierauf entspann sich in geheimer Sitzung eine lange Debatte darüber, ob einer amerikanischen Gesellschaft, die auf dem Gelände an der Wankenburgstraße gegenüber der Preussischen Holzspalterfabrik eine große Gerberei nach dem neuesten System zu errichten beabsichtigt, sich dort niederlassen dürfe. In der Fabrik sollen circa 1000 Personen beschäftigt werden. Im Prinzip erklärte sich die Vertretung mit der Errichtung dieser Fabrik einverstanden, jedoch sollen der Gesellschaft strenge Bedingungen bezüglich der Abwässer gestellt werden, da befürchtet wird, daß durch die Gerberei üble Gerüche entstehen.

Rüdersdorf.

Abbruch vom Gerüst. Der 21 Jahre alte, beim Neubau des Rüdersdorfer Portlandzementwerkes C. D. Wegener beschäftigte Arbeiter Kriech, stürzte am Sonnabendnachmittag von einem 24 Meter hohen Gerüst infolge Bretterbruchs in die Tiefe. Durch die ungeheure Wucht des Anfalls erlitt der Bedauernswerte zahlreiche Knochenbrüche und innere Verletzungen. In völlig hoffnungslosem Zustande wurde er ins Verbandskrankenhaus gebracht.

Hohen-Schönhausen.

Die Gemeindevertretung hatte in der letzten Sitzung über die Aufbringung der Kosten für die Brauch- und Regenwasserkanalisation zu beschließen. Nach den Berechnungen des Ingenieurs zeigt sich das laufende Frontometer für ersteres bei Bauklasse A auf 40 M., für Bauklasse B auf 30 M. Die Regenwasserkanalisation kostet ohne Unterschied 25 M. pro Frontometer, während 10 Proz. der gesamten Kosten durch die allgemeine Steuerklasse getragen werden. Die Grundbesitzer- und Bauerschaft als Gutsbesitzerin im ehemaligen Gutsbezirk hatte dieselbe die Kanalisation ausgebaut und ihre Grundstücke mit Verrechnung der ihr daraus gewordenen Kosten vertreiben. Trotzdem sollen die Inhaber solcher Grundstücke zu Beitragsleistungen herangezogen werden, weil diese Kanalisation durch den Ausbau der dazu gehörenden, aber nicht mehr genügenden Pumpstation, sowie durch die Verlegung eines Druckrohrs zur Ueberführung der Abwässer nach Weiskow, und durch den Bau eines Sammlers, Unkosten verursachen, welche nur auf die Anlieger im ehemaligen Gutsbezirk verteilt, 48 M. pro Frontometer ausmachen würde. Durch die allgemeine Verteilung wird dieser Betrag bis auf 40 resp. 30 M. herabgesetzt. Auch die Anlieger einiger Straßen in Hohen-Schönhausen hatten auf eigene Rechnung eine Kanalisation bauen lassen. Diese würde bei der Aufschließung des Hinterlandes nicht entfernt ausreichen, wodurch der Neubau der gemeindlichen Kanalisation notwendig ist und diese Anlieger dann doppelte Kosten zu tragen haben. Die endgültige Beschlußfassung wird in der nächsten öffentlichen Sitzung erfolgen. Die Uebernahme der Nachwachsebenen in die Amtsverwaltung wurde von den Genossen Thiele und Reiser bekämpft, weil die Vertretung sich des Befugnisrechtes über diese Beamten begeben würde. Die Vorlage wurde angenommen. Der Vertrieb des russischen Fleisches hat am 4. d. M. begonnen. Derselbe hat sich äußerst günstig gestaltet. In den ersten 10 Tagen ist für 3170 M. umgesetzt worden. Der 30 M. betragende Wochenlohn ist dem von der Gemeinde angestellten Schächter daraufhin entzogen worden, weil selbiger pro Pfund ungefähr 6 Pf. verdient. Genosse Obermeyer wandte sich dagegen, daß die Entlohnung durch den erzielten Ueberschuß ersetzt werden soll; den Ueberschuß sollte man zur Herabsetzung der Fleischpreise benutzen. Der Gemeindevorsteher erklärte, daß die Preise mit den Berliner Preisen übereinstimmen, im übrigen bleibe dem Schächter sein Wochenlohn auch garantiert, wenn weniger wie 15 Zentner pro Woche verkauft würden.

Spandau.

Der hiesige Verkauf von Seefischen auf den hiesigen Wochenmärkten wird vorläufig für diese Woche ausgesetzt, angeblich weil die Fänge gering und die Preise außerordentlich hohe seien. — Russisches Fleisch wird jedoch am Freitag dieser Woche wieder in guter Qualität und billigen Preisen bei den noch bekannt zugehenden Schächtermeistern zum Verkauf gelangen.

Röntgenal, Zepernitz, Buch.

Preussische Freiheitstämpfe lautete das Thema, über das Genosse Dr. Breitfeld in einer öffentlichen Versammlung im Lokal von Marg (Goldhaus), Röntgenal, referierte. Die Ausführungen des Redners wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Vor und nach dem Vortrage brachte der Arbeitergesangsverein „Frisch voran“, Röntgenal zwei stimmungsvolle Gesangsbeiträge zu Gehör der Versammelten. Nachdem sich verschiedene Anwesende zur Aufnahme in den Wahlverein gemeldet, wurde die Versammlung mit Wah-

worten des Versammlungsleiters sich der Organisation in Massen zuzuwenden, geschlossen.

Oranienburg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Der Etatskommission gehört u. a. auch Genosse Paris an. Die Wahl- und Petitionskommission soll sich in Zukunft aus den fünf Vorstandsmitgliedern und zwei weiteren Stadtverordneten zusammensetzen. Von uns ist in dieser Kommission Genosse Jerke vertreten. Nach einem früheren Beschluß sollen die Sitzungen alle 3 Wochen abgehalten werden, und zwar stets am Mittwoch. Zum Beigeordneten wurde auf eine Amtsdauer von 6 Jahren der Stadtv. Fleischermeister Emil Kriebitz gewählt. Zur Unterbringung des Baggerbodens bei der Havelregulierung sind Wiesenflächen von der Remontedepots-Administration Vorkauf benützt worden. Im Nacht werden für die circa 6 1/2 Hektar große Fläche per Hektar 70 M. gefordert. Der Magistrat beantragt, ihn zum nachträglichen Abschluß des Vertrages zu ermächtigen und die rund 400 M. jährlich zu bewilligen. In dem hierzu vorliegenden Vertrage wird die Stadt verpflichtet, neben Zahlung der Pachtsumme den Boden zu einem guten Ackerlande herzurichten und mit Hackfrüchten zu bestellen. Die Kosten hierfür dürfen sich auf tausende von Mark belaufen. Bei Verpachtung des Bodens an einen Dritten haftet die Stadt für alle existierenden Schäden. Der Vertrag kann nur von der Administration genehmigt werden und zwar jederzeit, wenn aber die Stadt einen Antrag auf Befreiung stellt, braucht die Administration diesem nicht eher stattzugeben, bis der Humusboden da ist. Allseitig wurde denn auch zugegeben, daß hier ein großes Verschulden vorliegt, insofern, als Baggerboden auf ein Terrain abgeladen wurde, welches der Stadt auch nicht einmal pachtweise gehört. Nun aber hat der Domänenfiskus es in Händen, der Stadt einen Vertrag vorzulegen, welcher an Härte nichts zu wünschen übrig läßt. Der Magistrat wird diesem einseitigen Vertrage wohl oder übel seine Zustimmung geben müssen, wenn er es nicht vorziehen sollte, das Terrain anzukaufen. Die Stadtverordnetenversammlung hat von der Angelegenheit bisher keine Kenntnis erhalten. Als von bürgerlicher Seite angeregt wurde, über diesen heissen Punkt nicht in öffentlicher Sitzung zu verhandeln, nahm unsere Fraktion Veranlassung, dieses Ansuchen in gebührender Weise zurückzuweisen. Nun endlich haben die Steuerzahler ein Recht zu erfahren, in welcher leichtsinniger Weise mit ihrem Gelde umgegangen worden ist. Im weiteren Verlauf der Debatte wurde beschlossen, eine gemischte Kommission einzusetzen. Dieser gehört auch Genosse Paris an. Die Straßenbeleuchtung soll nach einem von der Beleuchtungsdeputation aufgestellten Plane in einer ganzen Anzahl Straßen erweitert und verbessert werden. Der Magistrat beantragt die Aenderung der Beleuchtung zu genehmigen und die einmaligen Kosten mit 2806 10 M. zu den laufenden Kosten mit 1272,65 M. zu bewilligen. Auf Antrag unserer Fraktion sowie auch von bürgerlichen Vertretern wurden weitere Straßen in den Beleuchtungsplan aufgenommen und die hierzu notwendigen Mehrkosten bewilligt.

Die Festsetzung des Kanalisations-, des Schul- und Stadthaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1913 ergibt, daß der Kanalisationsetat in Einnahme und Ausgabe mit 77 500 M. schließt. Ursprünglich sollten die Hausbesitzer mit 6 1/2 Prozent des Gebäudesteuerzahlungswerts herangezogen werden. Beschlossen wurde, dieselben nur mit 4 1/2 Proz. heranzuziehen und für das erste Vierteljahr keine Kanalisationsabgaben zu erheben. Der Schuletat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 118 300 M., 100 000 M. müssen davon auf städtische Kosten genommen werden. In diesen Etat sind neu eingesetzt 500 M. für Schuljahrspflege und 500 M. für Bücher. Letzterer Betrag ist vom Armen- auf den Schuletat übernommen. Der Hauptetat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 545 000 M. gegen 481 000 M. im Vorjahre. Ein Fehlbetrag beläuft sich auf die Summe von 368 275 M. Infolgedessen muß eine Erhöhung des Einkommensteuergesetzes auf 100 Proz. vorgenommen werden. Ebenso wird die Grundamtssteuer für bebauten Grundstücke auf 3 pro Mille und für unbebaute auf 4 1/2 pro Mille erhöht. Nach kurzer Debatte gelangten familiäre Etats wie vorgesehen zur Annahme. In einem Schreiben der Oranienburger Danubiusgesellschaft wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, keine weitere Unterstützung zu gewähren, da jeder Pfennig, welcher in dieses Unternehmen hineingesteckt wird, weggeworfen ist. Unsere Fraktion hat diese Auffassung stets vertreten.

Rowanow.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend, nachmittags gegen 5 Uhr, in der Marienstr. Beim Spiel raunte das fünfjährige Söhnchen der Arbeiterin Lehmann gegen ein Fuhrwerk der Mineralwasserfabrik R. Schneiders, dabei kam er unter die

Räder, die ihm über Kopf und Keme gingen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die Augenzeugen bekunden, soll dem Aufseher keine Schuld treffen.

Die Gesamtzahl der Gemeindegewähler der dritten Abteilung beträgt laut der amtlichen Liste in diesem Jahre 5025. Auf die einzelnen Bezirke verteilt sich diese Zahl folgendermaßen: 1. Bezirk 1414, 2. Bezirk 1405, 3. Bezirk 988, 4. Bezirk 1163. Die Wählerzahl in der 2. Abteilung beträgt 752; davon entfallen auf den 1. Bezirk 405, auf den 2. Bezirk 347 Wähler.

Der Fernsprechnachdienst, den die zum gleichen Postbezirk gehörenden Gemeinden Rowanow und Klein-Blende vor einiger Zeit bei der Postbehörde beantragt hatten, soll am 1. April d. J. zur Einführung gelangen. Gespräche bis zu Dreiminutenauer sollen im Orts-, Nachbarort- und Vorortverkehr in der Zeit von 10 Uhr abends bis 7 Uhr früh 20 Pf. kosten.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Röpenitz. Freitag, den 21. Januar, im Rathausaal, Staatsberatung. **Franz-Buchholz.** Heute Dienstag, nachmittags 5 Uhr, im Sitzungssaal des Amtsgebäudes.

Hohen-Rowanow. Dienstag, den 21. d. M., abends 6 Uhr, im Sitzungssaal, Berliner Str. 134.

Hohen-Schönhausen. Dienstag, den 21. Januar, abends 6 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsgebäudes, Hauptstr. 50.

Rüdersdorf. Heute Dienstag, abends 7 Uhr, im Alperschen Saal.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, oben vier Treppen — 7. Stock —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Beitrag ist ein Buchende und eine Zahl als Werkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Resonanzbeurteilung beizufügen ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen trotz man in der Sprechstunde vor.

G. J. 39. 1. Sie sind fischensteuerpflichtig. 2. Und nicht bekannt. — **Tag. 5.** 1. und 2. Das hängt von Ihrer bezw. Ihrer Frau Bestimmung ab. 3. Ihre Frau gehört noch der jüdischen Gemeinde an. — **R. 2. 10.** Eine Weitervericherung ist zulässig. Es müssen innerhalb zwei Jahren mindestens 20 Marken einer beliebigen Lohnklasse erworben, bescheinigt und die Karte in derselben Zeit umgelappt werden. — **Schnau.** 1. Ja. 2. 24 1001 folgende Bürgerliches Gesetzbuch. — **R. G. 48.** Eine Verpflichtung dazu hat der Miet nicht. — **G. 2. 130.** Ein Ueberschuß ist nicht zulässig. Für den Fall des Ueberschußes müßte Klage beim Amtsgericht Newitzin erhoben werden. — **O. R. 12.** Warten Sie die Entscheidung seitens der Steuerbehörde ab. — **P. 3.** Sie können beim Amtsgericht Klage erheben. — **H. R.** Senden Sie sich an die Zentralkommission der Krankenkassen zu Berlin, Alexanderstr. 30/31. — **G. G. III.** In einer Behörde wäre das Wachen verpflichtet. Eine Unterbringung ins Arbeitshaus dürfte allerdings nicht erfolgen; jedoch wäre dies am 6. und des am 1. 10. 1912 in Kroll getretenen Abprüfungsgeleches immerhin möglich.

Witterungsübersicht vom 20. Januar 1913.

Stationen	Barometere hohb mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft u. d. Boden	Stationen	Barometere hohb mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. d. Luft u. d. Boden
Stolzenberg	758,0	SW	2	Webel	0	Haparanda	758,0	SW	2	Webel	-17
Hamburg	754,5	SW	2	Regen	2	Setersburg	756,0	SW	2	Regen	-12
Berlin	757,5	SW	1	bedeckt	1	Schlitz	739,0	SW	1	bedeckt	8
Kranf. a. M.	755,5	SW	1	Regen	1	Übersee	740,0	SW	1	Regen	6
München	759,5	SW	1	bed. bb.	-4	Paris	752,5	SW	1	wolkig	5
Wien	760,0	SW	1	bed.	-3						

Wetterprognose für Dienstag, den 21. Januar 1913.

Hierlich mild, zeitweise aufklarend, jedoch vorwiegend trübe mit Niederlagen und lebhaften südlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

J. Baer
Badstr. 28. Eke
Priaz.-Allee
Herren- und Knaben-
Moden, Berufs- und
Eleg. Paletots, Mäntel.
2. großes Stofflager 2.
zur Anfertigung n. Maß.
Joppen in jeder Preislage.
Allerbilligste, streng feste Preise.

Bruchbandagen,
Lalblinden, Garadhalter,
Irrigatore, Spritzen etc.,
Suspensorien, sowie
alle Artikel z. Krankenpflege
empfehlen
Fabrikant Pollmann,
jetzt Berlin N., Lohringstr. 60.
Eigene Werkstat. Lieferant für
Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. Januar, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen der Wahlkreise.

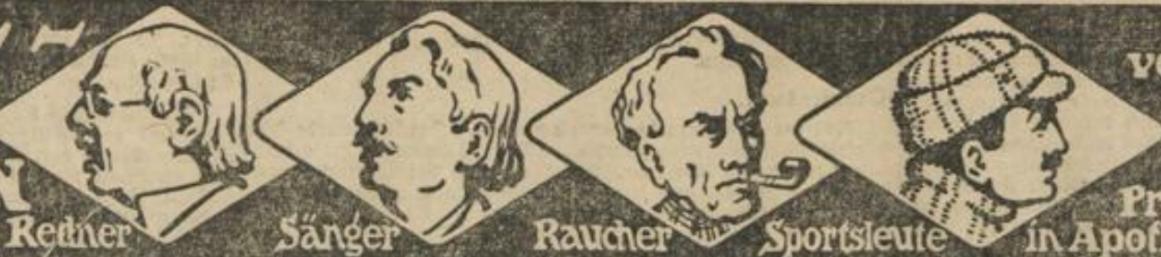
- 1. Wahlkreis**
in den Corona-Prachtsälen, Kommandantenstr. 72.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Verschiedenes.
- 2. Wahlkreis**
in Nifles Festsälen, Jenuewihrstr. 13.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Vereinsachen.
- 3. Wahlkreis**
im Gewerkschaftshaus, Engländer 15.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Diskussion.
3. Vereinsangelegenheiten.
- 4. Wahlkreis**
in folgenden Lokalen:
Brauerei Riebeck, Frankfurter Allee 53
Glysum, Landsberger Allee 40
Pockers Gesellschaftshaus, Weberstraße 17
Comeniusäle, Memeler Straße 67
Graumann, Nannysstraße 27
Südost, Waldemarstr. 75.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Verschiedenes.
Jedes Mitglied hat Zutritt.
- 5. Wahlkreis**
in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 18m.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.
2. Vereinsangelegenheiten.
- 6. Wahlkreis**
im Moabiter Gesellschaftshaus, Wickestraße 24.
Tagesordnung:
1. Berichterstattung vom preussischen Parteitag.

Die Besetzung der Generalversammlung im sechsten Wahlkreise erfolgt durch Delegierte. — Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch resp. Delegiertenkarte legitimieren, ohne dieselben kein Eintritt.

Die Vorstände.

WYBERT TABLETTEN

schützen



vor **HUSTEN**
HEISERKEIT
KATARRH
Preis 1 Mk. erhältlich
in Apotheken & Drogerien

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 21. Januar 1913.
Anfang 7 Uhr.
Deutsches Opernhaus. Wieland der Schmied.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rgl. Opernhaus. Der Kofenfabrikant.
Rgl. Schauspielhaus. Die Journallisten.
Deutsches. Der blaue Vogel.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Paris und die Königschlösser von Versailles.
Hörsaal 8 Uhr: Prof. Dr. v. Buchka: Was die Großstadt Berlin verzeht.
Kroll. Der guttuhende Feind.
Trianon. Wenn Frauen reisen.
Vorstellung. Das Prinzip.
Theater am Hollendorferplatz. Studentengräfin.
Kammerstücke. Schöne Frauen.
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Deutsches Schauspielhaus. Der gute Ruf.
Berliner. Filmzauber.
Montis Operetten. Der heilige Antonius.
Reines. Professor Bernhardt.
Reifens. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Puppen.
Schiller O. Die Schmetterlings-
schlacht.
Schiller - Charlottenburg. Die Kinder der Exzellenz.
Antien. Berlin-Hamburg-New York.
Metropol. Chauffeur - ins Metropol!
Komödienhaus. Die Generalbefe.
Reife. Mein Leopold.
Herrnfeld. Die Alpenbrüder.
Wüstenmoral.
Casino. Am grünen Strand der Spree.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Scherlein sein Spezialitäten.
Reichshallen. Cavalleria schufficiana.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Zustellhaus. Rajalla.
Friedr. - Wilh. Schauspielhaus.
Der Jaungott.
Walhalla. Goldener Leuchtturm.
Folies Caprice. In Sachen Katenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Neben.
Anfang 9 Uhr.
Admiralpalast. Eisballett: Flirt in St. Moritz.
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.
Schiller-Theater O. Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlings-schlacht.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zur Feier von Lessings Geburtstag:
Emilia Galotti.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Wolkenkratzer.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Kinder der Exzellenz.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Hedda Gabler.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Schmetterlings-schlacht.
Freitag, abends 8 Uhr, zum 1. Male:
Uriel Acosta.
Berliner Theater.
8 Uhr: Filmzauber.
Theater in der Königgrätzer Straße
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.
Folies Caprice.
Zum 50. Male:
In Sachen Katenstein.
Die Doppelfirma.
Die Tochter der Braut.

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: Der gute Ruf.
Theater am Hollendorferplatz 5.
In allen Tagen der Woche 8 Uhr:
Die Studentengräfin.
Residenz-Theater, 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.
(Madame la Présidente).
Schwanke 3 Akt. v. Hennequin u. Seber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.
Luisen-Theater.
Dienstag, abends 8 Uhr: Berlin-
Hamburg - New York. Gr. roma-
nisch. Ausstattungsstück von Ernst
Wittfeldt. Musik von Georg Rungt.
Mittwoch u. folgende Tage: Berlin-
Hamburg - New York.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Mein Leopold.
Volkstümlich m. Ges. in 3 Akten
von Adolph Pirkong. Musik von
R. Bial. - Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage:
Mein Leopold.
Metropol-Theater
Chauffeur - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
mit gänzlich neuem Repertoire!
Abends 8 Uhr. Rauchen gestattet.
Apollo Theater
Abends ab 8 Uhr!
Vorletzte Woche!
des grandiosen Programms.
Melisa Ritschle Comp.
Kall und Kroll, Orlis Yana.
8 1/2 Uhr:
„Brüderlein fein“.
Alt-Wiener Singspiel von Jul.
Wilhelm. Musik v. Leo Fall.
Usw.
Herrnfeld Theater
**Der Höhepunkt
des
Lach-Erfolges!**
Wüstenmoral
Die Alpenbrüder
mit Anton und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.
Anf. 8 Uhr. Bordstr. 11-9 (Theaterstr.)
Passage-Panoptikum
**50 wilde
Weiber** Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lebend! Ohne Extra-Cent!

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Nordend 1141.
8 Uhr:
Der heilige Antonius.
Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.
**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. - Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Musik. Kaiser-Franz-Regiments, Dirig.: Oberm. Becker.
Zillerthaler und Tegernseer Sänger
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen:
Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.
Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Elitetag.
Heute Dienstag, den 21. Januar 1913:
Damen-Prämierung
Prämierung des größten u. schönsten
Kronen- und Paradies-Reihers
3 bare Geldpreise: 60, 40, 30 M., div. Trostpreise.
Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.
**Voranzeige! Morgen Mittwoch, 22. Jan.
Elitetag.**
Im neuen Saal: Großer Ball.
**Voranzeige! Donnerstag, den 23. Januar:
Keine Fleischnot! Keine Fleischnot!**
Gr. Prager-Schinken-Essen von Lucullus
Portion 80 Pf.
Brauerei Friedrichshain
am Königstor. Größter Konzertsaal Berlins.
Morgen, Mittwoch, den 22. Januar 1913:
Elitetag!!
Das amüsanteste und grösste
bayerische Sockbierfest
Um 9 Uhr: Vorführung der überraschenden Welt-
sensation, zum ersten Male in Berlin:
Das Kostüm in 10 Minuten
Ein vollständiges Kostüm wird während 10 Minuten
auf der Bühne vor den Augen des Publikums ge-
zeichnet, genäht, plissiert, gestickt und auf den von
Mr. Jensen erfundenen Maschinen angefertigt.
Wunder der Kostümtechnik.
Ueberraschend für die ganze Welt!
Anfang des Konzerts 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Mr. Jensen als Leiter eines Damenschneidersalons
bringt in seinem auf der Bühne installierten
Salon das verblüffende und sensationelle Kunststück
fertig, in knapp 10 Minuten ein hochelegantes, schicken
Kostüm fix und fertig herzustellen. Eine Sängerin ist
in äußerster Verlegenheit; ihre Garderobe ist ihr ge-
stohlen worden, und sie steht unmitttelbar vor der
Vorstellung und kann nicht auftreten, weil ihr das
Kostüm fehlt. Eine Viertelstunde ist nur noch Zeit,
aber der Wundermann Jensen zaubert ihr in 10 Minuten
ein prächtiges Kleid, das in höchstem Masse den
Beifall der verwöhnten Dame finden wird. - Und den
des Publikums auch! Denn es wird sehen, wie das
Wunderwerk zustande kommt, wie Mr. Jensen mit
blitzartiger Geschwindigkeit den Stoff bezeichnet, zu-
schneidet, auf der Maschine zusammennäht, den
Plisseevolant herstellt und zuletzt die Tunika mit
breiter Goldborte und mit Plitzern vollständig bestickt.
Tausend kleine Rädchen surren und schnurren. Und
dann - ein paar rasche Griffe, das Kleid wird fertig
drapiert; es sitzt der Sängerin wie angegossen, hoch-
eleganter und tadellos. Die Frauenwelt wird freude-
strahlend die Arbeiten des Künstlers verfolgen. Mit
kopfschüttelnder Verwunderung wird jedermann diese
welttechnische, auch maschinelle Erfindung des Mr.
Jensen bestaunen.
Anschließend an diese Vorführung wird zur
weiteren Unterhaltung die Fidelitas in ihre Rechte
treten und zwar wird der beliebte bayerische Festwirt
Weinzierl aus München mit seinen Oberlandlern in
den herrlich dekorierten Festräumen die geehrten
Besucher in das Reich des Humors versetzen. Da
gerade Elitetag dieser Feste ist, werden Darbietungen
und Ueberraschungen in Hülle und Fülle um die
Wette eifern.

Wirtshaus in den Stadtbahnbögen
(früher Schippmannowski)
(Bahnh. Börse) Spandauer Brücke (Bahnh. Börse)
Bock-Jubel und Trubel :: jeden Abend ::
mit großem Konzert
bel freiem Entree!
früher Reichshallen, jetzt noch
Konzerthaus „zum Holzfäger“
Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Paris und die Königs-
schlösser von Versailles.
Hörsaal 8 U.: Prof. Dr. v. Buchka:
Was die Großstadt Berlin
verzeht.
Zirkus
Albert Schumann.
Heute Dienstag, 21. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Das Tagesgespräch von Berlin!
Cäsarios
Löwen- und Tigergruppe.
Wiedervorführung
des höchstwertigsten Löwen Hercules.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.
Zum Schluss:
Der Brand des Palastes
UT
Union Theater
Verklungene
Lieder
Voigt-Theater.
Morgen Mittwoch, den 22. Januar:
Volksohn und Fürstentum.
Volksschauspiel in 4 Akt. u. 8. Scene.
Saffeneröffnung 7 Uhr, Anf. 8 1/2 Uhr.
Voranzeige! Mittwoch, 22. Jan.,
8. Scene für Kurt Baumthaler:
Kean von Barnes.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum Schluss:
**Cavalleria
schufficiana.**
Diabolisch-
infantile Oper.
Anfang 8 Uhr.

Zirkus Busch.
Heute Dienstag, 21. Januar,
abends 7 1/2 Uhr:
Das Tagesgespräch von Berlin!
Mac Norton
genannt das menschliche Aquarium
Mac Norton, das Magenphänomen
Mac Norton, d. Unersättliche
Prologiert:
Der Aeroplan im Zirkus
(Ein Affe als Aviatiker!)
sowie das gesamte
große Gala-Programm.
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“
Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstr. 58.
Jeden
Dienstag und Donnerstag:
**Großes bayerisches
Bockbierfest**
mit sensationell. Prämierungen.
Preise 15, 10 u. 5 M.
Bedienung durch echt bayr. Maß'n.
Kapelle des urfamielichen
Seppi Weinzierl
in München.
Göllständig neue Dekorationen!
- !! Stimmung !! -
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.
Casino-Theater
Rotbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Die neue Lokalposse:
Am grünen Strand
der Spree!
Admiralpalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag
Erfolg aufgef. Eisballett
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Seilro-
im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 8 U. u. v. 10 1/2, halb Kass-
Preise. Wein- u. Bier-Akt.
Walhalla-Theater
Behndes gdw. 19/20. Holstenthal Tor.
Allabendlich 8 1/2 Uhr:
Goldener Leuchtturm.
Theater Königstadt-Casino.
Ede Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Rannowbrücke
Tägl. abds. 7 1/2. Sonnt. 7 1/2 Uhr:
Zwei rote Rosen.
Scherlein m. Gesang - und das
groß. Spezialitätenprogramm
Jed. 1. u. 16.: Programmwechsel.
Aus den Inhalt der Ju-erare
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Siemens Kraftfleisch

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus I. Rindfleisch unter behördlicher Aufsicht. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

Resamwolllicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neuföln. Für den Inseratenteil verantw.: Ed. Wiede, Berlin. Druck u. Verlag: Borwärt's Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

„Glaube und Heimat.“

Die Härten des bayerischen Heimatsgesetzes sind insbesondere für solche Unterstützungsbürdige, die ihren Heimatsort verlassen haben, außerordentlich schwer. Nachstehende, den Akten des Augsburgischer Arbeitersekretariats entnommene Fälle mögen dies illustrieren.

1. Ein altes Ehepaar ist, nachdem es 35 Jahre in seinem Heimatsort B. geschafft hatte und nicht weniger als 7 Kinder ohne jede Hilfe aufgezogen, seinen Kindern nach Augsburg gefolgt. Diese waren, weil sie selbst eine große Familie hatten, nicht in der Lage, ihre Eltern über Wasser zu halten. Der 74jährige Altersrentner und das 64jährige Mütterchen wandten sich vertrauensvoll an den Herrn Pfarrer P. in B. um Unterstützung. Als sie abgewiesen wurden, wurden ihre Bitten etwas dringlicher. Darauf erhielten sie von dem Seelsorger der Heimatgemeinde folgenden Brief:

Liebe H.!

B., den 27. Mai 1912.

Ihr wollt, wie Ihr mir geschrieben, nunmehr die Gemeinde verlassen, und zwar gleich bei der Regierung. Ich rate Euch das nicht und kann Euch bestimmt voraussagen, daß Ihr dadurch nichts anderes erzieht, als hierher wieder zurückkehren zu müssen. Ihr hättet eben nicht fortziehen sollen; Schuld daran war Eure Unzufriedenheit und diese bringt immer üble und schlimme Folgen, die Ihr nunmehr büßen müßt; auch vielleicht viel schuld daran war mehrfache Ausbeutung von gewisser Seite, die der Gemeinde daher nicht geneigt sind.

Ihr dürft nicht der Anschauung sein und glauben, daß Euch die Gemeinde etwas geben muß und es Euch schuldig sei; dies wäre eine Sünde gegen Gottes Gebot: „Du sollst nicht begehren Deines Nächsten Gut.“ Gott wird und muß jede Übertretung seiner Gebote strafen, entweder früher oder später gewiß.

Ihr dürft niemand die Schuld geben wegen Not und Armut, am allermeinsten der Gemeinde. Jeder Mensch muß eine Schuld sich selber bemessen und sagen: „Ich bin meist selber daran schuld.“ Denket an so mehrfache Schimpfereien, die noch nie etwas genützt haben oder nützen werden; dieselben sind ja Sünden! — Die Gemeinde kann Euch nur wenig geben, die Leute haben ja selber nur wenig — und wie hart und mühsam ist das Geld zu erwerben für jeden Menschen! Wer nicht spart, wird es zu nichts bringen und wer in jungen Jahren nichts sammelt, wird es im Alter fühlen müssen. So ist es allenthalben und überall in dieser Welt — und wer in dieser Welt nicht Lust tut, wird in der anderen Welt büßen müssen.

Ihr könnt tun, was Ihr wollt, hierher zurückkehren oder bleiben, wo Ihr seid. Das kann ich aber Euch gewiß sagen, daß Ihr durch Verlassen der Gemeinde nichts erreichen werdet, daß Euch eine größere Unterstützung nachgesendet werde, weil es für die Gemeinde unmöglich ist. Das Gemeindefaß wird zurzeit wieder zusammengerichtet und dort könnt Ihr eingehen, wann und sobald es Euch beliebt.

Mit Gruß

P. Pfarrer.

Daraufhin wurde verlangt, daß ein Beschluß des Armenpflegschaftsrates herbeigeführt werde. Dem H. schen Ehepaar wurde darauf mitgeteilt, daß sie die freie Wahl hätten, entweder in das Gemeindefaß ihrer Heimat zurückzukehren, oder mit einer monatlichen Unterstützung von 5 M. pro Monat, welche nach Ablauf je eines Vierteljahres gezahlt werde, sich zu begnügen.

Auf eine Beschwerde an das zuständige Bezirksamt, in der angeführt war, daß zwei alte Leute mit 5 M. ihren Lebensunterhalt nicht fristen können, sagte der Armenpflegschaftsrat nochmals folgenden Beschluß:

„Für die H. schen Eheleute war daher seit einer Reihe von Jahren hinreichend gesorgt; sie hatten freie Wohnung, ein Acker zur freien Benutzung war ihnen überlassen und hatten Gelegenheit, durch leichtere Arbeiten sich manches zu verdienen — dieselben sollten auch der mehrfachen Privatunterstützung nicht verweigern.“

Nur Unzufriedenheit und Undankbarkeit und wohl auch Aufbegehungen lodte sie in die Großstadt — und die Versprechungen ihrer Söhne, welche sie nunmehr im Stiche lassen.

Die kleine und schwerbeladene Gemeinde ist nicht in der Lage, denselben eine reichliche Unterstützung für angeblich langjährige Dienste als Pension in eine Großstadt nachzusenden, ist indes gewillt, eine Zulage von monatlich 2 M., mithin je 7 M., zu gewähren und zu übersenden, vorerst vom 1. September d. J. bis 1. Juni d. J.

Uebrigens steht es den H. s frei, ob und wann sie hierher wieder zurückkehren wollen.

B., 9. September 1912.

Vorstand der Armenpflege, gez. P. Pfarrer.

2. In einem anderen Fall bittet ein altes Ehepaar seine Heimatgemeinde um eine Unterstützung. Der Mann ist Invalidenrentner und 64 Jahre alt, die Frau 67 Jahre und seit mehr als drei Jahren krank. Der Armenpflegschaftsrat A. teilt mit, daß wenn die Eheleute A. Unterstützung haben wollen, dann sollen sie nur nach B. zurückkehren. Erst auf eine Beschwerde an das Bezirksamt erhielten die beiden insgesamt pro Monat 5 M. als Unterstützung.

3. Ein junger Mann, welcher in der Gemeinde A. beheimatet, ist erblindet. Man läßt ihn die Buchdruckerei erlernen und bringt ihn gegen jährliche Entschädigung von 100 M. bei einer Oekonomiewinne unter. Da die Behandlung und Wartung sehr schlecht und der erblindete E. noch häufig mit Hohn und Spott überschüttet wurde, geht er zu seiner Schwester nach Augsburg. Diese erklärte sich bereit, ihren Bruder gegen eine jährliche Entschädigung von 200 M. zu sich nehmen zu wollen. Der Armenpflegschaftsrat lehnte diesen wofühlgemeinten Vorschlag ab und erklärte, entweder müsse E. zu seiner alten Pflanzstätte zurück, oder aber man schaffe ihn in eine Anstalt. Eine Beschwerde beim Bezirksamt und bei der Regierung waren erfolglos. Beide Instanzen stellten sich auf den Standpunkt, daß die Gemeinden nicht verpflichtet sind, nach auswärts Unterstützung zu zahlen. Jetzt ist der arme und unglückliche Mensch gezwungen, in seine alte Pflanzstätte zurückzukehren. Wie wird er nun behandelt werden? Wird er nun, weil er sich mit den Maßnahmen des Armenpflegschaftsrates nicht begnügt, noch geächtet und verfolgt werden? Wenn unter solchen Verhältnissen den bedürftigsten Hilfsbedürftigen der Geduldsfaß reicht, dann ist es kein Wunder.

4. Wie manche Gemeinden auf das Seelenheil ihrer Gemeindeglieder bedacht sind, beweist nachfolgendes Beispiel.

Die Mutter eines unehelichen Kindes beabsichtigt, sich zu verheiraten. Da das Kind durch den Vater legitimiert wird, folgt es in dessen Heimat. Weil die Gemeinden dadurch einer eventuellen Unterstützung entzogen werden, zahlen sie in der Regel einen Berechtigungsbeitrag.

Die Mutter ersucht ihre Heimatgemeinde B. um einen Berechtigungsbeitrag von 100 M. Sie erhält daraufhin vom Bürgermeister der Gemeinde B. folgendes Schreiben:

„Oben Sie sofort hierher bekannt, welcher Religion Ihr Bräutigam angehört, ob er katholisch oder protestantisch ist. Sollte er protestantisch sein, wie steht es dann mit der Erziehung Ihrer Kinder? Werden dieselben dann katholisch oder protestantisch erzogen? Wahrheitsgetreuer Bericht wird erwartet. Sofort nach Eintreffen Ihrer Nachricht wird Ihnen der Beschluß des Gemeindevorstandes über Ihre Unterstützung zugesandt.“

Also sofortige Antwort. C., Bürgermeister.“ Die Mutter erklärte, daß der Vater protestantisch sei; er sich verpflichtet, das Kind katholisch erziehen zu lassen, kurz

darauf erscheint der Pfarrer des Wohnortes beim Bräutigam und erklärt, daß er einen notariellen Vertrag ausfertigen müsse, wonach er sich verpflichte, das Kind katholisch erziehen zu lassen. Der Pfarrer ging persönlich mit zum Notar und zahlte die Gebühren; daraufhin wurden der Braut die 100 M. ausgezahlt.

Es ist schon so, wie der Vater in „Glaube und Heimat“ sagt: „Ja, ja, mein lieber Unteregger: katholisch werden oder aus dem Land, so heißt der Befehl!“

Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

Jena, 17. Januar.

5. Verhandlungstag.

(Abend Sitzung.)

Den

Bericht der Statutenberatungskommission

erstattet Max Kell-Kürnberg. Die Kommission, der ja nur wenig Zeit für die Beratung zur Verfügung stand, hat aus diesem Grunde in das alte Statut nur die Änderungen hineingearbeitet, die sie für jetzt vorzunehmen als absolut notwendig hält. Sie hat sich auf die hauptsächlichsten Punkte beschränkt und eine ganze Reihe Anträge zurückgestellt. So soll nur ein „Rotgesetz“ geschaffen werden. Die Kommission wird — wenn der Verbandstag zustimmt — vor einer der ferneren Tagungen des Verbandstages in diesem Jahr wieder zusammentreten und diesem Verbandstage weitere Vorschläge zur Revidierung des Statuts machen.

Bei den Bestimmungen über die Gliederung des Verbandes wurde Vorschlag des Vorstandes Rechnung getragen, die der Erweiterung des Verbandes entsprechen. Zu dem kritischen Punkt über die Reorganisation der Bauverwaltung schlägt die Kommission vor, die alten Bestimmungen zu belassen und nur für Bauvorstände Bezirksauschüsse (der Vorstand schlägt „Bezirksrat“ vor) und für Bauvorstände Bezirksleiter zu setzen. Paepow brachte den Antrag des Vorstandes, die Bezirksleiter Bezirkssekretäre zu nennen, erneut ein. Es entspann sich über diese Frage nochmals eine Debatte, die damit endete, daß die Bezeichnung „Bezirksleiter“ mit 105 gegen 174 Stimmen festgelegt wurde. Ohne Widerspruch stimmte der Verbandstag dem Antrag der Kommission zu, die besondere Kostenführung bei der Bezirksleitung entsprechend dem Vorschlag des Vorstandes aufzuheben.

Die Beitragsfrage rief ebenfalls eine nochmalige Diskussion hervor. Der Kommissionsvorschlag ging dahin, die bisherigen 12 in 6 Beitragsklassen zusammenzufassen. Die Beiträge sollen einschließlich des Anteils der Lokalfasse betragen:

Table with 4 columns: Beitragsklasse, Bei Stundenlohn, Beitrag, Ortsanteil. Rows 1-6 showing contribution levels for different wage classes.

Mit Zustimmung des Bezirksauschusses und der Zweigvereine kann für eine Spezialbranche auf deren Antrag eine höhere Beitragsklasse eingerichtet werden, die auch eine höhere Unterstützung nach sich zieht. In der Debatte wurde für die Beibehaltung der alten Beiträgepläne, bis über die Frage der Arbeitslosenunterstützung entschieden sei. Der Kommissionsberichterstatter betonte, die Kommission habe die Einrichtung der sechs Beitragsklassen aus grundsätzlichen Erwägungen beschlossen. In der Generaldebatte sei diese Neueinteilung mehrfach befürwortet worden. Es werden freilich in einigen Orten Beitrags erhöhungen eintreten. Dagegen sollen die Kollegen, die in eine höhere Beitragsklasse eintreten, auch sofort in eine höhere Unterstützungsklasse eintreten.

Der Verbandstag stimmte den Kommissionsvorschlägen zu. Beschlossen wurde ferner, daß eine Beitragsermäßigung nicht eintreten darf.

Die Verhandlungen wurden dann vertagt.

Jena, 18. Januar.

6. Verhandlungstag.

Die Statutenberatung wird bei den Bestimmungen über die Reiseunterstützung fortgesetzt. Die Kommission schlägt vor, die alten Bestimmungen in dem Sinne zu ändern, daß diese Unterstützung, die (wie seither) pro Tag 1 M. beträgt, für das ganze Jahr (bisher nur im Winter) gewährt wird. Und zwar bis zu einer Höchstsumme von 25 M. nach einjähriger Mitgliedschaft, 30 M. nach zweijähriger und 35 M. nach dreijähriger Mitgliedschaft. Diese Regelung soll jedoch bis zur Erledigung der Arbeitslosenunterstützung nur als Provisorium gelten. Der Verbandstag beschließt in diesem Sinne.

Die Streikunterstützung wird nach dem Vorschlag des Vorstandes neu geregelt. Die Änderungen sind aber nicht wesentlich. Die neuen Unterstützungssätze entsprechen der neuen Beitragsklasse und betragen je nach der Dauer der Mitgliedschaft und den Beitragsklassen 9-21 M. pro Woche.

Die Krankenunterstützung wird ebenfalls einer Änderung unterzogen. Sie beträgt künftig pro Tag nach einer Mitgliedschaft über

Table with 5 columns: Beitragsklasse, 2 Jahre, 4 Jahre, 6 Jahre, 8 Jahre. Shows support amounts for different membership durations.

Die Unterstützung in Sterbefällen wird dem Vorstandsvorschlag entsprechend festgelegt. Sie beträgt 25 M. bis 100 M. Anträge, die sich auf eine Neueinteilung von Genuß beziehen, werden dem Vorstande überwiesen.

Der Verbandstag beabsichtigt dann noch, daß eine Subkommission der Statutenberatungskommission vor dem Verbandstag, der den Abschluß der Lohnbewegung bildet, erneut zusammentreten und dabei auch eine neue Vorlage für die Arbeitslosenunterstützung ausarbeiten soll.

Damit war die Statutenberatung beendet. Dann gab Hermann-Eisenach den Bericht der Beschwerdekommision. Nach ihrem Vorschlag werden einige Ausschüsse aufgehoben, andere bestätigt.

Für die Gehaltskommission berichtete Gütman Frankfurt a. M. Die Kommission sei einmütig der Meinung, daß der Bauarbeiterverband in der Gehaltsfrage gegenüber anderen Gewerkschaften nicht zurückbleiben darf. So schlage er vor, in einigen Punkten von der Vorstandsvorlage abzuweichen. Die Gehälter sollen betragen: für den ersten Vorsitzenden 3800 M., in den beiden nächsten Jahren steigend um je 200 M. bis zum Höchstgehalt von 4200 M., für den Leiter des literarischen Bureaus 3600 M., steigend um je 150 M. bis 3900 M. Für die übrigen Vorstandsmitglieder soll das Anfangsgehalt 3400 M. betragen, jährlich steigend um 100 M. bis zu 3900 M. Die Bezirksleiter sollen erhalten 2700 M., steigend um jährlich 100 M. bis 3400 M., die ständigen Hilfsarbeiter im Verbandsbureau 2400 bis 3200 M., bei einer jährlichen Steigerung um ebenfalls 100 M. Für die Zweigvereinsbeamten sollen nur zwei Klassen geschaffen werden. In Orten, wo der Stundenlohn den gelernten Arbeiter unter 60 Pf. beträgt, ein Anfangsgehalt von 2000 M. bis zu einem Endgehalt von 2800 M.; in Orten mit einem Stundenlohn von über 60 Pf. 2400 bis 3300 M.,

jährlich steigend um 100 M. — Die Ferien sollen nach den Vorschlägen des Vorstandes festgesetzt werden.

In diesen Bericht schlossen sich längere Erörterungen, bei denen für und gegen die Kommissionsanträge eingetreten und diese schließlich mit überwiegender Mehrheit angenommen wurden. Die Entschädigung des Ausschuhvorsitzenden erhöht der Verbandstag von 1000 M. auf 1800 M. Dem Verbandstag wird zur Erörterung überwiesen, ob es nicht möglich ist, die durch die Gehaltserhöhung für die Zweigvereine entstehenden Mehrausgaben auf die Hauptkasse zu übernehmen. Der Vorstand wird beauftragt, dem nächsten Verbandstage eine Vorlage zu unterbreiten, die gesamten Beamtenegehälter auf die Hauptkasse zu übernehmen.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge fand ein Antrag Annahme, nach dem der Vorstandsvorsitzende Zweigvereinen auf deren Antrag und nach Anhörung des Bauvorstandes das Recht einräumen kann, Unterstützung in Krankheits- und Sterbefällen selbst anzuweisen und Internatsbäuer selbst anzuschreiben.

Bei der Wahl des Vorstandes — dieser krennenbsten Frage des Verbandstages — wird Paepow-Hamburg einstimmig als Vorsitzender gewählt. Das Resultat wird mit Beifall aufgenommen. Als Stellvertreter des Vorsitzenden werden Behrendt wieder- und Winnig neugewählt. Winnig wird zugleich Leiter der literarisch-statistischen Abteilung. Als Kassierer wird Kober wiedergewählt, ebenso die bisherigen Sekretäre. Silber Schmidt wird neu in den Vorstand gewählt, er bleibt aber in Berlin. Als Redakteure werden Ellinger-Hamburg wieder- und Otto-Dortmund neugewählt. Vorsitzender des Ausschusses bleibt Daehne-Berlin.

Der Verbandstag beauftragte den Vorstand noch, auf dem Grabe Bömelburgs einen Gedenkstein setzen zu lassen.

Damit waren die Arbeiten dieses Verbandstages beendet.

Die

Schlussspreche

hält Verbandsvorsitzender Paepow, der für sich und seine Kollegen im Vorstand für die Wahl dankt. Dem wir hier fortgehen, sagte er weiter, erwartet und zuhause angestrenzte Tätigkeit. Wir werden alle unsere Kräfte aufwenden, um die Lohnbewegung so durchzuführen, wie es dem Interesse der Kollegen entspricht. Der Aktionsausschuss geht von hier aus direkt nach Berlin, um mit den Unternehmern zu verhandeln. Wir werden suchen, eine Bahn der friedlichen Verständigung zu finden, wahrscheinlich gelingt uns dieses aber nicht. Es wird aus diesen Verhandlungen jedenfalls nicht viel zu berichten sein, um Ihren Gang nicht zu gefährden. Die Kollegen müssen aber Vertrauen zu ihren Führern haben. Sie dürfen überzeugt sein, daß diejenigen, die sie gewählt haben, bestrebt sein werden, den Interessen aller Kollegen gerecht zu werden. Die Mitglieder müssen aber auch einsehen, daß es nicht Schuld der Führer ist, wenn nicht alle unsere Wünsche erfüllt werden, daß dann andere Umstände ihrer Verwirklichung entgegenstehen.

Der Verbandstag hat und alle stark bewegt. Schon bei seinem Beginn, als wir unseres Freundes Bömelburg gedachten, der eine so große Lücke im Verbands gelassen hat. Die Kollegen müssen Einsicht haben, wenn das eine oder andere nicht in der Form geschieht wie früher, wenn die Kollegen, die jetzt mit der Leitung des Verbandes betraut wurden, andere Methoden einschlagen, wenn diese Kollegen auch einmal aneden — glauben Sie, sie haben trotzdem das Herz auf dem rechten Fleck, sie wollen das Beste für alle Kollegen, sie werden das selbe durchsetzen wie vordem. Mit diesen Worten möchte ich Ihnen anrufen: Auf Wiedersehen auf dem Verbandstag, der sich mit der Lohnbewegung weiter zu beschäftigen hat. Segen wir alle uns mit ganzer Kraft für die geistige und materielle Besserstellung unserer Kollegen ein, dann können uns keine Meinungsverschiedenheiten gar nichts schaden. Zu jeder Einzelne seine Pflicht, dann sind wir dem Siege nahe. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender Silberschmidt: Der Verbandstag ist geschlossen. Schluß nachmittags 1 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

„Im Interesse der Sparsamkeit.“

Ueber zwei bemerkenswerte Abstimmungen der Bonner Stadtverordneten in einer Sitzung berichtet das Zentralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine. In den Kosten des Rosenmontags der Bonner großen Karnevalsgeellschaft bewilligte die Mehrheit 1000 Mark. Petitionen auf Ausdehnung der Fortbildungsschulpflicht auch auf die gewerblichen Arbeiterinnen werden dagegen abgelehnt. Ein Beigeordneter (Stadttrat) teilte mit, daß der Stadt für jede der drei Handwerkerinnen-Klassen 1400 M. Kosten entstehen würden. Er empfahl, die ganze Frage im nächsten Jahre zu erörtern. Der Oberbürgermeister Spiritus hat, doch auch einmal zu bremsen. Nur in Berlin sei bisher etwas Derartiges eingeführt; alle anderen Städte warteten auch noch ab. Ein Stadtverordneter begründete seine Ablehnung „im Interesse der Sparsamkeit.“ — An der Bildung der Arbeiterinnen muß natürlich gespart werden, was man für das Vergnügen einer Privatgesellschaft verschwendet hat.

Lesende.

Herrndorf. Mittwoch, 22. Januar, 8 1/2 Uhr, Albrechtstraße 1, bei Eggbrecht: Genossin Brandee-Teigel: „Ziel und Zweck der proletarischen Frauenbewegung.“ Waldmannslust. Mittwoch, den 22. Januar 8 Uhr, im Schweizerhaus, Dianastraße.

Verfammlungen — Veranstaltungen.

Vorsigwalde-Wittenau. Heute Dienstag, 8 1/2 Uhr, findet in Wittenau, Hauptstraße 56, bei Schulz, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Referentin Frau Bohm-Schuch.

Ueber Geburtenrückgang und Frauenfrage wird Dr. Rudolf Goldscheid, der Wiener Soziologe, am Dienstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Logenhaus, Kleiststr. 10, einen Vortrag halten. Anschließend wird Dr. Franz Oppenheimer über „Menschenökonomie“ sprechen. Karten a 50 Pf. (reinerbierter Platz 1 M.) sind in der Geschäftsstelle des veranstaltenden Vereins, der Deutschen Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, Charlottenburg, Dahlmannstr. 25, und an der Abendkasse zu haben.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Table with 4 columns: Wasserstand, am 19.1., seit 18.1., Wasserstand, am 19.1., seit 18.1. Lists water levels for various locations like Remei, Tüft, Regel, Ankerburg, etc.

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — *) Unterpegel, — *) oberhalb der Stadt (Stad), — *) Treibeis, — *) Eisland.

